D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 26 · 9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

26. Juni 1981 · Preis 1 DM

Wozu konsumieren? Investieren!

von Günther Kruse

16 bis 17 Mrd. DM sollen im Haushalt 1982 gekürzt werden, und zusätzlich 4 bis 5 Mrd. DM umgeschichtet, zugunsten investiver Ausgaben.

Diese Angaben stammen von der FDP. Cronenberg, Leiter der FDP-Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Kürzungsprogramms, hat diesen Zielpunkt vor gut einer Woche fixiert. Die Netto-Neuverschuldung solle, so ließ er weiter verlauten, im kommenden Jahr dann tatsächlich bei der in der Mittelfristigen Finanzplanung festgelegten Marke bleiben, nämlich bei 26 Mrd. DM. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Ehmke, hatte den FDP-Kollegen zwar gleich gerügt; jetzt eine öffentliche Debatte anzuzetteln, sei wenig nützlich für das Problem; aber dementiert hat er nichts. Im Gegenteil, Finanzminister Matthöfer hat zumindest diese Größenordnung indirekt bestätigt, kurz nachdem er am Sonntag mit dem Kanzler und SPD-Ministern sowie ausgewählten SPD-Abgeordneten zu vertraulichem Gespräch zusammengetroffen war.

Schmidt wird am Freitag vor der gesamten Fraktion die Vorstellungen zu den Streichungen erläutern. Die Fraktion hatte zuvor den Kanzler vor Alleingängen gewarnt, geht es doch schließlich um einen Grundpfeiler der Politik der Sozialdemokratie, mit dem sie 1969 angetreten ist: Kürzungen bei den Sozialausgaben, Einschnitte am „Sozialen Netz", vor allem bei der Arbeitslosenversicherung. Die Vorschläge sind von Ehrenberg schon in Gesetzesform vorbereitet – sie warten nur noch auf grünes Licht durch eine politische Entscheidung. Selbst SPD-Politiker, die ständig wie beschwörend erklärt hatten, das Soziale Netz müsse erhalten bleiben (und nicht zuletzt gehört hierzu Matthöfer), lassen mittlerweile kaum einen Zweifel, *wo* die entscheidenden Kürzungen vorgenommen werden sollen: „Die Verteilungsgerechtigkeit ist aus sozialdemokratischer Sicht oberster Maßstab der Kürzungsoperationen", so hieß es nach dem Kanzlertreff am Sonntag. Beim Abbau stünden *auch* die Vergünstigungen für höhere Einkommensbezieher im Milliardenumfang zur Disposition. Allerdings sei von der Natur der Sache her nicht zu vermeiden, daß die Kürzungen bei den mittleren und unteren Einkommensschichten *besonders spürbar* ausfallen müßten.

Was heißt da „Natur der Sache"! Matthöfer hat es etwas präziser formuliert: „Kürzungsspielraum nur bei konsumtiven Ausgaben" und: es gelte 1982 und in den folgenden Jahren sicherzustellen, „daß die zukunftsweisenden und produktivitätsfördernden Ausgaben erhalten bleiben bzw. sogar ausgebaut werden". Da eben die Lohnabhängigen alles, was sie bekommen an Arbeitslosengeld, an Krankengeld, Rente, Kindergeld oder was auch immer, direkt zum Leben brauchen, konsumieren, während die Kapitalisten „produktivitätsfördernde Ausgaben" tätigen, sind erstere am meisten von Kürzungen betroffen, letztere sollen *noch mehr* bekommen.

Wobei, auch das liegt wohl in „der Natur der Sache", nämlich in der Einbindung der BRD in die NATO, die Ausgaben für den Verteidigungshaushalt erneut um wenigstens 4 Mrd. DM steigen sollen. Von Kürzungen hier ist praktisch nicht die Rede, ausnahmsweise wird im Fernsehen mal von den 4 B's gesprochen anstatt von den 3en und zu den Bauern, Beamten und Berlin, bei denen gekürzt werden soll, tritt noch die Bundeswehr. Und *was* dort? An der Verpflegung oder am Sold. Viel eher aber hört man es umgekehrt: Nach dem Tornado stehen Nachforderungen der Rüstungsindustrie für die 6 bestellten Fregatten im Haus.

Daß die Arbeitslosenversicherung im Mittelpunkt steht, hat offensichtlich auch etwas mit „Produktivitätsförderung" zu tun: je schlechter und je rechtloser die Lage der Arbeitslosen, um so eher läßt sich eine Auswirkung auf den Lohn erzielen, und damit der Profit, den ein eingesetztes Kapital erbringt, erhöhen. Es kommt hinzu, daß gerade in der Krise hier die Kosten am raschesten steigen, so daß nach einem Bundeszuschuß dieses Jahr von etwa 8 Mrd. DM ein Defizit von wenigstens 10 Mrd. DM im kommenden Jahr erwartet wird. (Stingl sieht eine Arbeitslosenzahl von 1,5 Mio. im kommenden Jahr als möglich an.) Ehrenberg will nach wie vor das Defizit, das der Bund schließlich zu tragen hat, für dieses Jahr nach unten frisieren. Seit der Aufstellung des Nachtragshaushaltes bei der Bundesanstalt für Arbeit liegt er mit dieser im Clinch und verlangt die Senkung der Ausgaben für Umschulung und manche andere Punkte. Von ihm kam jetzt der Vorschlag, die Arbeitslosenversicherungsbeiträge doch um einen halben Prozentpunkt zu erhöhen. Gewiß, auch wenn Zahlungen an Kapitalisten, sei es über ABM-Maßnahmen, gekürzt würden, wie es z.B. der DGB fordert, wäre diese Erhöhung notwendig. Eher fällt sie so noch viel geringer aus, um damit die anstehenden Aufgaben zu finanzieren. Günstig wäre es dabei dann schon, wenn dies direkt zu Lasten der Kapitalisten ginge.

Die FDP drängt auf rasches Handeln: Auf ihren Druck hin soll nun nicht erst nach der Sommerpause Anfang September, sondern schon im Juli das Kürzungsprogramm festgelegt werden. Sie, die den treibenden Part bei diesen Kürzungen spielen will, zumal es ihre Klientel am wenigsten treffen soll, kalkuliert wohl nicht ganz zu Unrecht: je kürzer die Zeitspanne der Beratung, umso weniger kann sich der Widerstand formieren, der sich vor allem auf die SPD auswirken müßte. Die Führung der SPD kann diese Politik, sich immer weiter den Interessen der Kapitalisten direkt zu unterwerfen, innerhalb der eigenen Partei mittlerweile so oder so nur unter immer schärferen Drohungen durchsetzen: des Kanzlers Rücktrittsdrohung, Hessens Ministerpräsident Börner ebenso, in Hamburg ein kalt seviert neuer Kandidat für das Bürgermeisteramt. Und immer funktioniert die Drohung mit stillem Hinweis auf „Den aus Sonthofen", den keiner an der Macht sehen möchte, vor allem die Arbeiter nicht. Mittlerweile aber ist mit dieser Politik praktisch kein Vorteil mehr zu erkennen. Daß die SPD-Führung die Partei überhaupt soweit nach rechts drücken konnte und *noch* kann, hat auch einen Grund darin, daß es gegenwärtig keine annehmbare linke Alternative gibt, anders als z.B. in Frankreich.



hek.Hamburg. Bei Hertie und Kaufhof in Hamburg-Altona haben vergangene Woche 450 Beschäftigte gegen das 4,9%-Angebot der Einzelhandelskapitalisten Warnstreiks durchgeführt, vermutlich die ersten Streiks im Hamburger Einzelhandel seit 1929. Der Unternehmerverband hat daraufhin nicht mit einem neuen Angebot reagiert, sondern die Verhandlungen für gescheitert erklärt und das Schlichtungsverfahren eingeleitet. Auch in Nordrhein-Westfalen sind die Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen für gescheitert erklärt worden. Gespräch mit einem Kollegen von Hertie-Altona auf S.13.



hek.Hamburg. Bei Hertie und Kaufhof in Hamburg-Altona haben vergangene Woche 450 Beschäftigte gegen das 4,9%-Angebot der Einzelhandelskapitalisten Warnstreiks durchgeführt, vermutlich die ersten Streiks im Hamburger Einzelhandel seit 1929. Der Unternehmerverband hat daraufhin nicht mit einem neuen Angebot reagiert, sondern die Verhandlungen für gescheitert erklärt und das Schlichtungsverfahren eingeleitet. Auch in Nordrhein-Westfalen sind die Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen für gescheitert erklärt worden. Gespräch mit einem Kollegen von Hertie-Altona auf S.13.

Niederlage der demokratischen Kräfte im Iran

Bani Sadr von Khomeiny abgesetzt / Hinrichtungswelle durch die Kommandos der IRP

Von Chérifa el-Masri

Das iranische Parlament hat den Staatspräsidenten Bani Sadr für „amtsunfähig" erklärt. 177 von 189 anwesenden Abgeordneten – ein Teil der Abgeordneten war der Sitzung ferngeblieben – befanden, daß er „seine Machtkompetenzen überschritten und versucht habe, dem Land seine Diktatur aufzuzwingen". Der ehemalige Ölminister Moinfar sprach von einer „Scheindebatte", da das Ergebnis schon von vornherein feststehe. Imam Khomeiny hat einen Tag nach der Entscheidung des Parlaments die Absetzung Bani Sadrs verfügt, ein Recht, das ihm die iranische Verfassung als oberstem schiitischen Geistlichen einräumt. Wenige Stunden später erließ der „Generalstaatsanwalt der Revolution", Ghoddusi, einen Haftbefehl gegen Bani Sadr wegen Widerstands gegen die legalen Institutionen der islamischen Republik. Es wird ihm zwar vorgeworfen, daß er die Interessen der USA, Israels, des Irak und Westeuropas vertrete, aber keiner wagt, ihn zum Agenten abzustempeln und des Hochverrats anzuklagen. Diese Reihenfolge – USA, Israel, Irak, Westeuropa – ist die Parole, die der Scharfrichter der IRP, Khalkhali, gegen Bani Sadr ausgegeben hat. Khalkhali, der sich auf Staatsbesuch in der Sowjetunion befand, hat seine Reise unterbrochen, um an der Parlamentssitzung vom vergangenen Sonntag teilzunehmen. Im Anschluß an die Sitzung rief er dazu auf, die Jagd auf „Konterrevolutionäre" zu verschärfen, wörtlich: „Konterrevolutionäre verdienen es nicht, vor ein Gericht gestellt zu werden."

Bis Dienstag waren 35 Menschen umgebracht worden, ein Teil von ihnen im berüchtigten Evin-Gefängnis, das schon dem Schah als Folterkammer gedient hat; unter den Ermordeten sind Mitglieder verschiedener Organisationen – sowohl der Volksmoudjahedin, als auch der Volksfedayin (Minderheit), unter ihnen der Schriftsteller Said Soltanpur, der stellvertretender Vorsitzender des Iranischen Schriftstellerverbandes war und schon unter dem Schahregime lange Jahre inhaftiert war.

Der offene Widerstand gegen die Despotie wird von der Organisation der Volksmoudjahedin und anderen linken Organisationen getragen. Er scheint sich in der Provinz stärker zu entfalten als in Teheran selbst, wo die IRP ihre stärkste Massenbasis hat, die landlosgemachten Bauern der Teheraner Slums, die Mostazafin. Demonstrationen haben in fast allen größeren Provinzstädten stattgefunden: In Täbris, in Schiraz, in Ahwaz, in Isfahan. Über die Armee, von der Bani Sadr meinte, daß sie sich gegen die Despoten stellen würde, ist wenig zu erfahren. Alles spricht dafür, daß zumindest die Mehrheit der hohen Offiziere sich auf die Seite der IRP geschlagen haben.

Die Absetzung Bani Sadrs ist ein Sieg des konservativen Flügels innerhalb der Reihen der schiitischen Geistlichkeit, wie er vor allem von den Führer der IRP, Beheshti, und dem Scharfrichter Khalkhali vertreten wird. Ihre Linie läuft darauf hinaus, alle Bereiche des Lebens des Einzelnen und der gesamten Gesellschaft den Lehren des Islam zu unterwerfen, wie er von ihnen gesehen und interpretiert wird, da kein „Laie" das Recht hat, diese Interpretation zu leisten. So haben sich z.B. ihre Auffassungen durchgesetzt, daß das Glaubensbekenntnis Vorrang habe vor der fachlichen Qualifikation; da dieses Glaubensbekenntnis reaktionäre Inhalte birgt, richtet sich dieses Prinzip gegen alle Bestrebungen, die iranische Gesellschaft von den Fesseln zu befreien, die ihr von den reaktionären sozialen Klassen, die natürlich in dieses Horn blasen, wie z.B. die Großgrundbesitzer, auferlegt werden. Bani Sadr und die Kräfte, die ihn unterstützten, haben offensichtlich einen Kurs vertreten, der auf den Aufbau einer unabhängigen kapitalistischen Wirtschaft, verbunden mit einer Demokratisierung der Gesellschaft, steuerte. Gegen diesen Kurs ist der hohe Klerus angetreten. Die gesellschaftlichen Kräfte, die sich hinter Bani Sadr gestellt haben, wie große Teile der nationalen Bourgeoisie, die Bazarhändler, die Arbeiter, die fortschrittlichen Intellektuellen, haben erstmal eine Niederlage erlitten. Die innere Zerrissenheit, das Chaos, in das der Iran zu versinken droht, die Isolation, in die ihn die Politik der IRP in der Dritten Welt und in der Region führt, bieten vor allem der Sowjetunion große Möglichkeiten, sich einzumischen. Es ist kein Zufall, daß Khalkhali zu diesem Zeitpunkt auf Moskauwallfahrt war.

In der Verwirrung der Dämmerung

Was ist denn diese Zelle
was sind diese niedrigen, lichtfesten Wände?
Wie lange können sie standhalten vor dem Sturm
der die Weltveränderung voll-bringt?
Ich muß lachen
darüber, wie naiv diese Schufte sind
doch ich weine auch heimlich
denn die Dunkelheit der Nacht
verdeckt das Blut meiner Genossen
und an meinem frischen Blut
saugt auch dieser Schuft
dieser Hurensohn, dieser alte Verbrecher.
Im „Komitee" dieser Bastion des Schlachtens.
Er saugt und saugt weiter
doch ich weiß
und schreie es wie ein heftiger Sturm:
Du, der Garten des Blutes
du, der Garten der blutigen Hände
du, der Garten der blutigen Füße
oh, das Auge, das Blut weint
in dieser erstickenden Luft
hinter den roten Brigaden der Opferbereitschaft
für das Volk
Hinter Feuer und Flamme der Bewegung
zornige Stimme des Volkes.
Hinter dieser Nacht
dieser alternden Nacht
wächst der Morgen des Volkes
der Morgen des Wachens

Said Soltanpur

Der 22. Juni 1941 und die aktuelle Kriegsgefahr

von Lutz Plümer

Am 22. Juni 1941 wurden mit dem Überfall der faschistischen Armeen auf die Sowjetunion die wohl blutigsten Kapitel des 2. Weltkriegs eröffnet. Daß es dem deutschen Faschismus im 2. Weltkrieg nicht einfach um die Neuaufteilung der Welt schlechthin ging, sondern direkt um die „Neuordnung Europas", das heißt die Versklavung und Kolonisierung der europäischen Völker, das wurde nirgendwo sonst mit so brutaler Konsequenz erwiesen wie bei den faschistischen Aggressionen im Osten. Die Völker der Sowjetunion hat der 2. Weltkrieg 20 Millionen Tote gekostet. Es bleibt eine historische Tatsache, daß die Völker der Sowjetunion die größten Opfer bringen mußten, bis schließlich im Mai 1945, gestützt auf zahlreiche nationale Befreiungskämpfe, die alliierten Armeen dem deutschen Faschismus endgültig den Todesstoß versetzten.

Den Angriff auf die Sowjetunion, obwohl lange geplant, hatte Hitler zu dem Zeitpunkt befohlen, an dem sich herausgestellt hatte, daß der aufstrebende deutsche Imperialismus seinen europäischen Hauptkonkurrenten England nicht direkt würde besiegen können. Ein Blitzkrieg im Osten mit einem raschen Sieg über die Sowjetunion sollte die Bedingungen dafür schaffen, England endgültig den Todesstoß zu versetzen. Tatsächlich hat der deutsche Faschismus die entscheidenden Schläge im Osten eingesteckt. Die Niederlage der faschistischen Armeen war im Osten bereits besiegelt, als die westlichen Alliierten mit ihrer Invasion in der Normandie schließlich die 2. Front eröffneten.

Anläßlich des 40. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion und auch aus anderen Anlässen wurden in den vergangenen Wochen von verschiedenen Seiten verschiedene historische Parallelen bemüht. So hat der frühere Terroristenchef und jetzige israelische Regierungschef Begin den israelischen Angriff auf den irakischen Atomreaktor damit zu rechtfertigen versucht, daß die israelische Regierung entschlossen sei, mit allen Mitteln einen neuen Holocaust zu verhindern. Der Aggressor bemühte sich, in den Mantel des Bedrohten zu schlüpfen, um so seinen Überfall zu verteidigen.

Der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow hat in einem Prawdaartikel die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa in die Tradition des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion gestellt. In diesem Zusammenhang hat er die chinesische Regierung beschuldigt, eine Konfrontation der NATO und Japans mit der Sowjetunion zu provozieren. Die Parallele des sowjetischen Verteidigungsministers ist nicht weniger verlogen, als die des israelischen Regierungschefs.

Auch der 2. Weltkrieg hatte seine Vorgeschichte. Er hatte bereits begonnen auf den Schlachtfeldern Spaniens, Abessiniens und Chinas. Ermuntert worden zu seinem Überfall auf Polen war Hitler unter anderem dadurch, daß er ohne großen internationalen Widerstand Österreich hatte einverleiben und die Tschechoslowakei hatte zerstückeln können. Die damals von England und Frankreich verfolgte Politik des Appeasement, der Versuch, den Aggressor durch Zugeständnisse – auf Kosten anderer Völker – vom Krieg abzuhalten, war in Westeuropa vorübergehend populär. Sie ist aber gescheitert und hat dem damaligen Aggressor bloß seine Kriegsvorbereitungen erleichtert. Man soll sich durch die Tatsache, daß die Sowjetunion 1941 das Opfer eines Überfalls war, nicht den Blick dafür verstellen lassen, daß gerade sie heute Expansionismus und Aggression betreibt.

Der gegenwärtig in Europa drohende Krieg wird ebenfalls vorbereitet durch begrenzte Kriege, in Afghanistan und Kampuchea. Ob und inwieweit hier das sowjetische Vordringen gestoppt, zumindest gebremst werden kann, ob die Einheit der polnischen Nation und ihre internationale Unterstützung stark genug ist, einen sowjetischen Einmarsch in Polen zu verhindern oder gegebenenfalls wirksam zu bekämpfen, das ist heute ziemlich entscheidend dafür, ob ein neuer Weltkrieg hinausgezögert und letztenendes verhindert werden kann.

Börner will Volksbegehren nicht zulassen

Flughafen Frankfurt: Baubeginn für Startbahn West wird vorbereitet

anm. Der Sonderparteitag der SPD in Hessen am vergangenen Sonntag (21.6.) hat der Landesregierung offensichtlich neuen Auftrieb gegeben. ¾ des Parteitags stimmten dem Ausbau des Rhein-Main-Flughafens als „unumgänglich" zu. Ebenfalls ¾ sprachen sich gegen einen Antrag der südhessischen SPD aus, der die Einstellung jeglicher Baumaßnahmen zum Bau der Startbahn West während der Zeit des Volksbegehrens gegen die Startbahn West forderte. Bereits am Montag tönte Börner im Hessischen Landtag, daß er dem Volksbegehren gegen die Startbahn West wenig Chancen gibt, weil diesem ein „unzulässiger Formenmißbrauch" zugrunde läge. Ebenfalls am Montag kündigte Innenminister Gries im Hessischen Landtag die Räumung des Hüttendorfes im Flörsheimer Wald, mitten auf der geplanten Startbahn West, an.

„Die Erbauer und Bewohner der Hütten müssen wissen, daß wir diesen illegalen Zustand zu dem uns als geeignet erscheinenden Zeitpunkt beseitigen werden." Wann der geeignete Zeitpunkt ist, steht entweder jetzt schon fest, oder nach der kommenden Vorstandssitzung der FAG, die nach all diesen Ermunterungen den Baubeginn festlegen wird.

Das Hauptargument der Landesregierung gegen das Volksbegehren ist, daß der Gesetzentwurf, der für das Volksbegehren vorgeschlagen ist, in die bundesrechtliche Planung des Flugverkehrs eingreife. Voraussichtlich will die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid „Keine Startbahn West" den Antrag auf Zulassung zum Volksbegehren im November stellen. Spätestens dann ist eine Entscheidung der Landesregierung fällig. Doch bereits jetzt teilt der Ministerpräsident mit, der Antrag sei voraussichtlich unzulässig, nachdem knapp 2 Wochen vorher Justizminister Günter in dieselbe Kerbe geschlagen hatte. H. Börner führte am Montag im Hessischen Landtag aus: „Alles deutet darauf hin, daß die Landesregierung . . . wegen der Verfassungswidrigkeit dieses geplanten Gesetzes einen etwaigen Antrag auf Zulassung des geplanten Volksbegehrens wird ablehnen müssen."

Nachdem bereits 1950 durch das Ausführungsgesetz des hessischen Landtages zum Volksbegehren die Hürden weiter erhöht wurden, die zu überwinden sind, um so etwas überhaupt durchzuführen, soll jetzt im konkreten Fall der Gesetzentwurf als nicht verfassungskonform erklärt werden, um die Interessen der Landesregierung nicht zu behindern. Was die Bürgerlichen unter Demokratie verstehen, kann man nicht nur daran sehen.

Auf dem SPD-Parteitag führte Vera Rüdiger aus, Großprojekte an die Zustimmung der betroffenen Bevölkerung zu binden, habe nach ihrer Ansicht die absolute Handlungsunfähigkeit der Regierung zur Folge. Hat Brecht nicht einmal gesagt, die Regierung in der DDR solle sich ein neues Volk wählen, da sie mit ihrem doch offensichtlich nicht zurecht käme?

Der Vorschlag scheint auch hier passend. Das Allgemeinwohl als Zuchtrute gegen Teile der Massen. Das ist Demokratie! Das ist der Kurs der Vernunft, der immer wieder lauthals beschworen wird. Zudem sieht dieses Allgemeinwohl in diesem Fall so aus, daß ein Projekt durchgesetzt werden soll, bei dessen Planung von steigenden Daten im Flugverkehr ausgegangen wurde, die so nicht eingetroffen sind; dessen Planung eine Kapazitätserweiterung bringen sollte, die so nicht eintreten wird; dessen Planung anscheinend zum großen Teil auch noch auf Interessen der US-Besatzer zurückgeht usw. usf.

Die gewaltsame Durchsetzung des Baus wird vorbereitet. Innenminister Gries war in Japan („aus den Erfahrungen lernen"), wo der Bau des Flughafens Narita gegen massenhaften Widerstand durchgesetzt wurde und der heute hinter Stacheldrahtverhau betrieben wird. Der Spiegel verbreitet sich in seiner letzten Ausgabe seitenweise über die zu erwartende Bürgerkriegssituation in Rhein-Main bei Baubeginn.

Der Kampf gegen den Flughafenausbau steht jetzt auf 2 Beinen: Der Organisierung der Unterstützung in ganz Hessen durch das Volksbegehren und der Vorbereitung des Widerstands gegen den Baubeginn und die Baumaßnahmen. Der bisherige Verlauf des Volksbegehrens: Den über 120 Unterstützerorganisationen in Hessen haben sich mittlerweile auch 2 Gemeinden aus dem näheren Umkreis des Flughafens angeschlossen, die Gemeinden Groß-Gerau und Dietzenbach. In Südhessen wird das Volksbegehren breit unterstützt. In den anderen Teilen Hessens läuft die Unterstützung langsam an. Durch das Votum des Landesparteitages der SPD erhofft sich die Landesregierung sicherlich auch, die Gewerkschaften an die Kandare zu kriegen, die in Südhessen zu großen Teilen das Volksbegehren unterstützen. Bisher hat sich lediglich die GEW landesweit für das Volksbegehren ausgesprochen und ihre Mitglieder zur Unterstützung aufgerufen. Die landesweite Unterstützung des Kampfes gegen die Startbahn West, insbesondere auch die Unterstützung der Gewerkschaften ist aber entscheidend für einen Erfolg im Volksbegehren und auch entscheidend dafür, daß, wenn es zum Baubeginn und zu Widerstandsaktionen kommt, diese landesweit unterstützt werden, oder ob es der Landesregierung gelingt, die Bewegung gegen die Startbahn West und damit die Mehrheit der betroffenen Bevölkerung als regional beschränkte Hinterwäldler abzutun, die den Fortschritt hemmen wollen.



The Washington Post

obwohl lange geplant, hatte Hitler zu dem Zeitpunkt befohlen, an dem sich herausgestellt hatte, daß der aufstrebende deutsche Imperialismus seinen europäischen Hauptkonkurrenten England nicht direkt würde besiegen können. Ein Blitzkrieg im Osten mit einem raschen Sieg über die Sowjetunion sollte die Bedingungen dafür schaffen, England endgültig den Todesstoß zu versetzen. Tatsächlich hat der deutsche Faschismus die entscheidenden Schläge im Osten eingesteckt. Die Niederlage der faschistischen Armeen war im Osten bereits besiegelt, als die westlichen Alliierten mit ihrer Invasion in der Normandie schließlich die 2. Front eröffneten.

Anläßlich des 40. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion und auch aus anderen Anlässen wurden in den vergangenen Wochen von verschiedenen Seiten verschiedene historische Parallelen bemüht. So hat der frühere Terroristenchef und jetzige israelische Regierungschef Begin den israelischen Angriff auf den irakischen Atomreaktor damit zu rechtfertigen versucht, daß die israelische Regierung entschlossen sei, mit allen Mitteln einen neuen Holocaust zu verhin-

Tschechoslowakei hatte zerstückeln können. Die damals von England und Frankreich verfolgte Politik des Appeasement, der Versuch, den Aggressor durch Zugeständnisse – auf Kosten anderer Völker – vom Krieg abzuhalten, war in Westeuropa vorübergehend populär. Sie ist aber gescheitert und hat dem damaligen Aggressor bloß seine Kriegsvorbereitungen erleichtert. Man soll sich durch die Tatsache, daß die Sowjetunion 1941 das Opfer eines Überfalls war, nicht den Blick dafür verstellen lassen, daß gerade sie heute Expansionismus und Aggression betreibt.

Der gegenwärtig in Europa drohende Krieg wird ebenfalls vorbereitet durch begrenzte Kriege, in Afghanistan und Kampuchea. Ob und inwieweit hier das sowjetische Vordringen gestoppt, zumindest gebremst werden kann, ob die Einheit der polnischen Nation und ihre internationale Unterstützung stark genug ist, einen sowjetischen Einmarsch in Polen zu verhindern oder gegebenenfalls wirksam zu bekämpfen, das ist heute ziemlich entscheidend dafür, ob ein neuer Weltkrieg hinausgezögert und letztenendes verhindert werden kann.

standssitzung der FAG, die nach all diesen Ermunterungen den Baubeginn festlegen wird.

Das Hauptargument der Landesregierung gegen das Volksbegehren ist, daß der Gesetzentwurf, der für das Volksbegehren vorgeschlagen ist, in die bundesrechtliche Planung des Flugverkehrs eingreife. Voraussichtlich will die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid „Keine Startbahn West" den Antrag auf Zulassung zum Volksbegehren im November stellen. Spätestens dann ist eine Entscheidung der Landesregierung fällig. Doch bereits jetzt teilt der Ministerpräsident mit, der Antrag sei voraussichtlich unzulässig, nachdem knapp 2 Wochen vorher Justizminister Günter in dieselbe Kerbe geschlagen hatte. H. Börner führte am Montag im Hessischen Landtag aus: „Alles deutet darauf hin, daß die Landesregierung . . . wegen der Verfassungswidrigkeit dieses geplanten Gesetzes einen etwaigen Antrag auf Zulassung des geplanten Volksbegehrens wird ablehnen müssen."

Nachdem bereits 1950 durch das Ausführungsgesetz des hessischen Landtages zum Volksbegehren die Hürden weiter erhöht wurden, die zu überwinden sind, um so etwas überhaupt durchzuführen, soll jetzt im konkreten Fall der Gesetzentwurf als nicht verfassungskonform erklärt werden, um die Interessen der Landesre-

usf.

Die gewaltsame Durchsetzung des Baus wird vorbereitet. Innenminister Gries war in Japan („aus den Erfahrungen lernen"), wo der Bau des Flughafens Narita gegen massenhaften Widerstand durchgesetzt wurde und der heute hinter Stacheldrahtverhau betrieben wird. Der Spiegel verbreitet sich in seiner letzten Ausgabe seitenweise über die zu erwartende Bürger-

stützung der Gewerkschaften ist aber entscheidend für einen Erfolg im Volksbegehren und auch entscheidend dafür, daß, wenn es zum Baubeginn und zu Widerstandsaktionen kommt, diese landesweit unterstützt werden, oder ob es der Landesregierung gelingt, die Bewegung gegen die Startbahn West und damit die Mehrheit der betroffenen Bevölkerung als regional beschränkte Hinterwäldler abzutun, die den Fortschritt hemmen wollen.



The Washington Post

„Geringfügige Schuld" bei „Bild"-Wallraff-Leitung

acm. Eingestellt bei Geldstrafen von 9000 und 7000 DM wurde das Verfahren gegen zwei „Bild"-Redakteure, die im November 1976 zwei Tage lang „Wallraff in der Leitung!" hatten. Diese seien „zufällig in die Leitung geraten" – das nahm das Gericht für bare Münze, obwohl ein Sachverständiger vom Fernmeldeamt die Sache für „eine recht unerklärliche Situation" hielt. Gerade zum Zeitpunkt, als vor Gericht festgestellt wurde, daß beim Verfassungsschutz angeblich in „operativem Wildwuchs" die Leitung von Wallraff schon mal angezapft worden war, wurde vom Vorsitzenden die Einstellung des Verfahrens vorgeschlagen, da die Angeklagten „ohne Schminke" Aussagen gemacht hätten und allein durch das Verfahren eine „generalpräventive Wirkung" erzielt worden sei.

„Selbstverständnis der Fraktion" von der SPD abgestimmt

acm. Nach wochenlangem Krach zwischen der SPD-Fraktionsmehrheit und der „parlamentarischen Linken" wurde am Dienstag in Mehrheitsabstimmung der Text zum „Selbstverständnis der Fraktion" und Änderungen zur Geschäftsordnung angenommen. Vorausgegangen war schon vorletzten Montag ein Beschlußantrag zur Wiederherstellung sozialdemokratischer Disziplin und Solidarität. Die wesentlichen Aussagen sind jetzt: Die Minderheit muß in der Öffentlichkeit die Argumente der Mehrheit „bei Wahrung der eigenen Meinung sachlich und fair darstellen"; die Fraktion bestimmt diejenigen Redner, „die im Plenum die Auffassung der Fraktion zu vertreten haben". Hansen und Meinike wollten in der Geschäftsordnung noch Minderheitenrechte unterbringen, sowie erreichen, daß jedes Fraktionsmitglied die einzelnen Positionen des vergangenen und laufenden Haushalts einsehen kann. Beides wurde abgelehnt. – Die Mitglieder, die bei der Abstimmung dagegen oder mit Enthaltung votierten, haben angekündigt, die Beschlüsse zu akzeptieren.

„Deutschlandtreffen" der NPD in Dortmund

vok.Dortmund. Am 17. Juni konnte die NPD mit ca. 500 Teilnehmern ihr „Deutschlandtreffen" in Dortmund abhalten und die Gelegenheit nutzen, offen zu Völker- und Rassenhaß aufzuhetzen und unverhohlen zum Aufbau einer faschistischen Massenbewegung im Geiste der NSDAP aufrufen. Gegenüber der gesamten Dortmunder Öffentlichkeit (einschl. der örtlichen Presse) wurde seitens des Polizeipräsidenten und Innenministers vollständiges Stillschweigen über den geplanten faschistischen Aufmarsch geübt. Neonazistische Schlägertrupps konnten so mehrere Personen ungehindert überfallen, von der Polizei gab es keinerlei Eingreifen, stattdessen wurden diskutierende Antifaschisten vorübergehend festgenommen. Am 20. Juni fand daraufhin eine Gegenkundgebung und Demonstration mit ca. 400 Leuten statt, die insbesondere unter der Losung stand: Verbot öffentlicher Auftritte faschistischer Organisationen, Absetzung des Polizeipräsidenten Manner.

„Wehrsportgruppe Hoffmann" weitere Verhaftung

acm. Nach der Verhaftung des Chefs der verbotenen rechten „Wehrsportgruppe Hoffmann" wurde jetzt auch dessen Freundin verhaftet, diese unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Mittlerweile wurde in dem Wohnsitz von Hoffmann, einer Burg, auch Sprengstoff gefunden. Der Sprecher des bayrischen Justizministeriums auf Vorwürfe über das zögernde Eingreifen in Bayern angesprochen: „Es ist eine ungeheuerliche Unterstellung, wenn behauptet wird, Hoffmann wäre längst verhaftet worden, wenn er ein Linksextremist wäre. Zur Ausstellung eines Haftbefehls braucht man einen dringenden Tatverdacht, und den gibt es erst seit kurzer Zeit." Tatsache ist nur, daß Hoffmann schon seit Jahren mit Spähwagen und panzerbrechenden Waffen seine Übungen im bayrischen Land durchführte.

„Grüne" gegen NATO- und Warschauer-Pakt-Raketen

ecv. Etwa 170 Mitglieder trafen sich am 19./20.6.81 in Frankfurt zur Landesmitgliederversammlung der hessischen „Grünen". Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung wurde beschlossen: „Wir treten als „Die Grünen" zur Landtagswahl 1982 mit einer offenen Liste an. Voraussetzung für die Kandidatur ist, daß die Kandidaten die Ziele der „Grünen" mittragen und in keiner anderen Partei Mitglied sind." Arbeitsschwerpunkt der MV war das Thema „Ökologie und Frieden". In 5 Arbeitsgruppen wurde das Thema diskutiert. Ergebnis war eine Resolution, die auf dem Plenum verabschiedet wurde. Darin wird u.a. gefordert: „Keine Produktion und Stationierung von NATO- und Warschauer Pakt-Mittelstreckenraketen, die ein atomares Schlachtfeld Europa bedeuten! Schaffung einer (atom-)waffenfreien Zone vom Ural bis zum Atlantik! Auflösung aller Militärblöcke! Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer! Kein Kriegsdienst für Frauen!" Es wurde beschlossen, sowohl den Krefelder Appell als auch den Aufruf der Russel-Peace-Foundation für ein atomwaffenfreies Europa zu unterstützen.

Seit 17 Monaten fehlt Entscheid über Verfassungsbeschwerde

acm. Nachdem der Schweizer Peter Egloff im November 1979 trotz Zusicherung des „freien Geleits" nach seiner Aussage als Zeuge im Brigitte-Heinrich-Prozeß wegen „uneidlicher Falschaussage" für drei Monate in Untersuchungshaft gehalten wurde, liegt auf die am 30. Januar 1980 von seinem Verteidiger erfolgte Verfassungsbeschwerde immer noch kein Bescheid vor. Der Grund, so Verfassungsrichter Hirsch: Die Staatsschutzkammer Karlsruhe läßt seit 17 Monaten das Protokoll der Sitzung nicht überkommen. So dürfte das Verfassungsgericht wohl kaum zu einer Entscheidung kommen, betonte der Anwalt und wies dabei auf die „bekannt rechtsextremistische Denkungsweise der IV. Strafkammer" in Karlsruhe – für ihn eine Folge der Einstellungsvoraussetzungen aus der Ära Filbinger – hin. Er selbst habe auch versucht, das Verhandlungsprotokoll von der Staatsschutzkammer zu bekommen, aber „es heißt immer, es sei noch nicht gefertigt, aber ich glaube, daß einfach gar kein Protokoll gemacht wurde". Ohne ein solches sind aber wiederum die angeblich uneidlichen Falschaussagen, derentwegen Egloff noch im Gerichtssaal festgenommen wurde, juristisch unerheblich. – Die Mühlen der Justiz mahlen halt unterschiedlich, je nach Interesse. Jedenfalls ging im Fall Härdle alles viel schneller – für die Aburteilung.

Demonstration gegen Atommülleinlagerungen

sbe. Am 27.6.81 soll von Salzgitter-Bleckenstedt nach Salzgitter-Lebenstedt eine Demonstration gegen die geplante Einlagerung von Atommüll in Schacht Konrad stattfinden. Nach den Plänen der Bundesregierung sollen in Schacht Konrad und die Asse radioaktiver Atommüll und ausgediente Atomkraftwerke eingelagert werden. Seit 4 Jahren wird Schacht Konrad bereits ausgebaut und auf seine neue Aufgaben vorbereitet. Schacht Konrad (ehem. Erzbergwerk) ist Eigentum der Stahlwerke Peine AG. Es soll nicht nur radioaktiver Müll gelagert werden, am Schachteingang soll ein oberirdisches Zwischenlager erstellt werden.

Auf dem Kirchentag suchte die Jugend den Zusammenschluß



Rund 100000 Leute, Teilnehmer – und Nichtteilnehmer des Kirchentages, alle Organisationen der Linken in Hamburg, verschiedene Prominenz des Kirchentages wie Eppler, Albertz und Bischof Scherf demonstrierten am 20.6. in Hamburg gegen die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen in der BRD und für Abrüstung. Durch diese Parolen war das Hauptbild der Demonstration gekennzeichnet.

joa. Hamburg. Etwa 140000 Besucher hatte der Kirchentag, und es ist wohl nicht übertrieben, wenn man davon 70000 – 80000 Besucher zu den Jugendlichen zählt, die das Bild des Kirchentages entscheidend geprägt haben. Sind dies nun realitätsblinde, vom „Opium des Volkes" vernebelte Religionsfreaks? Die Kirchen selbst sind der Frage nach den Ursachen für die starke Teilnahme der Jugend an verschiedenen Kirchentagen nachgegangen und haben einiges an Ursachen aufgeführt.

Wichtig ist dabei die Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Professor Ernst Käsemann, der zu den fortschrittlichen Kräften innerhalb der evangelischen Kirche gezählt wird, sieht die heutige Gesellschaft so: Unsere Wohlstandsgesellschaft beruht „auf Schweiß, Tränen, Folter, Ausbeutung und Mord der farbigen Völker und des weißen Proletariats. Sie hat ihr Bild im Spiegel einer Welt der Armut zu sehen ... Jeder von uns ist hier mitschuldig und verantwortlich. Denn noch immer verteidigt unsere ganze Gesellschaft mit brutaler Entschlossenheit und unter irreführenden Parolen ihre Machtposition und traditionellen Privilegien. Noch immer machen alle, die davon profitieren oder um Export, Arbeitsplätze, Rentenhöhe bangen, den gegenwärtigen Überfluß zur Grundlage und Norm ihres Verhaltens. Wir leben in Verhältnissen, in denen der Mensch zum Wolf gegenüber seinen Brüdern nah und fern wird; zumeist gedankenlos, oft jedoch in schamloser Offenheit, und Almosen müssen weltweite Ungerechtigkeit verdecken, wie Brocken, die man vom gedeckten Tisch den Hunden zuwirft." (Fürchte Dich nicht. Biblisch-theologische Überlegungen zur Thematik des Kirchentages 1981, S.38)

Käsemann ist Realist genug, um Ausbeutung und Unterdrückung zu sehen und anzuprangern. Er versagt da, wo es gilt, Ausbeuter und Ausgebeutete, Unterdrücker und Unterdrückte klar zu trennen und die elenden Verhältnisse aus den Besitzverhältnissen zu erklären.

Meiner Meinung nach sieht ein großer Teil der Jugend auf dem Kirchentag die Lage ähnlich wie Käsemann. Vor allem die junge Generation der Mittelschichten, darunter viele Schüler und Studenten, war auf dem Kirchentag vertreten. Insofern läuft die von ihr getragene Bewegung parallel zur Gewerkschaftsbewegung und zur dortigen Jugendarbeit vor allem unter Lehrlingen, für die die Frage nach Gott aus ihren Erfahrungen mit den Produktions- und Besitzverhältnissen keine mehr ist. Dies dürfte bei den Jugendlichen der Mittelschichten anders sein. Für sie sind Religion und Kirche, soweit diese zur Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse aktiv wird, eine Möglichkeit diese Verhältnisse und zwischenmenschliche Beziehungen zu verändern.

Antrieb ist dabei das Bewußtsein von Unrecht und Ausbeutung vor allem in der Dritten Welt. Andererseits ist es das Bewußtsein, daß grundlegende menschliche Lebensbedürfnisse im Kapitalismus nicht befriedigt werden: das gilt für die materiellen Bedingungen wie Arbeits- und Wohnverhältnisse und Erholungsmöglichkeiten; es gilt auch für emotionale Bedürfnisse nach konkurrenzfreiem Miteinander, letztlich Solidarität. Zur Zeit, das müssen die Revolutionäre selbstkritisch zugeben, ist die Jugendarbeit der Kirche der einzige Bereich, in dem solche Bedürfnisse in großem Umfang aufgenommen werden.

Wiederum formuliert Käsemann solche Bedürfnisse: „Wo man Ängste betäubt, stirbt aber auch die Liebe, welche körperlich und seelisch Nähe und Zärtlichkeit gewährt, in die wir uns bergen können und mit der wir anderen Geborgenheit schenken. Wo man Ängste betäubt, wachsen die Roboter, die Konsumenten, welche Produzenten ebenso verlocken wie diese umgekehrt ihre Verbrauchspartner ... Da beginnen die letzten Tage der Menscheit, sei es auch nur für den weißen Mann und seine Geschichte ... Die Frommen, welche in der ganzen Bibel die Gottesfürchtigen heißen, sind nicht der irdischen Kreatürlichkeit entnommen, deren Merkmal, vielleicht sogar deren Grundbefindlichkeit die Furcht ist. Auch der Glaubende stößt auf die Unheimlichkeit des Lebens, die im Sterben gipfelt und vor der wir uns in die Arme der Zärtlichkeit und Liebe flüchten." (S.32/33)

Realist ist Käsemann und ist die Kirche da, wo sie entfremdete zwischenmenschliche Beziehungen im Kapitalismus kritisieren. Aus der Kritik solcher Beziehungen und der Kritik der Gesellschaft mit Hilfe von Meditation und Bibelauslegung zieht die Kirchentagsjugend ihre Kraft und ihren Willen zur Veränderung. Mit dem Motto „fürchte dich nicht" wollte die Kirchenführung diesen Willen von der Realität weg auf die Hoffnung auf ein besseres Leben nach dem Tode orientieren. Das Beherrschende des Kirchentages war aber nicht die Versenkung in theologische Probleme und die Festigung des Glaubens an ein besseres Jenseits. auch die Demonstration am 20.6. war kein Ausbrechen aus Rahmen und Inhalt des Kirchentages. Ganz im Gegenteil: die Jugend auf dem Kirchentag zog vielmehr aus der christlichen Religion das unbedingte Wollen, den Frieden hier auf Erden durchzusetzen gegen die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Stärke dieses Willens und die Breite der Bewegung erklärt sich meiner Meinung nach daraus, daß der Widerspruch zwischen der Jugend, die ihre Entwicklungsmöglichkeiten nutzen will zur Gestaltung der eigenen Zukunft und dem verrottendem Kapitalismus, der den gesellschaftlichen Rahmen für die Entwicklung der Jugend immer mehr beschränkt, immer krasser wird. in ihrer festen Absicht, für den Frieden zu kämpfen, müssen wir die Bewegung unterstützen. Im Laufe des gemeinsamen Kampfes für den Frieden sollten wir in der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse die ideologischen Probleme der Friedensbewegung klären, die durchaus unsere eigenen sind. In dieser Analyse und entlang der Frage, was diesem Kampf nützt, ist die Kritik der religiösen Grundlagen der Friedensbewegung am Platze.

„Mut, die beängstigenden Entwicklungen unserer Zeit in den Blick zu bekommen"

thw.Hamburg. Das folgende Interview wurde während des Kirchentages, am Abend nach der Apel-Veranstaltung, also am Tag vor der Demonstration geführt. Alexander Kaestner war an der Vorbereitung der Demonstration beteiligt, und hat dort auf der Abschlußkundgebung gesprochen.

F: „Fürchtet Euch – der Atomtod bedroht uns alle", das Gegenmotto der

Entwicklungen in unserer Zeit in den Blick zu kriegen. Deshalb haben wir das Motto umgedreht, „Fürchtet Euch, der Atomtod bedroht uns alle". Wir haben auf dem Aufruf inzwischen dazugesetzt: „Wehrt Euch". Wir haben auch dazugesetzt das ursprüngliche Motto: „Selig sind, die Frieden schaffen".

F: Heute morgen fand mit der Apel-Veranstaltung der Konzentrations-

F: Meiner Ansicht nach hat dieser Veranstaltungsablauf – den man sich ja schon anders gewünscht hatte – seine Gründe in der Art und Weise, wie Position gegen die Aufrüstung bezogen wird von vielen Kirchentagsteilnehmern, inbesondere den Jugendlichen. Auf der gestrigen Fragestunde mit Schmidt wurde deutlich, daß es vor allem eine moralische Position ist, der Schmidt offensiv mit „Realpolitik" angesichts des Vorhandenseins zweier

dazu, ich löse das so ein, daß ich mich in der Arbeit mit Kriegsdienstverweigerern engagiere, ich bin auch von der Kirche beauftragt, sie zu beraten, ich arbeite mit Gruppen zusammen, etwa wie „Frauen für den Frieden" oder anderen Gruppierungen, die das Friedensthema sehr viel breiter angehen, es gibt ja genügend Stichworte, um die Probleme anzuzeigen, die Militarisierung der Ausbildung im Sanitätswesen, die verzögerte Gesetzgebung in der KDV, es gibt verschiedene andere Dinge, wo überall Widerstand nötig ist, und hier gehen dann die Kapazitäten und die Intentionen bei den verschiedenen Gruppen bereits auseinander.
Es war eine sehr schwierige und dann auch sehr solidarische Auseinanderset-

jetzt die Opposition diese Texte gebraucht, 2. bringt das überhaupt was, sich auf Dogmen in dieser Auseinandersetzung zu stützen?

K: Das sind 2 verschiedene Sachen. Das erste ist ein Streit der Interpreten von Bibelstellen. Das ist keine Frage der richtigen Philologie, sondern dann auch bald ein Streit verschiedener Interessen. Nur, der Text der Bergpredigt ist erschreckend eindeutig. Die Bergpredigt ist erschreckend einseitig, unausgewogen und deutlich, indem sie sich gegen jegliche Gewaltanwendung ausspricht. Nun kommt ein zweites dazu: was tut man mit einem solch eindeutigen Text? Es gibt in der Auslegungsgeschichte in der Theologie ein Denkmodell, das zwischen politischem

Noch immer machen alle, die davon profitieren oder um Export, Arbeitsplätze, Rentenhöhe bangen, den gegenwärtigen Überfluß zur Grundlage und Norm ihres Verhaltens. Wir leben in Verhältnissen, in denen der Mensch zum Wolf gegenüber seinen Brüdern nah und fern wird; zumeist gedankenlos, oft jedoch in schamloser Offenheit, und Almosen müssen weltweite Ungerechtigkeit verdecken, wie

diese Verhältnisse und zwischenmenschliche Beziehungen zu verändern.

Antrieb ist dabei das Bewußtsein von Unrecht und Ausbeutung vor allem in der Dritten Welt. Andererseits ist es das Bewußtsein, daß grundlegende menschliche Lebensbedürfnisse im Kapitalismus nicht befriedigt werden: das gilt für die materiellen Bedingungen wie Arbeits- und Wohnverhältnisse

Ängste betäubt, wachsen die Roboter, die Konsumenten, welche Produzenten ebenso verlocken wie diese umgekehrt ihre Verbrauchspartner ... Da beginnen die letzten Tage der Menscheit, sei es auch nur für den weißen Mann und seine Geschichte ... Die Frommen, welche in der ganzen Bibel die Gottesfürchtigen heißen, sind nicht der irdischen Kreatürlichkeit entnommen, deren Merkmal, vielleicht sogar deren

rung diesen Willen von der Realität weg auf die Hoffnung auf ein besseres Leben nach dem Tode orientieren. Das Beherrschende des Kirchentages war aber nicht die Versenkung in theologische Probleme und die Festigung des Glaubens an ein besseres Jenseits. auch die Demonstration am 20.6. war kein Ausbrechen aus Rahmen und Inhalt des Kirchentages. Ganz im Gegenteil: die Jugend auf dem Kirchentag zog

den Frieden zu kämpfen, müssen wir die Bewegung unterstützen. Im Laufe des gemeinsamen Kampfes für den Frieden sollten wir in der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse die ideologischen Probleme der Friedensbewegung klären, die durchaus unsere eigenen sind. In dieser Analyse und entlang der Frage, was diesem Kampf nützt, ist die Kritik der religiösen Grundlagen der Friedensbewegung am Platze.

„Mut, die beängstigenden Entwicklungen unserer Zeit in den Blick zu bekommen"

Interview mit Alexander Kaestner, Studentenpastor ESG Hamburg, über Kirchentag und Friedensdemonstration

thw.Hamburg. Das folgende Interview wurde während des Kirchentages, am Abend nach der Apel-Veranstaltung, also am Tag vor der Demonstration geführt. Alexander Kaestner war an der Vorbereitung der Demonstration beteiligt, und hat dort auf der Abschlußkundgebung gesprochen.

F: „Fürchtet Euch – der Atomtod bedroht uns alle", das Gegenmotto der Kirchenopposition, und „Fürchte Dich nicht", das offizielle Kirchenmotto, wie stehen die zueinander, welche Kritik habt Ihr an dem offiziellen Motto?

K: Von Bischof Wölber habe ich gehört, er habe geäußert, das jetzt bestehende offizielle Motto sei doch sehr viel umfassender. Es würde alle Bereiche, nicht nur den Frieden umfassen. Unsere Kritik, und nun spreche ich für die Verantwortlichen und die Unterzeichner des Aufrufs zu der Demonstration, geht in folgende Richtung: die Formulierung „Fürchte Dich nicht" stellt das Problem als das Problem des einzelnen Christen dar. Es wäre ja auch möglich gewesen eine Formulierung: „Fürchtet Euch nicht", oder irgendeine Formulierung, die uns alle angesprochen hätte – stattdessen wird eine individualisierende Formulierung gewählt, und das Problem dem Einzelnen zugeschoben. Daran kritisieren wir, daß die bedrängenden Probleme, die wir sehen, nicht allein vom Einzelnen zu lösen sind, sondern durch einen gemeinsamen Kampf, durch verschiedene Widerstandsformen.

Es gibt eine zweite Kritik, wir haben die Befürchtung, daß das offizielle Motto oberflächlich tröstend und verharmlosend wirkt. Es gibt zwar große Gefahren, aber fürchte Du Dich mal nicht. Ich, der ich mich bedroht fühle von Entwicklungen in unserer Zeit, fühle mich durch das offizielle Motto nicht genügend ernst genommen. Das Motto „Fürchte Dich nicht" ist gut biblisch. Aber es ist mir zu schnell gesprochen. Ich meine, jetzt im Augenblick sei es Aufgabe, Mut zur Angst zu machen, Mut dazu, die beängstigenden Entwicklungen in unserer Zeit in den Blick zu kriegen. Deshalb haben wir das Motto umgedreht, „Fürchtet Euch, der Atomtod bedroht uns alle". Wir haben auf dem Aufruf inzwischen dazugesetzt: „Wehrt Euch". Wir haben auch dazugesetzt das ursprüngliche Motto: „Selig sind, die Frieden schaffen".

F: Heute morgen fand mit der Apel-Veranstaltung der Konzentrationspunkt in dieser Auseinandersetzung auf dem Kirchtag selber statt; kannst Du einen Bericht davon geben?

K: Ich habe einen Teilnehmer gesprochen, der die Veranstaltung miterlebt hat. Er berichtete, daß schon um 8.30 Uhr die Halle gefüllt und nicht mehr zugänglich war, obwohl die Veranstaltung erst um 11.00 Uhr begann. Es war dann vor den Hallen wohl sehr viel Unwille darüber, daß man nicht mehr rein konnte, in der Halle hat dann das Gespräch so stattgefunden, wie die Veranstalter es sich sicher gewünscht hatten. Der Altbischof Scharf aus Berlin hatte sehr eindringlich darum gebeten, dieses Gespräch zustande kommen zu lassen, und das hat wohl sehr stark gewirkt. Man hatte den ursprünglichen Moderator zurückgezogen. Das war der Journalist Eberhard Stammler, der selber einer ganz bestimmten Richtung angehört, nämlich zu den Unterzeichnern des Aufrufs „Sicherung des Friedens", eine Gegenbewegung zu der sehr viel stärkeren Bewegung „Ohne Rüstung leben". Ihn hatte man zurückgezogen und stattdessen den Bundesrichter Simon in die Leitung der Veranstaltung geholt. Sie lief so ab, daß wohl sehr viel Kritik an Herrn Apel durch Schreien und Pfiffe geäußert wurde, daß nur zweimal nötig war – aus der Sicht der Veranstaltungsleiter – einen Posaunenchor spielen zu lassen, bzw. das Gespräch auf dem Podium abzubrechen und die Teilnehmer zu bitten, sich kurz zu unterhalten; im ganzen verlief die Veranstaltung wohl ruhig, vielleicht etwas zu ruhig, insofern als nicht deutlich genug geworden ist, wie stark der Widerstand gegen Herrn Apel innerhalb der Kirche ist.

F: Meiner Ansicht nach hat dieser Veranstaltungsablauf – den man sich ja schon anders gewünscht hatte – seine Gründe in der Art und Weise, wie Position gegen die Aufrüstung bezogen wird von vielen Kirchentagsteilnehmern, inbesondere den Jugendlichen. Auf der gestrigen Fragestunde mit Schmidt wurde deutlich, daß es vor allem eine moralische Position ist, der Schmidt offensiv mit „Realpolitik" angesichts des Vorhandenseins zweier Supermächte und der SS-20 der UdSSR konterte.

K: Es zeigen sich daran nun die vielen verschiedenen Ansätze, die in der neuen Friedensbewegung wirksam sind. Ich kenne den Ablauf und die Argumentation der gestrigen Veranstaltung nicht, ich weiß aber so ein bißchen, welche Position von den verschiedenen Gruppen eingenommen wird. Es ist zu unterscheiden zwischen dem, was etwa in dem Krefelder Appell formuliert wird, wo nun sehr deutlich die sogenannte Nachrüstung angegriffen wird, aufgerufen wird, sie zu verhindern, es gibt darüber hinaus Ansätze, etwa „Christen für die Abrüstung", auch „Ohne Rüstung leben", die weitergehender ist und sich gegen die Atomwaffen in Ost und West sehr viel deutlicher ausdrückt, und hier z.B. wie die Russell Peace Foundation eine atomwaffenfreie Zone in Europa fordert, es wäre wahrscheinlich tatsächlich kurzsichtig, die Friedensfrage allein in der Bundesrepublik lösen zu wollen.

Ich meine auch, daß dieser Widerstand gegen die Tendenzen zum Krieg sich nicht darauf beschränken kann, ein paar Raketen weniger in der Bundesrepublik zu stationieren. Für mich gehört zu diesem Widerstand die antimilitaristische Arbeit in dem ganzen Spektrum dazu, ich löse das so ein, daß ich mich in der Arbeit mit Kriegsdienstverweigerern engagiere, ich bin auch von der Kirche beauftragt, sie zu beraten, ich arbeite mit Gruppen zusammen, etwa wie „Frauen für den Frieden" oder anderen Gruppierungen, die das Friedensthema sehr viel breiter angehen, es gibt ja genügend Stichworte, um die Probleme anzuzeigen, die Militarisierung der Ausbildung im Sanitätswesen, die verzögerte Gesetzgebung in der KDV, es gibt verschiedene andere Dinge, wo überall Widerstand nötig ist, und hier gehen dann die Kapazitäten und die Intentionen bei den verschiedenen Gruppen bereits auseinander.

Es war eine sehr schwierige und dann auch sehr solidarische Auseinandersetzung um diesen Aufruf, wenn man bedenkt, daß das Spektrum von KB über DKP und Jungsozialisten und Jungdemokraten reicht. Daß sowohl Gruppen aus der Ökologiebewegung, gewaltfreie Gruppen und solche aus der Friedensarbeit hier mit unterschrieben haben; uns ist hier etwas gelungen, was es wohl in diesem Ausmaß seit der „Kampf-dem Atomtod-Bewegung" in den 50er Jahren so nicht gegeben hat. Ein besonderes Problem bei dieser Auseinandersetzung spielt natürlich die Frage: Soll die Atomrüstung in Ost und West gleichermaßen angegriffen werden? Ich habe vorher schon den Russell-Aufruf zitiert, der eine atomwaffenfreie Zone in ganz Europa fordert, das ist auch meine Meinung, und das haben wir mit der Forderung nach Abschaffung aller Atomwaffen in dem Aufruf zum Ausdruck gebracht. Der Russell-Aufruf gibt noch einen weiteren wichtigen Hinweis für den Friedenskampf über den Kampf gegen die Atomraketen hinaus: Er entwickelt die Bedeutung der beiden Militärblöcke für die Großmächte und umgekehrt für die Friedensbewegung eine Perspektive gegen die Blockpolitik in Europa.

K: Worauf stützt Ihr euch im Kampf für den Frieden wesentlich? Es ist in den verschiedenen Presseartikeln zu der Friedensbewegung, zu der kirchlichen Friedensbewegung insbesondere betont worden, daß Ihr euch auf die Bergpredigt stützt. Andererseits sagen verschiedene Politiker: die Bergpredigt ist eine Sache, eine andere Sache ist es, konkret in dieser Situation politisch vernünftig zu entscheiden. Ist das 1. neu, daß sowas relativiert wird, weil jetzt die Opposition diese Texte gebraucht, 2. bringt das überhaupt was, sich auf Dogmen in dieser Auseinandersetzung zu stützen?

K: Das sind 2 verschiedene Sachen. Das erste ist ein Streit der Interpreten von Bibelstellen. Das ist keine Frage der richtigen Philologie, sondern dann auch bald ein Streit verschiedener Interessen. Nur, der Text der Bergpredigt ist erschreckend eindeutig. Die Bergpredigt ist erschreckend einseitig, unausgewogen und deutlich, indem sie sich gegen jegliche Gewaltanwendung ausspricht. Nun kommt ein zweites dazu: was tut man mit einem solch eindeutigen Text? Es gibt in der Auslegungsgeschichte in der Theologie ein Denkmodell, das zwischen politischem Handeln und christlichem Gebot, zwischen Staat und Kirche, das Verhältnis darstellt. Dieses Modell nennt sich die 2-Reiche-Lehre, die ganz alte Traditionen über Luther hinaus hat, sie besagt, daß Gott in 2 Reichen regiert, einmal in dem Bereich, den man den geistlichen nennen könnte, der ohne alle Gewalt arbeitet, wo die Gebote der Bibel, der Bergpredigt gelten, und auf der anderen Seite im weltlichen Bereich herrscht er über die Funktionen der Herrschenden. Er hat die Obrigkeit, wie es da heißt, eingesetzt, und der Christ hat der Obrigkeit zu gehorchen, weil sie ja von Gott eingesetzt ist. Und damit läßt sich das Problem sehr schön lösen, die Obrigkeit tut ja das, was Gott will, und ihr muß man gehorchen, und die Bergpredigt, die sparen wir uns auf für den geistlichen Bereich. Das war auch der Streit mit Schmidt und Carstens und Apel. Deine letzte Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, sich auf Dogmen zu berufen: das tun wir alle, in welcher Tradition wir auch leben, daß wir uns auf bestimmte Traditionen berufen, davon uns argumentativ her stützen, aber auch das gute Gefühl bekommen, nicht allein zu sein. Dabei ist die Tradition des Christentums ja äußerst widersprüchlich, nicht nur die Tradition des Waffensegnens und die Legitimation von Militarismus und Herrschaftsausübung. Es gibt durchaus andere Traditionen im Christentum, was oft unterschlagen wird, auf die würd' ich mich gerne berufen. Traditionen des Widerstandes, eines schonenden Umgangs mit der Natur, eines anderen Umgehens mit Politik und Menschen, als wir es zum Teil jetzt demonstriert bekommen.

Kommunalpolitik – reformistisch oder revolutionär?

Kritik am DKP-Entwurf „Für eine demokratische Kommunalpolitik“

thm. Im Februar dieses Jahres hat die DKP als Beilage zur UZ einen Entwurf „Für eine demokratische Kommunalpolitik“ vorgelegt. Auf ihrem letzten Parteitag hat die DKP zwar nicht ausdrücklich über diesen Entwurf Beschluß gefaßt, er bedeutet aber eine gewisse programmatische Zusammenfassung der DKP-Positionen. Ich will mich hier auf die Kritik des reformistischen Charakters dieser Position beschränken.

Ausgangspunkt dieses Programmentwurfs ist der folgende: „Für die konkreten Lebensbedingungen der Bürger ist die Kommune der Dreh- und Angelpunkt.“ Angegriffen wird die systematische Aushöhlung der Selbstverwaltungsrechte der Kommunen durch Bund und Land. Nun gehört aber zweifellos zu einem wesentlichen Zug der Organisation des bürgerlichen Staates, daß sich der zentralistische Staatsapparat als Verkörperung der Einheit der Nation ausgibt und seine Unabhängigkeit und Überlegenheit gegenüber der Nation durch seine zentrale Entscheidungsgewalt festigt, abgesichert durch sein Monopol über die bewaffneten Streitkräfte. Marx schreibt über die Erfahrung der Pariser Kommune: „In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, daß die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfes sein und daß das stehende Heer auf dem Lande durch eine Volksmiliz mit äußerst kurzer Dienstzeit ersetzt werden sollte. Die Landgemeinden eines jeden Bezirks sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten und diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation nach Paris schicken.“ Die Herstellung der Einheit der Nation durch diese demokratische Kommunalverfassung konnte nur verwirklicht werden durch die Vernichtung jener unabhängigen, zentralistischen Staatsmacht.

Obwohl die DKP einige akzeptable nächste Tagesforderungen aufstellt, bewegt sie sich doch mit ihren Forderungen zur Ausweitung der Selbständigkeit der Kommunen im Rahmen der bestehenden Organisation des bürgerlichen Staatsapparates. Dies wird deutlich an ihrer Haltung zur Verfassung dieses Staates. Sie schreibt: „Die im Grundgesetz verankerten Selbstverwaltungsrechte der Städte und Gemeinden dürfen nicht weiter abgebaut, sondern müssen gesichert und ausgeweitet werden.“ Der entsprechende Passus im Grundgesetz gibt allerdings wenig her: „Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen des Gesetzes in eigener Verantwortung zu regeln.“ Die Gesetze, nach denen sich die Kommunen richten müssen, werden nach den §§30 und 70 von der Landesregierung bestimmt. Die DKP will dann glauben machen, daß in der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen die vollständige Selbstverwaltung der Kommunen garantiert ist: „Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet ausschließlich und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung.“ Der Originaltext geht allerdings weiter: „ ... soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.“ Eine solche Einschränkung ist vielmehr Grundvorraussetzung dieses Staatsgebildes.

Die DKP schreibt richtig, „... daß das Selbstverwaltungsrecht der Städte und Gemeinden durch ihre Finanznot praktisch aufgehoben wird.“ Sie fordert daher: „Die Finanzhoheit und Finanzkraft der Kommunen gilt es zu stärken.“ Auch diese Einschränkung der Selbstverwaltungsrechte ist aber durch die Staatsverfassung festgelegt. Artikel 106 des GG spricht den Kommunen nur die Erhebung der Realsteuern zu, d.h. der Grund- und Gewerbesteuer. Auch hier bei der DKP kein Wort über das revolutionäre Konzept der Pariser Kommune, wie Marx es formulierte: „Die Gemeindesteuer sollte von der Kommune bestimmt und erhoben werden, die Steuern für allgemeine staatliche Zwecke von kommunalen Beamten erhoben und von der Kommune selbst für die allgemeinen Zwecke verausgabt (ihre Auszahlung für allgemeine Zwecke von der Kommune selbst kontrolliert) werden.“

Weil die DKP nicht den Gegensatz zwischen kommunaler Selbstverwaltung und bestehender staatlicher Organisation herausarbeitet, bleibt sie in reformistischen Konzepten befangen. Dies gilt erst recht über ihre Forderungen zu den Rechten der Massen in der Kommune.

„Häufig sind es gerade auch diese (die bürgerlichen Parteien), die als Vorreiter beim Kampf gegen die in der Gemeindeordung verankerten Beteiligungsrechte der Bürger auftreten.“

Das ist ein Witz. In der Gemeindeordnung ist z.B. festgelegt: „Die Verwaltung der Gemeinden wird ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt. Die Bürgerschaft wird durch den Rat vertreten.“ Und zertreten, möchte man hinzufügen. Denn in der gesamten Gemeindeordnung sind darüberhinaus keine Rechte der Massen festgelegt, es sei denn, man betrachtet die Einrichtung von Bezirksvertretungen als Mittel, Interessen gegen den Stadtrat durchzusetzen. Die Form, in der die Massen aber ihre Interessen durchsetzen sollen, bleibt im DKP Programmentwurf immer der Einfluß auf parlamentarische Entscheidungen. „Daher verlangt die DKP konsequent die Durchführung einer bürgernahen Demokratie, die jedem Bürger das Recht garantiert, sich mit Anregungen, Anfragen oder Kritik an die Kommunalparlamente und Verwaltungen zu wenden.“ „Die DKP geht davon aus, daß eine Erweiterung der Rechte der Gemeinden erst zu einer bürgernahen Politik führt, wenn die Probleme und Vorstellungen der Bürger in die öffentliche Willensbildung und die Entscheidungen der Parlamente und Verwaltungen Eingang findet.“ Selbstverständlich ist dafür die sicherste Garantie die Wahl der DKP ins Parlament. Darüber hinaus fordert dann die DKP: „Recht der Anwohner, zu allen sie betreffenden Angelegenheiten Anträge an die Kommunalparlamente zu stellen, die dann auch dort zu behandeln sind ... Einwohnerentscheide, wenn mindestens 15% der Bürger das fordern ... Umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit ... Abschaffung der undemokratischen 5% Klausel.“ Unbestritten ist, daß die Massenbewegungen die Stadtparlamente für ihren Kampf ausnutzen müssen. Wenn aber obige Forderungen alles an Kritik des Parlamentarismus darstellen, so bleibt die DKP wiederum in der bestehenden Ordnung befangen.

Es geht eben nicht allein um die Frage der Rechte der Massen gegenüber den Parlamenten. Es stellt sich die Frage der Herstellung der lokalen Selbstregierung, der Eroberung der Macht. Und dies wird mit aller Wahrscheinlichkeit nicht in der Form vor sich gehen können, daß die Massen immer mehr Kontrolle über die Parlamente erkämpfen und sich ihre Vertreter hineinwählen. Das Entstehen der Pariser Kommune war überhaupt nur möglich durch die vorherige faktische Doppelherrschaft von Regierung und den Soldatenräten, die sich ihr Zentralkomitee wählten, das bis zu den allgemeinen Wahlen zur Kommune die Revolution vom 18. März geleitet und danach wichtige revolutionäre Maßnahmen eingeleitet hatte und von dem Marx schrieb, daß es viel zu früh zugunsten der allgemeinen Wahlen zurückgetreten sei. Die Oktoberrevolution konnte ebenfalls nur durchgeführt werden durch die Macht der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Heute existieren in Westdeutschland Räte, wenn auch zum größten Teil unter reformistischer Führung. Betriebsräte, die fast alle Lohnabhängigen erfassen. Schüler- und Studentenräte bilden sich heraus. Räte der Soldaten werden sich wahrscheinlich bei einer Zuspitzung der Lage herausbilden. Darüber hinaus werden Räte verschiedener demokratischer Bewegungen entstehen können. Diese Kampforganisationen, vor allem die Räte der Arbeiter, die in der einen oder anderen Weise Organe des bewaffneten Aufstandes sein werden, müssen sich zur Organisation eines neuen Staates herausbilden. Dies wird eine tatsächlich demokratische Organisation sein, die die große Mehrheit der Bevölkerung vertritt, vor allem aber die aktivsten Teile der Bevölkerung, die organisiert gegen den Kapitalismus kämpfen. Diese Organisation des Staates wird sich gerade neben den Parlamenten entwickeln, weil sie am schnellsten und zuverlässigsten den Willen der breiten Volksmasse in die Tat umsetzt. Wie das Verhältnis der Räte zu den Parlamenten aussehen wird, wird vom Klassencharakter dieser Parlamente abhängen. Eine Auseinanderjagung der Stadtparlamente mag ebenso möglich sein wie eine schließliche Eroberung der Parlamente entsprechend den Mehrheitsverhältnissen in den Räten. Das ist eine weniger entscheidende Frage und muß der Machtfrage zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse untergeordnet werden. Sicher könnten so bestimmte Schichten, wie z.B. Hausfrauen, Rentner usw. zeitweilig von den Wahlen der Machtorgane ausgeschlossen sein. Dieses Problem ist vorab theoretisch nicht ohne weiteres lösbar. Es wird sich vielmehr historisch stellen und sich zu einem Teil durch die Organisierung auch dieser Schichten lösen lassen. Entscheidend ist, daß dieser Staat der Räte die vom Volk getrennte Armee und Polizei durch die direkte, unmittelbare Bewaffnung des Volkes selbst ersetzt. Darin besteht das Wesen der Kommune und nicht in irgendwelchen „bürgernahen Demokratien“ oder formal demokratischen Konstruktionen. Notwendig ist diese Organisierung eines neuen Staates durch die organisierte Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, weil das Ziel die ökonomische Befreiung von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise ist. Die Schaffung einer neuen Produktionsweise, die überhaupt erst die Lösung der vielfältigen Probleme, die der Kapitalismus geschaffen hat, zuläßt, kann nicht durch die Herstellung von Mehrheit und Minderheit im Parlament entschieden werden.

Eben um diese Frage geht es der DKP nicht. Wurde vorher der Kampf um eine Demokratische Kommunalverfassung nicht zu einem wichtigen Dreh- und Angelpunkt für die Zerschlagung des bürgerlichen Staates gemacht, so wird im Kapitel über den Sozialismus die Kommune nicht zur Grundlage des sozialistischen Gemeinwesens gemacht, sondern soll die Kommune von einer nicht näher definierten zentralstaatlichen Gewalt „behandelt“ werden. „Unter sozialistischen Verhältnissen ist der Widerspruch zwischen den Profitinteressen einer kleinen Gruppe von Besitzenden und den Interessen des arbeitenden Volkes aufgehoben. Es gibt keinen Widerspruch mehr zwischen Bankherren, die riesige Gewinne machen wollen, und Gemeinden, die billige Kredite brauchen. Gesellschaftliches Eigentum ermöglicht gesamtgesellschaftliche Leitung, von der nicht zuletzt die Kommunen profitieren ... Im Sozialismus ist garantiert, daß für Städtebau und Stadtplanung notwendiger Grund und Boden nicht zu Spekulationen mißbraucht werden kann ... In der sozialistischen Gesellschaft ... sind alle Möglichkeiten vorhanden, planmäßig, Schritt für Schritt, alle gesellschaftlichen Entwicklungsprobleme, so auch die der Städte und Gemeinden, zu lösen.“ Die revolutionären Kommunen werden auf Staatsmodelle, wie heute in der Sowjetunion vorgeführt, pfeifen.

Es geht voran!

Auseinandersetzungen auf dem 1. zentralen Frauenzentrumtreffen

Neu im Vertrieb:

W.I. Lenin

sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten und diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation nach Paris schicken.“ Die Herstellung der Einheit der Nation durch diese demokratische Kommunalverfassung konnte nur verwirklicht werden durch die Vernichtung jener unabhängigen, zentralistischen Staatsmacht.

Obwohl die DKP einige akzeptable nächste Tagesforderungen aufstellt, bewegt sie sich doch mit ihren Forderungen zur Ausweitung der Selbständigkeit der Kommunen im Rahmen der bestehenden Organisation des bürgerlichen Staatsapparates. Dies wird deutlich an ihrer Haltung zur Verfassung dieses Staates. Sie schreibt: „Die im Grundgesetz verankerten Selbstverwaltungsrechte der Städte und Gemeinden dürfen nicht weiter abgebaut, sondern müssen gesichert und ausgeweitet werden.“ Der entsprechende Passus im

munen nur die Erhebung der Realsteuern zu, d.h. der Grund- und Gewerbesteuer. Auch hier bei der DKP kein Wort über das revolutionäre Konzept der Pariser Kommune, wie Marx es formulierte: „Die Gemeindesteuer sollte von der Kommune bestimmt und erhoben werden, die Steuern für allgemeine staatliche Zwecke von kommunalen Beamten erhoben und von der Kommune selbst für die allgemeinen Zwecke verausgabt (ihre Auszahlung für allgemeine Zwecke von der Kommune selbst kontrolliert) werden.“

Weil die DKP nicht den Gegensatz zwischen kommunaler Selbstverwaltung und bestehender staatlicher Organisation herausarbeitet, bleibt sie in reformistischen Konzepten befangen. Dies gilt erst recht über ihre Forderungen zu den Rechten der Massen in der Kommune.

„Häufig sind es gerade auch diese (die bürgerlichen Parteien), die als

dungen der Parlamente und Verwaltungen Eingang findet.“ Selbstverständlich ist dafür die sicherste Garantie die Wahl der DKP ins Parlament. Darüber hinaus fordert dann die DKP: „Recht der Anwohner, zu allen sie betreffenden Angelegenheiten Anträge an die Kommunalparlamente zu stellen, die dann auch dort zu behandeln sind ... Einwohnerentscheide, wenn mindestens 15% der Bürger das fordern ... Umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit ... Abschaffung der undemokratischen 5% Klausel.“ Unbestritten ist, daß die Massenbewegungen die Stadtparlamente für ihren Kampf ausnutzen müssen. Wenn aber obige Forderungen alles an Kritik des Parlamentarismus darstellen, so bleibt die DKP wiederum in der bestehenden Ordnung befangen.

Es geht eben nicht allein um die Frage der Rechte der Massen gegenüber den Parlamenten. Es stellt sich die Frage der Herstellung der lokalen Selbstregierung, der Eroberung der Macht.

oder anderen Weise Organe des bewaffneten Aufstandes sein werden, müssen sich zur Organisation eines neuen Staates herausbilden. Dies wird eine tatsächlich demokratische Organisation sein, die die große Mehrheit der Bevölkerung vertritt, vor allem aber die aktivsten Teile der Bevölkerung, die organisiert gegen den Kapitalismus kämpfen. Diese Organisation des Staates wird sich gerade neben den Parlamenten entwickeln, weil sie am schnellsten und zuverlässigsten den Willen der breiten Volksmasse in die Tat umsetzt. Wie das Verhältnis der Räte zu den Parlamenten aussehen wird, wird vom Klassencharakter dieser Parlamente abhängen. Eine Auseinanderjagung der Stadtparlamente mag ebenso möglich sein wie eine schließliche Eroberung der Parlamente entsprechend den Mehrheitsverhältnissen in den Räten. Das ist eine weniger entscheidende Frage und muß der Machtfrage zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse untergeordnet werden. Sicher könnten

zentralstaatlichen Gewalt „behandelt“ werden. „Unter sozialistischen Verhältnissen ist der Widerspruch zwischen den Profitinteressen einer kleinen Gruppe von Besitzenden und den Interessen des arbeitenden Volkes aufgehoben. Es gibt keinen Widerspruch mehr zwischen Bankherren, die riesige Gewinne machen wollen, und Gemeinden, die billige Kredite brauchen. Gesellschaftliches Eigentum ermöglicht gesamtgesellschaftliche Leitung, von der nicht zuletzt die Kommunen profitieren ... Im Sozialismus ist garantiert, daß für Städtebau und Stadtplanung notwendiger Grund und Boden nicht zu Spekulationen mißbraucht werden kann ... In der sozialistischen Gesellschaft ... sind alle Möglichkeiten vorhanden, planmäßig, Schritt für Schritt, alle gesellschaftlichen Entwicklungsprobleme, so auch die der Städte und Gemeinden, zu lösen.“ Die revolutionären Kommunen werden auf Staatsmodelle, wie heute in der Sowjetunion vorgeführt, pfeifen.

Es geht voran!

Auseinandersetzungen auf dem 1. zentralen Frauenzentrumtreffen über bisherige Erfahrungen und den weiteren Weg

bed.Aachen. Vom 19.–21.6. trafen sich in Göttingen ungefähr 100 Frauen aus vielen Städten der BRD zur 1. zentralen Frauenzentrumstagung. Ein neuer Weg in der Arbeit der autonomen Frauenbewegung beginnt sich abzuzeichnen.

Wie arbeiten bestehende Frauenzentren; Gründung neuer Frauenzentren; Beratungsarbeit; überregionale Zusammenarbeit; politische Standortbestimmung der Zentren; brauchen die Lesben das Frauenzentrum oder braucht das Frauenzentrum die Lesben; die gespaltene Frau – Emanzipation macht Angst; über diese Themen wurde in Arbeitsgruppen diskutiert.

Die Frauenzentren sind wirkungslos geworden. Isoliert voneinander, ohne Kommunikation untereinander und ohne gemeinsame Plattform, stellen sie heute keine politische Kraft mehr dar. Organisationsfeindlichkeit, mangelndes Verantwortungsbewußtsein, persönliche Feindschaften bestimmen in vielen Zentren das Bild. Nicht gemeinsam arbeiten, lieber das machen, wozu frau gerade Bock hatte. Frauenzentren wurden ursprünglich gegründet, um den Frauen, die gemeinsam gegen ihre Diskriminierung angehen wollten, eine Begegnungs- und Arbeitsstätte, aber auch einen Ausgangspunkt für politische Aktionen zu bieten. Von diesem Ziel ist heute wenig übriggeblieben. Nach außen hin treten die Zentren höchstens noch mit Frauenfesten in Erscheinung. Wirksame politische Arbeit wird kaum noch geleistet. Die Folge davon ist: Eine Vielzahl der heute arbeitenden Frauengruppen sind aus den Zentren ausgezogen. Einige Frauenzentren stehen vor der Schließung oder haben bereits dicht gemacht.

Die Frauenzentren wieder zu einer starken politischen Kraft machen, das war dann auch auf dem Abschlußplenum der Wunsch vieler Frauen. Grundlage der Arbeit soll eine gemeinsame Plattform sein, die es uns ermöglicht, politisch tätig zu werden. Lohn und Gewerkschaft, Familie und ihre Alternativen, Frauen gegen Wehrdienst und Krieg, AKW's und Umweltzerstörung, Gewalt gegen Frauen, Sexualität und Selbstbestimmungsrecht, Randgruppen – Knast, Ausländerinnen, Psychiatrie etc., Frauen in der Dritten Welt – UNO-Beschlüsse, Zwangssterilisation etc. Themen, die eine Grundlage für eine solche Plattform bilden könnten. Das sind bisher erst Ansätze zu einem Neubeginn. Die inhaltliche Klärung muß erst noch folgen.

Bis heute haben die Frauenzentren gegen die zunehmende Militarisierung und wachsende Kriegsgefahr noch keine Stellung bezogen, obwohl sich bereits an einigen Orten Fraueninitiativen gegen den Krieg gegründet haben. Die bestehenden Initiativen zusammenfassen und zu einer zentralen Bewegung „Frauen gegen den Krieg“ machen, diese Aufgabe wollen einige Frauen jetzt anpacken.

Wir dürfen uns jedoch keine Illusionen machen. Um eine wirksame politische Arbeit zu leisten, müssen wir gründlich mit dem bestehenden Sumpf aufräumen. Das bedeutet Arbeit! Wir müssen wieder aus der Frauenbewegung lernen, uns ein theoretisches Rüstzeug schaffen, die Diskussionen über Feminismus und die Kapitalismuskritik in den Zentren wieder anregen, um zu einem neuen Selbstverständnis zu kommen.

Kein einziges Frauenzentrum kann heute für die Frauenbewegung oder die Zentren sprechen. Auch die vielen Beratungsgruppen sind isoliert voneinander und arbeiten oft sogar isoliert vom eigenen Frauenzentrum. Z.B. gibt es keine gemeinsame Zeitung der Frauenzentren und keine Frauen, die in unserem Auftrag uns in der Öffentlichkeit vertreten könnten. Die Arbeitsgruppe „Überregionale Zusammenarbeit von Frauenzentren“ fordert in ihrem Protokoll daher auch eine straffere Organisationsstruktur. Vorschläge derart, daß ein Netzwerk für Informationen in Form eines Rundbriefes geschaffen werden soll, ein Zentrum für zuständig gewählt werden soll oder eine Art Vorstand aus gewählten Frauen gegründet werden soll, wurden unterbreitet.

Festgehalten wurde, daß die Diskussionen über eine Plattform und zentrale Zusammenfassung in der nächsten Zeit in allen Frauenzentren anlaufen sollen. Es soll versucht werden, alle am Ort bestehenden Frauengruppen in diese Diskussion einzubeziehen und für eine gemeinsame Arbeit zurückzugewinnen. Die Ergebnisse dieser Diskussion werden auf einem weiteren Treffen, das Anfang November in Regensburg stattfinden wird, zusammengetragen und das weitere Vorgehen besprochen. Die Protokolle der einzelnen Arbeitsgruppen werden in den nächsten Wochen an die Frauenzentren verschickt, so daß alle interesssierten Frauen auch die Möglichkeit bekommen, sich damit auseinanderzusetzen.

Nur Angst vor der Opposition?

Hessische Sozialdemokraten billigen Börners Regierungspolitik

löh.Frankfurt. Was wir schon in der letzten KVZ (S. 2) vermutet hatten – ,,Man kann kaum daran zweifeln, daß Börner sein Vertrauen kriegt, und es steht auch zu befürchten, daß dies mit einer Zustimmung zur Politik der Landesregierung verbunden sein wird" – ist seit vergangenem Sonntag Tatsache. Rund 80% der 260 Delegierten der hessischen Sozialdemokraten billigten auf dem Parteitag den Antrag des Landesvorstandes, der sämtliche umstrittenen Punkte zugunsten der SPD/FDP Landesregierung entscheidet. Die sogenannte Vertrauensfrage Börners war unmittelbar an die Zustimmung oder Ablehnung der politischen Fragen gekoppelt.

Der Beschluß in seinen wesentlichen Punkten: es wird daran festgehalten, die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage in Nordhessen weiter zu prüfen, der Ausbau des Frankfurter Flughafens (Startbahn West) wird für ,,unumgänglich" erklärt, ebenso der Bau der Sondermülldeponie. Bezüglich des Baus des Blocks C des Kernkraftwerkes Biblis bleibt es wie gehabt bei der Position, daß gebaut wird, wenn die Entsorgung als gesichert gilt. Nur in einem Punkt, allerdings in keinem unwesentlichen, wurde der Antrag des Landesvorstandes geändert. Statt der ursprünglichen Formulierung, daß das Volksbegehren gegen die Startbahn West eine Beteiligung von Sozialdemokraten ausschließt (was voraussichtlich auf Parteiausschlüsse hinausgelaufen wäre), heißt es nun abgeschwächt, daß die Sozialdemokraten aufgefordert werden, sich nicht zu beteiligen. Anscheinend als Zuckerbrot für die Parteilinke gedacht, enthält der Beschluß auch die Verpflichtung auf abschließende Einführung der Förderstufe und Gleichstellung der Integrierten Gesamtschule als Regelschule, Positionen, die zwar längst von der SPD beschlossen sind, wo bisher aber beharrlich die Landesregierung eine Taktik des Hinhaltens verfolgt hat.

Die Linke *innerhalb* des Landesvorstandes hatte ihrerseits einen Alternativantrag vorgelegt. Einig ist man sich in der ,,Regierungsverantwortung", kritisiert wird aber die ,,Respektierung kapitalbestimmter Sachzwänge", wie auch zu den umstrittenen Fragen eine gegenteilige Position bezogen wird. Darüberhinaus wird die Überprüfung des NATO-Doppelbeschlusses gefordert. Ein praktische Bedeutung hatte dieser Antrag zu keinem Zeitpunkt des Parteitages.

Warum, muß man sich fragen, konnte Börner seine Politik so relativ unangefochten durchsetzen, denn außer kleineren und kleinlichen Scharmützeln war vom linken Parteiflügel wenig zu hören. Liegt es bloß daran, wie beispielsweise die TAZ in ihrer Dienstagsausgabe meint, daß Angst vor der Opposition herrscht? Sicherlich spielt dies eine Rolle. Wesentlicher ist aber, daß von seiten der SPD-Führung offensichtlich der Versuch unternommen wird, politisch wieder in die Initiative zu kommen, nicht nur die gefaßten Beschlüsse zu verteidigen, sondern bestimmte Positionen mit Begründungen anzugreifen, vorgetragen als scheinbarer Standpunkt der Arbeiterbewegung. Klassisch dafür folgende Äußerung aus der 2,5 Stunden-Rede Holger Börners: ,,Seit geraumer Zeit gibt es eine ernsthafte Diskussion darüber, daß die Grenzen des Wachstums nicht nur technologisch bevorstehen, sondern daß eine Selbstbeschränkung des Wachstums auch inhaltlich angestrebt werden müsse. Ich nehme diese Diskussion ernst, muß aber darauf verweisen, daß es in der Arbeiterbewegung – auch bei Marx – keinen Zweifel daran gab, daß nur die Industrialisierung und Technisierung mit ihrer zunehmenden Produktivität imstande sein würde, eine Steigerung des Lebensstandards zu erreichen. Die Technik ist daher – jenseits der Frage ihrer Verfügungsmacht – von Sozialdemokraten wie Gewerkschaften bisher immer als ein wichtiges Instrument zur Erreichung der eigenen Ziele verstanden worden. Maschinenstürmerei war nie die Sache der deutschen Sozialdemokratie." Und an späterer Stelle: ,,Schon daraus wird deutlich, daß die alternative Bewegung nicht eine parallele Bewegung, sondern ein Gegenspieler der klassischen Gewerkschaftsbewegung ist, die auf Solidarität aufgebaut ist."

Sicherlich Demagogie. Sicherlich auch eine Vergewaltigung der Marxschen Theorie und der frühen Geschichte der Sozialdemokratie, die das Paradoxon der kapitalistischen Produktionsweise sah, mit steigender Produktivkraft auch steigendes Elend der Arbeiterklasse zu produzieren, namentlich durch die Arbeitslosigkeit. Andererseits aber auch mehrheitsfähige Position in der SPD und, was vielleicht noch wesentlicher ist, Ausgangspunkte für eine Spaltung der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften von der demokratischen Volksbewegung, die für bestimmte Umweltbedingungen kämpft. Die Linke in der hessischen SPD hat darauf kaum eine Antwort, vor allem keine, die Veränderung in den Produktions- und Eigentumsverhältnissen sucht. Umso leichter fällt ihre Isolierung. Umgekehrt gelingt es Börner um so besser, Abstimmungen über konkrete Fragen wie Startbahn West, Wiederaufbereitungsanlage etc. zu scheinbaren Grundsatzentscheidungen zu machen, für oder wider Technik, für oder wider Fortschritt.

Die Beschlüsse des Parteitages haben der Landesregierung und der SPD-Führungsspitze zunächst einmal Luft verschafft. Bezeichnenderweise wurde auf der Landtagssitzung am darauffolgenden Montag durch Innenminister Gries (FDP) und Börner verkündet, daß das Hüttendorf, das im Widerstand gegen die Startbahn West geschaffen wurde, in der nächsten Zeit geräumt werden soll. Andererseits werden die Widersprüche erneut aufbrechen bei Verschärfung dieser Kämpfe, und letzteres ist auch die eigentliche Triebfeder für die politische Entwicklung innerhalb der SPD.


Börner und der Vorstand des hessischen SPD-Sonderparteitages



red.Korbach. Am Freitag, dem 19.6., beteiligten sich über 500 Trecker an der Demonstration gegen eine WAA in Wethen. An der Kundgebung im ,,Eichholz" (dem von der DWK benannten Standort) nahmen ca. 2500 Menschen, hauptsächlich Bauern, teil. In der dort verabschiedeten Resolution an den hessischen Landtag heißt es: ,,Wir werden nicht zulassen, daß die von unseren Vorfahren über Generationen geschaffene und erhaltene Kulturlandschaft leichtfertig durch eine technisch unausgegorene Anlage zerstört wird. Nehmen Sie unsere Entschlossenheit ernst, denn unseren Beruf können wir auf verseuchtem Boden nicht mehr ausüben." Während die DWK fast täglich in den örtlichen Zeitungen großformatige dummdreiste Propagandaanzeigen abläßt, wird in der Bewegung diskutiert, zusammen mit Wissenschaftlern etc. eine ,,Volkshochschule Eichholz" einzurichten, um die örtliche Bevölkerung breit über die Gefahren der Kerntechnologie aufzuklären. Die geplante bundesweite Großdemonstration in Wethen findet nicht, wie in der letzten KVZ gemeldet, Anfang Dezember, sondern bereits Anfang September, statt.

18 Monate Haft wegen Unterstützung für Hungerstreik

erb. Vor dem Oberlandesgericht Stuttgart wurde am 16.6.81 die erste Verurteilung im Zusammenhang der Unterstützung der Forderungen der sich im Hungerstreik befindlichen RAF-Mitglieder vorgenommen. Johannes Thimme und Sabine Schmitz wurden jeweils zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung nach §129a verurteilt.

Am 9. Februar 1981 hatte Johannes Thimme an der Mensa der Universität Karlsruhe Flugblätter mit der Forderung nach Zusammenlegung der in Isolationshaft gehaltenen RAF-Mitglieder verteilt. Anlaß für den Karlsruher RCDS-Vorsitzenden Axel Kliem, Versuche zu unternehmen, den Flugblattverteiler festzuhalten und der Polizei zu übergeben. Dies mißglückte ihm, einzig die Jacke (einschließlich Ausweispapiere) konnte Kliem rauben und der Polizei übergeben. Am 14.2. wurde Johannes Thimme festgenommen, seitdem ist er inhaftiert.

Mit Schikanen wie: Öffnen der Verteidigerpost, Entfernen des besagten Flugblattes aus der Verteidigerpost, Versuch des Verteidigerausschlusses, Isolation des Untersuchungsgefangenen wurde der Aufbau einer Verteidigung massiv behindert. Die Fachschaftenkonferenz der Universität Karlsruhe sprach sich genauso für die Einstellung

muß, der sich nicht selber aufgeben will", betonten die Stammheimer Richter. Die Höhe des Urteils begründe sich daraus, daß die Angeklagten in ihrer Einlassung vom Inhalt des Flugblattes nicht abgewichen sind und zudem eine ,,Rechtsfeindlichkeit" festzustellen sei. Erschwerend komme hinzu, daß die Flugblätter ,,zur Mittagszeit in der Uni-Mensa" verteilt worden sind und somit eine ,,Einwirkung auf junge Menschen" erfolgt sei. Im Prozeß wurde deutlich, daß es sich bei den Hilfspolizeitaten des RCDS nicht um Einzelmaßnahmen handelt. Den Aussagen der Kripobematin Walter vom Staatsschutz konnte man entnehmen, daß die Zusammenarbeit mit dem RCDS schon länger besteht und direkte Anweisungen zur Bespitzelung revolutionärer Tätigkeit an der Universität bestehen.

Veranstaltungen

Bremen

Eindrücke aus China '81. Dia-Vortrag über eine Delegationsreise der GDCF.
Bremen, Überseemuseum, **Freitag, 26. Juni, 20.00 Uhr**

Dortmund

Landesvorstandes geändert. Statt der ursprünglichen Formulierung, daß das Volksbegehren gegen die Startbahn West eine Beteiligung von Sozialdemokraten ausschließt (was voraussichtlich auf Parteiausschlüsse hinausgelaufen wäre), heißt es nun abgeschwächt, daß die Sozialdemokraten aufgefordert werden, sich nicht zu beteiligen. Anscheinend als Zuckerbrot für die Parteilinke gedacht, enthält der Beschluß auch die Verpflichtung auf abschließende Einführung der Förderstufe und Gleichstellung der Integrierten Gesamtschule als Regelschule, Positionen, die zwar längst von der SPD beschlossen sind, wo bisher aber beharrlich die Landesregierung eine Taktik des Hinhaltens verfolgt hat.

Die Linke *innerhalb* des Landesvorstandes hatte ihrerseits einen Alternativantrag vorgelegt. Einig ist man sich in der ,,Regierungsverantwortung", kritisiert wird aber die ,,Respektierung kapitalbestimmter Sachzwänge", wie auch zu den umstrittenen Fragen eine gegenteilige Position bezogen wird. Darüberhinaus wird die Überprüfung des NATO-Doppelbeschlusses gefordert. Ein praktische Bedeutung hatte dieser Antrag zu keinem Zeitpunkt des Parteitages.

Warum, muß man sich fragen, konnte Börner seine Politik so relativ unangefochten durchsetzen, denn außer kleineren und kleinlichen Scharmützeln war vom linken Parteiflügel wenig zu hören. Liegt es bloß daran,

mer als ein wichtiges Instrument zur Erreichung der eigenen Ziele verstanden worden. Maschinenstürmerei war nie die Sache der deutschen Sozialdemokratie." Und an späterer Stelle: ,,Schon daraus wird deutlich, daß die alternative Bewegung nicht eine parallele Bewegung, sondern ein Gegenspieler der klassischen Gewerkschaftsbewegung ist, die auf Solidarität aufgebaut ist."

Sicherlich Demagogie. Sicherlich

auf der Landtagssitzung am darauffolgenden Montag durch Innenminister Gries (FDP) und Börner verkündet, daß das Hüttendorf, das im Widerstand gegen die Startbahn West geschaffen wurde, in der nächsten Zeit geräumt werden soll. Andererseits werden die Widersprüche erneut aufbrechen bei Verschärfung dieser Kämpfe, und letzteres ist auch die eigentliche Triebfeder für die politische Entwicklung innerhalb der SPD.


Börner und der Vorstand des hessischen SPD-Sonderparteitages

18 Monate Haft wegen Unterstützung für Hungerstreik

erb. Vor dem Oberlandesgericht Stuttgart wurde am 16.6.81 die erste Verurteilung im Zusammenhang der Unterstützung der Forderungen der sich im Hungerstreik befindlichen RAF-Mitglieder vorgenommen. Johannes Thimme und Sabine Schmitz wurden jeweils zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung nach §129a verurteilt.

Am 9. Februar 1981 hatte Johannes Thimme an der Mensa der Universität Karlsruhe Flugblätter mit der Forderung nach Zusammenlegung der in Isolationshaft gehaltenen RAF-Mitglieder verteilt. Anlaß für den Karlsruher RCDS-Vorsitzenden Axel Kliem, Versuche zu unternehmen, den Flugblattverteiler festzuhalten und der Polizei zu übergeben. Dies mißglückte ihm, einzig die Jacke (einschließlich Ausweispapiere) konnte Kliem rauben und der Polizei übergeben. Am 14.2. wurde Johannes Thimme festgenommen, seitdem ist er inhaftiert.

Mit Schikanen wie: Öffnen der Verteidigerpost, Entfernen des besagten Flugblattes aus der Verteidigerpost, Versuch des Verteidigerausschlusses, Isolation des Untersuchungsgefangenen wurde der Aufbau einer Verteidigung massiv behindert. Die Fachschaftenkonferenz der Universität Karlsruhe sprach sich genauso für die Einstellung
des Strafverfahrens auswie eine Aktionseinheit, bestehend aus GIM, Volksfront, MRI, Initiative '81 der Universität (Aktionseinheitsliste) und KBW.

Wer die Forderungen der Hungerstreikenden unterstützt, unterstützte auch die RAF und werbe damit für eine terroristische Vereinigung, war der Tenor des Gerichts. Mit 18 Monaten Gefängnis ging das Gericht über den Antrag des Staatsanwaltes (1 Jahr) hinaus. ,,Zeigen wie der Staat reagieren

muß, der sich nicht selber aufgeben will", betonten die Stammheimer Richter. Die Höhe des Urteils begründe sich daraus, daß die Angeklagten in ihrer Einlassung vom Inhalt des Flugblattes nicht abgewichen sind und zudem eine ,,Rechtsfeindlichkeit" festzustellen sei. Erschwerend komme hinzu, daß die Flugblätter ,,zur Mittagszeit in der Uni-Mensa" verteilt worden sind und somit eine ,,Einwirkung auf junge Menschen" erfolgt sei. Im Prozeß wurde deutlich, daß es sich bei den Hilfspolizeitaten des RCDS nicht um Einzelmaßnahmen handelt. Den Aussagen der Kripobematin Walter vom Staatsschutz konnte man entnehmen, daß die Zusammenarbeit mit dem RCDS schon länger besteht und direkte Anweisungen zur Bespitzelung revolutionärer Tätigkeit an der Universität bestehen.

Veranstaltungen

Bremen

Eindrücke aus China '81. Dia-Vortrag über eine Delegationsreise der GDCF.
Bremen, Überseemuseum, **Freitag, 26. Juni, 20.00 Uhr**

Dortmund

Kampuchea-Veranstaltung der ESG Dortmund.
Dortmund, Lindemannstr. (Gebäude der ESG), **Mittwoch, 1. Juli, 19.30 Uhr**

Stuttgart

Veranstaltung zur Unterstützung des irischen Befreiungskampfes und des Hungerstreiks der IRA-Gefangenen.
Stuttgart, Gaststätte ,,Weißes Rössl", Ecke Gutenberg-/Schwabstr., **Samstag, 27. Juni, 15.00 Uhr**

Kongreß ,,Ökologie und Frieden"

Besprechung von Gruppen, die Russell-Aufruf unterstützen

kej.Hannover. Am 17. Juni hat in Hannover der Kongreß ,,Ökologie und Frieden" (Veranstalter BBU-Bundesvorstand) und eine Besprechung der Gruppen, die auf Basis des Aufrufes der Russell-Peace Foundation arbeiten, stattgefunden.

Auf dem eröffneten Plenum von ,,Ökologie und Frieden" wurden neben Berichten über stattgefundene Aktionen Stellungnahmen zur Planung weiterer Aktionen abgegeben. Roland Vogt vom BBU-Bundesvorstand stellte eingangs fest, daß ,,die Friedensbewegung nicht strategiefähig sei". Womit hauptsächlich gemeint war, daß die Koordination der einzelnen Aktivitäten zu wünschen übrig lasse und daß eine langfristige Planung von Aktionen nötig sei. Die wesentlichste der länger geplanten Aktionen ist eine ,,Trilogie" von Demonstrationen, beginnend mit einer ,,europäischen Demonstration" am 10.10. in Bonn; im November soll in Den Haag und am 12.12. in Brüssel demonstriert werden. Weitere geplante Aktivitäten: Fastenaktionen zwischen dem 6. und 9.7. zum Gedenken an die Atombombenopfer von Hiroshima und Nagasaki. Organisierung von Steuerboykott aus Protest gegen den Rüstungshaushalt; außerdem wurde vorgeschlagen, ,,fulltime-Friedensarbeiter" als Beruf zu schaffen. Nach dem Plenum wurde in Arbeitsgruppen getagt. (Themen: Zukunftswerkstatt Friedensaktionen; Aktionenstrategie bis 83/84; Alternative / soziale Verteidigung; Aktionen gegen Luftwaffenmesse in Hannover; Frauen und Militär.)

Parallel zum BBU Kongreß fand die Besprechung der Gruppen statt, die auf Grundlage des Aufrufes der Bertrand Russell Peace Foundation gegen die US-Mittelstreckenraketen eintreten. Hauptsächliche praktische Aktion, die z.Zt. von diesen Gruppen unterstützt wird, ist ein Friedensmarsch von Kopenhagen bis Paris unter den Losungen ,,Für ein atomwaffenfreies West- und Osteuropa (von Portugal bis Polen), Rücknahme des NATO-Raketenbeschlusses". Der Friedensmarsch beginnt am 21.6. in Kopenhagen und erreicht Kiel am 28.6.

Eine Auseinandersetzung hat stattgefunden um die Rolle der Befürworter des Russell-Aufrufes und ihr Verhältnis zum Krefelder Appell, speziell auch zur DKP. Während einige Stellungnahmen vor allem die Eigenständigkeit des Auftretens für ein atomwaffenfreies Ost- und Westeuropa und das Eintreten für Abrüstung in Ost und West betonten (R. Holmes, Westberliner Koordination: Er sei gegenüber Leuten, die die Invasion Afghanistans und die Bedrohung Polens gutheißen, einfach zuwenig konsensfähig; ein Vertreter aus Bielefeld, Mitglied des LV der Grünen NRW: Eine Friedensbewegung sei ohne die Forderung nach Blockfreiheit unmöglich, man müsse gegen den Krefelder Appell sein, weil der ein Versuch sei, die Friedensbewegung nur als Antinachrüstungs- und Anti-USA-Bewegung zu führen), hielten dem andere Teilnehmer entgegen, daß es vor allem darauf ankommt, Einheit der Bewegung gegen die Raketenrüstung herzustellen.

Beschlossen worden ist die Herausgabe eines Rundbriefes. (Den kann gegen Bezahlung jeder haben; zu bestellen bei J. Wieland, Frankfurter Str. 74, 5000 Köln 80.) Weiter sollen Broschüren erscheinen; eine ist bereits herausgekommen. Im Herbst soll eine Konferenz stattfinden zu inhaltlichen Fragen. Zunächst wahrscheinlich: Warum atomwaffenfreies Europa, Alternative Verteidigungsstrategien, Abrüstungskonferenz und Entspannungspolitik.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; Geschäftsführer B. Wagner · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch für den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Sonderparteitag der SPD in Hamburg

Mit der Wahl v. Dohnanyis zum Bürgermeister ist nichts geklärt

cld. Hamburg. Während 100000 gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO, der von der Bundesregierung unterstützt wird, in der Hamburger Innenstadt demonstrierten, fand in Hamburg-Finkenwerder der Sonderparteitag der SPD zur Nominierung eines neuen Bürgermeisters statt.

Es ging auf diesem Parteitag aber nicht nur um die Nominierung eines neuen Bürgermeisters, sondern auch um die Auseinandersetzung mit der rechten SPD-Mehrheit im Landesvorstand und in der Bürgerschaftsfraktion. Der Parteivorsitzende Staak und der Fraktionsvorsitzende Hartmann hatten über Interviews und Stellungnahmen in der Springerpresse an der Vorbereitung des Sturzes von Ulrich Klose teilgenommen. Dabei waren sie vor allem in der Frage des Ausstiegs der HEW aus Brokdorf gegen Mehrheitsbeschlüsse der SPD aufgetreten. Von vier der sieben Parteibezirke wurde darum gefordert, daß sie bzw. Landesvorstand und Fraktionsvorstand zurücktreten sollten. Mit 191 zu 153 wurde ein Mißtrauensantrag gegen die beiden auf dem Parteitag abgelehnt. Es kam aber ein Antrag durch, der den Landesvorstand und den Fraktionsvorstand zum Rücktritt aufforderte und einen Landesparteitag zur Wahl eines neuen Vorstandes unmittelbar nach der Sommerpause festlegte. Erst nachdem dieser Antrag durch war, konnte der Kandidat v. Dohnanyi mit großer Mehrheit zum Bürgermeisterkandidaten gewählt werden. Nur die 50 Juso-Vertreter stimmten gegen v. Dohnanyi, weil er Vertreter des Kernenergiekonzepts der Bundesregierung ist.

Dohnanyis Wahl wurde so einerseits durch die Neuwahl des Landesvorstandes erkauft, andererseits dadurch ermöglicht, daß v. Dohnanyi alle schwierigen Fragen umschiffte. Zur Frage Brokdorf sagte er, daß er sich an die Beschlüsse des Parteitages gebunden fühlt, also Ausstieg aus Brokdorf, andererseits es aber eine Reihe von rechtlichen, betriebswirtschaftlichen und energiepolitischen Probleme gäbe, die sorgfältig geprüft werden müßten. Zu den Problemen, die in Hamburg zur Krise der SPD als Regierungspartei geführt haben, nahm er nicht klar Stellung. Er will wohl abwarten, wie sich die Lage entwickelt, vor allem in der SPD selbst.

Die Krise der Sozialdemokratie ist die Krise der Politik der Klassenversöhnung

1978 bekam die SPD in Hamburg eine absolute Mehrheit in den Landtagswahlen, die FDP flog aus der Bürgerschaft heraus. Es war eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs und der politischen Entspannung. Die Politik der Klassenversöhnung erschien als Möglichkeit, dem Klassenkampf auszuweichen und gleichzeitig Verbesserungen in der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes zu ermöglichen. Der Hamburger Senat unter Wahlsieger Klose betrieb eine Politik, die die Kapitalisten in ihren Expansionsinteressen förderte. Er stellte ihnen Gelder zur Verfügung für Investitionen, sorgte für den Ausbau des Verkehrsnetzes, trieb die Hafenerweiterung voran, um den Kapitalisten neue Flächen zur Verfügung zu stellen und erreichte damit, daß bis zum letzten Jahr die Zahl der Arbeitsplätze in Hamburg absolut nicht abnahm und die Arbeitslosenquote in Hamburg etwas unter dem Bundesdurchschnitt blieb. Gleichzeitig kam der Senat in begrenztem Umfang den Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen entgegen. Im Bereich der allgemeinen Reproduktion gab es etliche Verbesserungen, z.B. bei den Kindergärten und Krippen steht Hamburg an der Spitze der BRD. Der Ausbau der Gesamtschule zur Regelschule entsprach den Interessen der Mehrheit. Der Hamburger Senat setzte sich als erste Regierung für das Verbot der Aussperrung ein und verabschiedete früh ein Bildungsurlaubgesetz. Als einzige Landesregierung hat Hamburg einen Umweltsenator und richtete eine Leitstelle für Frauenfragen ein.

Natürlich sind alle diese Maßnahmen, gemessen an den Interessen und Bedürfnissen der Massen, unzureichend, aber sie erklären, warum in Hamburg die SPD die absolute Mehrheit hat und Klose ein ziemlich großes Ansehen, während in anderen Städten der Einfluß der SPD schon stark zurückging. Andererseits sind es aber eben auch Positionen, die man nicht so einfach aufgibt.

Durch die Krise der kapitalistischen Wirtschaft verschärften sich die Klassengegensätze. Die Kapitalisten forderten Beschneidung der Staatsausgaben vor allem im Bereich der Reproduktion der Massen. Ihr Druckmittel gegenüber Bürgerschaft und Senat ist die hohe Verschuldung des Senats, die Ende des Jahres 10 Mrd. DM überschreiten dürfte. So ist es auch kein Zufall, daß der Präsident des Rechnungshofes am Tag vor der Wahl v. Dohnanyis erklärte, daß Hamburg in diesem Jahr über 1,3 Mrd. DM Schulden machen würde und gegenwärtig die Finanzkasse im Durchschnitt pro Tag über 300 Mio. DM kurzfristig aufnehmen müßte, um ihren laufenden Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Das hat den Banken in diesem Jahr von Januar bis Mai zwar schon 10 Mio. DM Zinsen eingebracht, ist aber als Drohung an den neuen Bürgermeister gerichtet, auf „den Gang der Geschäfte", sprich die Profitinteressen der Kapitalisten, wie es die FAZ ausdrückte, gebührend Rücksicht zu nehmen.

Die Forderungen der Kapitalisten sind eindeutig: – Kürzung der Ausgaben im sozialen Berich. Hier hat der Senat unter Klose erste Schritte gemacht, die aber mit nur 400 Mio. DM Einsparungen als zu gering eingeschätzt werden. – Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Hamburger Kapitalisten, durch für sie billigen Strom aus Kernkraftwerken und Hafenerweiterung. Das sind die Kernpunkte.

Die Maßnahmen, die der Senat ergriffen hat, um diesen Forderungen zu entsprechen, stießen sofort auf den Widerstand der Arbeiter- und demokratischen Bewegung.

Gegen die Durchsetzung der Sparmaßnahmen im sozialen Bereich haben die Beschäftigten in Personalversammlungen und durch die Gewerkschaften heftigen Protest erhoben. Gegen die Durchsetzung des Schulentwicklungsplans, der jetzt vor allem unter dem Gesichtspunkt der Einsparung von Geldern für die Ausbildung vom Senat betrieben wird, haben sich bei Demonstrationen, Schulbesetzungen, Unterschriftensammlungen und anderen Aktionen über 100000 Eltern, Schüler und Lehrer beteiligt. Gegen die weitere Industrieansiedlung und damit verbunden die weitere Verschmutzung der Elbe haben 10000 demonstriert. Zur Verhinderung des Baus des Kernkraftwerkes Brokdorf und damit gegen das Energieprogramm der Bundesregierung hat es bekanntlich mehrere Großaktionen gegeben. In dieser Lage, auf Bundesebene, spielt noch die Friedensbewegung eine entscheidende Rolle, haben sich in der SPD, nicht nur in Hamburg, zwei Lager entwickelt. Auf der einen Seite Leute wie Staak und Hartmann, die die SPD um jeden Preis an der Regierung halten wollen. Sie vertreten in allen wichtigen Fragen einen Kurs der Durchsetzung der Kapitalisteninteressen auch auf Kosten der Massen. Sie sind in der Konsequenz bereit, die SPD zu spalten. Das hat ein Vertreter dieses Flügels, Weichmann, unmittelbar nach dem Abgang Kloses angekündigt. Zu ihnen zählen auch eine Reihe von alteingesessenen Gewerkschaftsführern, die mit allen Mitteln ihre Politik der Klassenversöhnung aufrechterhalten wollen, wie das Beispiel der Betriebsratswahlen bei HDW zeigt, wo Sozialdemokraten, die für eine konsequente gewerkschaftliche Politik im Betriebsrat eintraten und dafür auch die große Mehrheit der Stimmen erhielten, aus der IGM ausgeschlossen wurden. Dieser Flügel der SPD hat in Hamburg keine Mehrheit. Er hat aber die Mehrheit in den Landesgremien, dem Landesvorstand, dem Fraktionsvorstand und auch noch im Vorstand der AfA.



Die Mehrheit der SPD-Mitglieder und auch der Parteitagsdelegierten schlägt einen anderen Kurs ein. Unter dem Druck und als Teil der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung fordern sie die Beschneidung des Einflusses der Kapitalisten auf den Staat und Reformen zur Verbesserung der Lage der Massen. Sie stellen dabei die „Systemfrage", wie Klose es ausdrückte, geben aber keine ausreichende Antwort. Sie wollen die Beschneidung der Auswüchse des Kapitalismus, ohne ihn zu beseitigen. So treten sie gegen Brokdorf auf, aber nicht gegen alle Kernkraftwerke, sondern befürworten z.B. Krümmel. Das zeigt auch ihre Zustimmung zu Dohnanyi, der vom SPD-Bundesvorstand nach Hamburg geschickt wurde, um nach den nächsten Bürgerschaftswahlen eine Koalition mit der FDP zu ermöglichen. Das Konzept dieser linken SPD'ler ist überholt. Der Rücktritt von Klose hat es offensichtlich gemacht. Entweder sie entschließen sich zur vorbehaltlosen und uneingeschränkten Unterstützung der gewerkschaftlichen und demokratischen Bewegung, oder sie bleiben in der Rolle der linken Kritiker einer rechten SPD-Politik, denen jetzt schon entgegengehalten wird, „was ihr sagt, klingt gut, aber warum macht ihr's nicht?"

Probleme und Aufgaben für eine Alternative Liste in Hamburg

In Hamburg hat sich, wie berichtet, eine Initiative zur Bildung einer Alternativen Liste Hamburg gebildet. Sie ist jetzt an die Öffentlichkeit getreten mit einem Aufruf zu einem Kongreß nach den Sommerferien. Aus den Erfahrungen der Bunten Liste Hamburg wurden Konsequenzen gezogen. In der Alternativen Liste sollen nicht Organisationen und Initiativen ein Bündnis eingehen, sondern jeder soll an ihr teilnehmen können, der für die Interessen der Massenbewegung eintritt und das Parlament zu einer Tribüne dieser Interessen machen will. Es wird also in der Bildung dieser Liste darauf ankommen, sich über Einzelmitgliedschaft, Konsensprinzip und die wichtigsten Forderungen der Massen zu einigen, die von einer solchen Liste propagiert und unterstützt werden sollen.

Die Chancen für eine Liste stehen nicht schlecht. Nach den neuesten Umfrageergebnissen zum Wahlverhalten, würde die SPD 36%, die CDU 35%, die FDP 5% und eine Alternative Liste 10% der Stimmen bekommen. Ziel sollte es sein, die Wiederwahl der FDP zu verhindern und den Stimmenanteil der AL zu erhöhen. Es ergäbe sich dann die günstige Konstellation, daß die AL der SPD Bedingungen für die Übernahme des Senats stellen könnte. Auf jeden Fall wird es richtig sein, in der Vorbereitung und bei der Bildung der Liste neben gewerkschaftlichen Gremien auch die Untergliederungen der SPD, die Jusos und die SPD-Frauen in die Auseinandersetzung und womöglich in die Bildung der Liste miteinzubeziehen. Dabei sollte mit den SPD-Linken die Aktionseinheit gesucht werden, ohne daß man sich von ihnen die Ziele und Bedingungen der Aktionseinheit vorschreiben zu lassen braucht.

Vertreter stimmten gegen v. Dohnanyi, weil er Vertreter des Kernenergiekonzepts der Bundesregierung ist.

Dohnanyis Wahl wurde so einerseits durch die Neuwahl des Landesvorstandes erkauft, andererseits dadurch ermöglicht, daß v. Dohnanyi alle schwierigen Fragen umschiffte. Zur Frage Brokdorf sagte er, daß er sich an die Beschlüsse des Parteitages gebunden fühlt, also Ausstieg aus Brokdorf, andererseits es aber eine Reihe von rechtlichen, betriebswirtschaftlichen und energiepolitischen Probleme gäbe, die sorgfältig geprüft werden müßten. Zu den Problemen, die in Hamburg zur Krise der SPD als Regierungspartei geführt haben, nahm er nicht klar Stellung. Er will wohl abwarten, wie sich die Lage entwickelt, vor allem in der SPD selbst.

Die Krise der Sozialdemokratie ist die Krise der Politik der Klassenversöhnung

1978 bekam die SPD in Hamburg eine absolute Mehrheit in den Landtagswahlen, die FDP flog aus der Bürgerschaft heraus. Es war eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs und der politischen Entspannung. Die Politik

der allgemeinen Reproduktion gab es etliche Verbesserungen, z.B. bei den Kindergärten und Krippen steht Hamburg an der Spitze der BRD. Der Ausbau der Gesamtschule zur Regelschule entsprach den Interessen der Mehrheit. Der Hamburger Senat setzte sich als erste Regierung für das Verbot der Aussperrung ein und verabschiedete früh ein Bildungsurlaubgesetz. Als einzige Landesregierung hat Hamburg einen Umweltsenator und richtete eine Leitstelle für Frauenfragen ein.

Natürlich sind alle diese Maßnahmen, gemessen an den Interessen und Bedürfnissen der Massen, unzureichend, aber sie erklären, warum in Hamburg die SPD die absolute Mehrheit hat und Klose ein ziemlich großes Ansehen, während in anderen Städten der Einfluß der SPD schon stark zurückging. Andererseits sind es aber eben auch Positionen, die man nicht so einfach aufgibt.

Durch die Krise der kapitalistischen Wirtschaft verschärften sich die Klassengegensätze. Die Kapitalisten forderten Beschneidung der Staatsausgaben vor allem im Bereich der Reproduktion der Massen. Ihr Druckmittel gegen-

stie fordern soll oder ob eine solche Forderung den Charakter eines politi-

Die Forderungen der Kapitalisten sind eindeutig: – Kürzung der Ausgaben im sozialen Berich. Hier hat der Senat unter Klose erste Schritte gemacht, die aber mit nur 400 Mio. DM Einsparungen als zu gering eingeschätzt werden. – Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Hamburger Kapitalisten, durch für sie billigen Strom aus Kernkraftwerken und Hafenerweiterung. Das sind die Kernpunkte.

Die Maßnahmen, die der Senat ergriffen hat, um diesen Forderungen zu entsprechen, stießen sofort auf den Widerstand der Arbeiter- und demokratischen Bewegung.

Gegen die Durchsetzung der Sparmaßnahmen im sozialen Bereich haben die Beschäftigten in Personalversammlungen und durch die Gewerkschaften heftigen Protest erhoben. Gegen die Durchsetzung des Schulentwicklungsplans, der jetzt vor allem unter dem Gesichtspunkt der Einsparung von Geldern für die Ausbildung vom Senat betrieben wird, haben sich bei Demonstrationen, Schulbesetzungen, Unterschriftensammlungen und anderen Aktionen über 100000 Eltern, Schüler und Lehrer beteiligt. Gegen die weitere Industrieansiedlung und damit verbun-

Straftaten nach den §§ 110, 113, 120, 123, 124, 125, 125a, 129, 131a, 185 bis

ne Reihe von alteingesessenen Gewerkschaftsführern, die mit allen Mitteln ihre Politik der Klassenversöhnung aufrechterhalten wollen, wie das Beispiel der Betriebsratswahlen bei HDW zeigt, wo Sozialdemokraten, die für eine konsequente gewerkschaftliche Politik im Betriebsrat eintraten und dafür auch die große Mehrheit der Stimmen erhielten, aus der IGM ausgeschlossen wurden. Dieser Flügel der SPD hat in Hamburg keine Mehrheit. Er hat aber die Mehrheit in den Landesgremien, dem Landesvorstand, dem Fraktionsvorstand und auch noch im Vorstand der AfA.

Die Mehrheit der SPD-Mitglieder und auch der Parteitagsdelegierten schlägt einen anderen Kurs ein. Unter dem Druck und als Teil der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung fordern sie die Beschneidung des Einflusses der Kapitalisten auf den Staat und Reformen zur Verbesserung der Lage der Massen. Sie stellen dabei die „Systemfrage", wie Klose es ausdrückte, geben aber keine ausreichende Antwort. Sie wollen die Beschneidung der Auswüchse des Kapitalismus, ohne ihn zu beseitigen. So treten sie gegen Brokdorf auf, aber nicht gegen alle

Staatsanwaltschaft, solange das Verfahren nicht gerichtlich anhängig ist.

Bildung dieser Liste darauf ankommen, sich über Einzelmitgliedschaft, Konsensprinzip und die wichtigsten Forderungen der Massen zu einigen, die von einer solchen Liste propagiert und unterstützt werden sollen.

Die Chancen für eine Liste stehen nicht schlecht. Nach den neuesten Umfrageergebnissen zum Wahlverhalten, würde die SPD 36%, die CDU 35%, die FDP 5% und eine Alternative Liste 10% der Stimmen bekommen. Ziel sollte es sein, die Wiederwahl der FDP zu verhindern und den Stimmenanteil der AL zu erhöhen. Es ergäbe sich dann die günstige Konstellation, daß die AL der SPD Bedingungen für die Übernahme des Senats stellen könnte. Auf jeden Fall wird es richtig sein, in der Vorbereitung und bei der Bildung der Liste neben gewerkschaftlichen Gremien auch die Untergliederungen der SPD, die Jusos und die SPD-Frauen in die Auseinandersetzung und womöglich in die Bildung der Liste miteinzubeziehen. Dabei sollte mit den SPD-Linken die Aktionseinheit gesucht werden, ohne daß man sich von ihnen die Ziele und Bedingungen der Aktionseinheit vorschreiben zu lassen braucht.

Westberlin: AL beantragt Amnestie

Demonstration von Initiativen, Parteien und Besetzerräten „für eine wirkliche Wende in der Wohnungspolitik"

thb. Westberlin. Das Einzige, was der neue Weizsäcker-Senat bisher an konkreten politischen Plänen bekanntgegeben hat, ist seine zukünftige Politik gegenüber den instandbesetzten Häusern. Der Senat will in Zukunft „Hausbesetzungen nach Möglichkeit verhindern", was ihm in zwei Fällen bisher auch geglückt ist, wo besetzte Häuser sofort von der Polizei wieder geräumt worden sind. Gleichzeitig muß der Senat aber die Einschränkung an seinen Wahlaussagen vornehmen, daß schon besetzte Häuser nur dann geräumt werden, wenn ein Strafantrag des Eigentümers vorliegt und der weitere Leerstand ausgeschlossen ist.

Gegen diese geplante Verschärfung des Vorgehens gegen die Instandbesetzungen hat die Alternative Liste einen Gesetzentwurf für Straffreiheit für alle im Zusammenhang mit Instandbesetzungen Verurteilten veröffentlicht, den sie am 25.Juni im Abgeordnetenhaus einbringen will. In der Begründung für diesen Antrag wird klargestellt, daß es sich hierbei um eine politische Korrektur der bisherigen Senatspolitik handeln soll und nicht um einen „Gnadenakt" oder ähnliches:

„Seit Jahren nimmt in Berlin die Zahl der leerstehenden Wohnungen und der Wohnungssuchenden zu, z. Zt. stehen mindestens 10000 Wohnungen leer, ca. 80000 Menschen suchen eine Wohnung. Dies ist das Ergebnis einer katastrophalen Stadterneuerungspolitik in den Sanierungs- und Sanierungserwartungsgebieten ... In der Berliner Verfassung wird das Grundrecht auf Wohnung garantiert. Es besteht auch das Recht auf Widerstand bei Verletzung von Grundrechten. Erst die Konflikte haben ja die Politiker veranlaßt, ihre verfehlte Städtebaupolitik einzugestehen. Instandbesetzer sollen jetzt einseitig büßen für die eingestandenermaßen verfehlte Wohnungsbaupolitik, auf die sie durch ihre Aktionen erst aufmerksam gemacht haben. Gravierende Fehler wurden eingestanden, jetzt müssen daraus die Konsequenzen gezogen werden, indem den Strafverfolgten Straffreiheit gewährt wird. Bereits mehrfach sind mit der Verabschiedung von Straffreiheitsgesetzen Widersprüche zwischen strafrechtlicher Verfolgung einzelner und fortschreitender gesellschaftlicher Entwicklung beseitigt worden ..."

Zur Unterstützung der Kämpfe gegen die Wohnungsbaupolitik des Senats und aus Anlaß der Gesetzesinitiative der AL findet ebenfalls am 25.6. eine Demonstration statt, zu der über 40 Organisationen und Initiativen aufrufen. Zentrale Forderung dieser Demonstration ist die „Freilassung aller im Zusammenhang mit den Instandbesetzungen Inhaftierten und Einstellung aller Strafverfahren". Darauf hat sich die Aktionseinheit geeinigt, nachdem es vorher längere Auseinandersetzungen gegeben hatte, ob man die Amnestie fordern soll oder ob eine solche Forderung den Charakter eines politischen Zugeständnisses an den Senat und einer Bitte um einen „Gnadenakt" hätte. Einig ist man sich, daß es darauf ankommt, daß der Senat Straffreiheit für alle verhafteten Demonstranten und Instandbesetzer beschließen muß.

Antrag der Fraktion der Alternativen Liste über Gesetz zur Straffreiheit

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz über Straffreiheit

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz
über Straffreiheit
(Straffreiheitsgesetz 1981)

§1
Anwendungsbereich

Wegen Straftaten, die in der Zeit vom 1. Januar 1980 bis zum Tag der Verkündung dieses Gesetzes durch Demonstrationen und Hausbesetzungen oder in Zusammenhang hiermit begangen worden sind, wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Straffreiheit gewährt. Die Straffreiheit erfaßt rechtskräftig verhängte Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, sowie zu erwartende Strafen.

§2
Rahmen der Straffreiheit

(1) Straffreiheit wird für Freiheitsstrafen und Geldstrafen gewährt wegen Straftaten nach den §§ 110, 113, 120, 123, 124, 125, 125a, 129, 131a, 185 bis 187, 223, 223a, 230, 240, 241 sowie nach den Strafbestimmungen des Versammlungsgesetzes.

(2) Straffreiheit wird auch gewährt für Freiheitsstrafen und Geldstrafen wegen Straftaten, die durch eine zur Meinungsäußerung oder Meinungsbildung in öffentlichen Angelegenheiten bestimmte Demonstration oder im Zusammenhang hiermit begangen worden sind.

§3
Auswirkungen der Straffreiheit

Strafen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes rechtskräftig verhängt sind, werden erlassen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind. Anhängige Verfahren werden eingestellt, neue nicht eingeleitet.

§4
Weitere Erstreckung der Straffreiheit

(1) Die Straffreiheit erstreckt sich auf Nebenstrafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, auf Untersagung der Berufsausübung, gesetzliche Nebenfolgen sowie auf rückständige Bußen und Kosten, auch wenn die Strafe bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits vollstreckt war. Sie erstreckt sich auch auf die Schuldfeststellung unter Aussetzung der Entscheidung über die Verhängung einer Jugendstrafe sowie auf Erziehungsmaßregelungen und Zuchtmittel nach dem Jugendgerichtsgesetz.

...

§6
Einstellung des Verfahrens

(1) Über die Einstellung entscheidet die Staatsanwaltschaft, solange das Verfahren nicht gerichtlich anhängig ist. Auf Antrag eines Beteiligten entscheidet das Gericht, das für das Hauptverfahren zuständig wäre, gegen den Beschluß ist sofortige Beschwerde zulässig.

(2) Ein gerichtlich anhängiges Strafverfahren wird durch Beschluß des für das Hauptverfahren zuständigen Gerichtes eingestellt.

§7
Entscheidung
bei rechtskräftigen Strafen

(1) Bei rechtskräftig verhängten Strafen entscheidet bei Zweifeln über den Eintritt und den Umfang der Straffreiheit auf Antrag eines Beteiligten das Gericht.

...

§10
Antrag auf Freispruch

(1) Auf Antrag des Beschuldigten, der seine Unschuld geltend macht, wird ein gerichtlich anhängiges Strafverfahren, das aufgrund dieses Gesetzes außerhalb der Hauptverhandlung eingestellt wird, fortgesetzt, wenn die Fortsetzung geboten erscheint, weil wegen besonderer Nachteile, die mit dem erhobenen Vorwurf verbunden sind, der Beschuldigte ein überwiegendes Interesse hat, von diesem Vorwurf freigesprochen zu werden. Zieht das Gericht in der Hauptverhandlung die Einstellung des Verfahrens in Erwägung, so ist dem Angeklagten Gelegenheit zur Stellung des Antrages zu geben. Das Gericht kann die Verhandlung aussetzen.

...

Ausgedehnte ZK-Tagung der KP Chinas hat begonnen

gek. Seit dem letzten Wochenende ist das Zentralkomitee der KP Chinas zu einer lange erwarteten, wohl mehrfach verschobenen Sitzung zusammengetreten, auf der eine Reihe grundsätzlicher Fragen entschieden werden soll. Es wird erwartet, daß die Tagung bis Ende des Monats, mit Unterbrechungen, andauern wird. – Einer der Hauptpunkte ist, nach Presseberichten aus Beijing, die Umkonstruktion der Parteiführung. Statt eines Vorsitzenden *und* eines Generalsekretärs soll es nur noch einen Parteivorsitzenden geben, der aber im wesentlichen die Funktionen des jetzigen Generalsekretärs ausüben soll. Auf diese Funktion dürfte der jetzige Generalsekretär Hu Yaobang berufen werden. Hua Guofeng ist, insbesondere wegen seiner wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen nach 1976, mehrfach kritisiert worden. Die Aufgaben des Politbüros sollen in Zukunft teilweise an Arbeitsausschüsse des ZK delegiert werden, deren Vorsitz nach jugoslawischen Vorbildern rotieren soll. – Ein zweiter zentraler Punkt der ZK-Tagung ist eine Dikussion über die Rolle Mao Zedongs in der Geschichte der KP Chinas und der Beitrag der „Mao-Zedong-Ideen" zum Marxismus-Leninismus insgesamt. Die politische Tätigkeit Mao Zedongs in verschiedenen Zeitabschnitten wird erörtert, und prinzipielle Schlußfolgerungen sollen wohl bezüglich des Verhältnisse von Partei, Volk und einzelnen Führer gezogen werden. – Letzten Meldungen zufolge, wird auch über eine Umorganisierung der Staatsführung, insbesondere die Wiedereinführung des Präsidentenamtes, diskutiert.

Prozeß gegen Türkische Arbeiter- und Bauernpartei eröffnet

chm. Am 15. Juni ist der Prozeß gegen die Türkische Arbeiter- und Bauernpartei, TIKP, vor einem Militärgericht in Ankara eröffnet worden. Der Prozeß wird auf der Grundlage der §§141 und 142 des Strafgesetzbuches geführt. Beide stellen die Propagierung des Marxismus und die Gründung von Organisationen mit marxistischem Programm unter Strafe. Die Anklageschrift bezieht sich auf einen Prozeß, den die türkische Militärdiktatur der Jahre 1971–73 gegen führende Kader der TIKP geführt hatte, bei dem sie allerdings alle freigesprochen worden sind. Der Prozeß soll bis zum 29.6. geführt werden. – Am 22.6. verurteilte ein weiteres Militärgericht in Ankara 13 Mitglieder der Bergarbeitergewerkschaft, Maden-Is, zu Gefängnisstrafen von je 5½ Jahren, weil sie auf einer Veranstaltung im Jahre 1979 die Internationale gesungen hatten.

Höhere Stipendien und Lehrlingslöhne in der DDR

dereinführung des Präsidentenamtes, diskutiert.

Prozeß gegen Türkische Arbeiter- und Bauernpartei eröffnet

chm. Am 15. Juni ist der Prozeß gegen die Türkische Arbeiter- und Bauernpartei, TIKP, vor einem Militärgericht in Ankara eröffnet worden. Der Prozeß wird auf der Grundlage der §§141 und 142 des Strafgesetzbuches geführt. Beide stellen die Propagierung des Marxismus und die Gründung von Organisationen mit marxistischem Programm unter Strafe. Die Anklageschrift bezieht sich auf einen Prozeß, den die türkische Militärdiktatur der Jahre 1971–73 gegen führende Kader der TIKP geführt hatte, bei dem sie allerdings alle freigesprochen worden sind. Der Prozeß soll bis zum 29.6. geführt werden. – Am 22.6. verurteilte ein weiteres Militärgericht in Ankara 13 Mitglieder der Bergarbeitergewerkschaft, Maden-Is, zu Gefängnisstrafen von je 5½ Jahren, weil sie auf einer Veranstaltung im Jahre 1979 die Internationale gesungen hatten.

Höhere Stipendien und Lehrlingslöhne in der DDR

ror. Rechtzeitig zum XI. Parlament der Freien Deutschen Jugend kündigte Honecker eine Erhöhung der Stipendien für Studenten, Oberschüler und mehr Geld für die Lehrlinge an. Der FDJ-Kongreß, der von der Jugend die volle Übererfüllung des Volkswirtschaftsplans, die Gründung neuer Jugendobjekte zur eigenverantwortlichen Erfüllung der Planvorgaben und neue Verpflichtungen im Bereich Forschung und Technik verlangte, mußte einfach einen Ausgleich bieten. Die Grundstipendien betragen ab 1. September 200 Mark, bisher lagen sie zwischen 110 und 190 Mark, je nach Einkommen der Eltern. Bis zu 60% wurden zudem die Leistungsstipendien erhöht. Auch für Oberschüler gibt es ab der 11. Klasse eine Ausbildungsförderung zwischen 110 und 150 Mark. Lehrlinge, die die 10. Klasse abgeschlossen haben, erhalten in Zukunft 120 bis 200 Mark (1. bis 3. Lehrjahr).

Verhaftungswelle in Südafrika

thf. Zu Streiks und Kundgebungen kam es in verschiedenen Orten in Südafrika anläßlich des 5. Jahrestages des Aufstandes von Soweto am 16. Juni. In Soweto überfiel die Polizei eine Gedenkveranstaltung für die 700 Opfer der Kämpfe 1976 mit Tränengas und Schlagstöcken. Der Kundgebungsredner hatte erklärt, der Feind seien die Weißen, die das Land geraubt hätten. 144 Menschen wurden von den südafrikanischen Behörden schon vor dem Jahrestag festgenommen. Zwei Tage nach dem Jahrestag nahmen sie den Nachrichtenredakteur des „Sowetan" fest diese, von Afrikanern herausgegebene Zeitung hatte ausführlich über die Veranstaltung zum Jahrestag berichtet. Am Wochenende 19./20. Juni wurden noch der Vorsitzende der Journalistengewerkschaft und ein Studentenführer verhaftet. Der Präsident des Studentenrates Johannesburg ist unterdessen zu 5 Jahren Hausarrest verurteilt worden.

Israel eskaliert die Lage im Libanon

chm. Nach zwei Wochen relativer Waffenruhe im Libanon sind die Kämpfe wieder aufgeflammt, sowohl in Zahle, wo die Phalangisten versuchen, eine Straße in den Süden zu schlagen und die Verbindung zwischen Damaskus und Beirut zu kappen, als auch in Beirut selbst. Die Milizen Major Haddads, der Israels Geschäft in einem Teil des Südlibanon führt, haben dort die Hafenstadt Saida bombardiert. Diese Eskalation hat Israel in dem Moment angezettelt, als klar war, daß der Sicherheitsrat seinen Überfall auf den irakischen Reaktor Tamuz einstimmig verurteilen würde. Die Resolution, die der Sicherheitsrat am Sonntag, den 21.6. verabschiedet hat, verurteilt zwar den Überfall, sieht aber keinerlei Sanktionen gegen Israel vor, was ursprünglich die Forderung des Irak war. Das hatten die USA kategorisch abgelehnt. Unmittelbar nach der Abstimmung erklärte die Vertreterin der

tenführer verhaftet. Der Präsident des Studentenrates Johannesburg ist unterdessen zu 5 Jahren Hausarrest verurteilt worden.

Israel eskaliert die Lage im Libanon

chm. Nach zwei Wochen relativer Waffenruhe im Libanon sind die Kämpfe wieder aufgeflammt, sowohl in Zahle, wo die Phalangisten versuchen, eine Straße in den Süden zu schlagen und die Verbindung zwischen Damaskus und Beirut zu kappen, als auch in Beirut selbst. Die Milizen Major Haddads, der Israels Geschäft in einem Teil des Südlibanon führt, haben dort die Hafenstadt Saida bombardiert. Diese Eskalation hat Israel in dem Moment angezettelt, als klar war, daß der Sicherheitsrat seinen Überfall auf den irakischen Reaktor Tamuz einstimmig verurteilen würde. Die Resolution, die der Sicherheitsrat am Sonntag, den 21.6. verabschiedet hat, verurteilt zwar den Überfall, sieht aber keinerlei Sanktionen gegen Israel vor, was ursprünglich die Forderung des Irak war. Das hatten die USA kategorisch abgelehnt. Unmittelbar nach der Abstimmung erklärte die Vertreterin der
USA, Kirkpatrick, die USA seien „stolz darauf, daß Israel ihr Freund und Verbündeter sei". (Le Monde, 22.6.)

Einige Hoffnungen, keine großen Illusionen

Frankreich nach den Wahlen

nim.Paris,21.6. Die Erleichterung, daß die Ära Giscard nun endgültig zu Ende ist, ist groß in Frankreich. Es sind Hoffnungen und auch Forderungen da, daß nun einiges anders werden muß. Große Illusionen, daß man sich im Aufbruch zum Sozialismus befände, gibt es nur bei den wenigsten. Als Theodorakis auf einem Konzert am Samstag vor der letzten Wahlrunde ausrief, er sei hier in keinem normalen Land, sondern in einem sozialistischen Land, da gab es nur wenig mehr als höflichen Beifall. Aus dem Alltagsleben hat sich mir auch nicht gerade der Eindruck aufgedrängt, daß Frankreich sich in einer Situation großer Initiativen der Massen oder angespanntester politischer Aufmerksamkeit befinde. Weder gab es größere Mengen von Parolen oder Flugblättern, noch war die P.S. und der Wahlsieg das allgemeine ständige Gesprächsthema. Auch ein Übertragungswagen des französischen Fernsehens konnte am Sonntagabend auf einer Hauptstraße keine großen Menschenmengen anziehen. Der Eindruck von Hoffnungen auf kleine Verbesserungen, aber wenig Illusionen über die „große historische Wende" hat sich durch zahlreiche Gespräche, die ich am Sonntag nachmittag vor einem Pariser Wahllokal geführt habe, bestätigt. Einige Ausschnitte:

● Ich erwarte, daß es eine Änderung in der Regierungspolitik geben wird. Ob sie radikal sein wird? Nein, das glaube ich nicht so sehr, es werden eher kleine Schritte sein – schließlich sind wir ja auch mit den anderen europäischen Ländern sehr eng verbunden, da kann man nicht alles so radikal umwälzen. Ich erwarte vor allem auch eine Änderung in der Außenpolitik; denn ich meine, man sollte nicht nur die Interessen des eigenen Landes im Auge haben, sondern auch die der Länder der Dritten Welt. Außerdem erwarte ich, daß es eine Verbesserung der Lage der Armen und der Arbeiter geben wird – ich glaube, da gibt es viel zu tun. Von Beruf bin ich Krankenschwester.

● Ich erwarte von den Sozialisten das wirtschaftliche Chaos. Denn auf diesem Gebiet scheinen sie mir nicht so begabt zu sein. Was ich von der Erhöhung des SMIC (staatlich garantierter Mindestlohn) halte? Das war nichts besonderes, das hätte Giscard jetzt auch tun müssen. Es war eben an der Zeit. Mitterand hatte die Erhöhung eben gut plaziert. Im übrigen ist es so, daß Frankreich in einer großen Krise ist.

● Ich erwarte, daß es eine Änderung in der Regierungspolitik geben wird. Ob sie radikal sein wird? Nein, das glaube ich nicht so sehr, es werden eher kleine Schritte sein – schließlich sind wir ja auch mit den anderen europäischen Ländern sehr eng verbunden, da kann man nicht alles so radikal umwälzen. Ich erwarte vor allem auch eine Änderung in der Außenpolitik; denn ich meine, man sollte nicht nur die Interessen des eigenen Landes im Auge haben, sondern auch die der Länder der Dritten Welt. Außerdem erwarte ich, daß es eine Verbesserung der Lage der Armen und der Arbeiter geben wird – ich glaube, da gibt es viel zu tun. Von Beruf bin ich Krankenschwester.

● Ich erwarte von den Sozialisten das wirtschaftliche Chaos. Denn auf diesem Gebiet scheinen sie mir nicht so begabt zu sein. Was ich von der Erhöhung des SMIC (staatlich garantierter Mindestlohn) halte? Das war nichts besonderes, das hätte Giscard jetzt auch tun müssen. Es war eben an der Zeit. Mitterand hatte die Erhöhung eben gut plaziert. Im übrigen ist es so, daß Frankreich in einer großen Krise ist.
Sie wissen vielleicht, daß es eine hohe Inflation hat und an die 2 Mio. Arbeitslose. Sicher, dafür kann jetzt der Mitterand nichts. Aber er wird daran nichts ändern können. Da ist es aber sehr schlimm, wenn das Ausland das Vertrauen in unsere Regierung verliert. Auf der anderen Seite ist die erste Panikstimmung vorbei – vielleicht denkt man doch inzwischen, daß man sich mit Mitterand arrangieren kann.

● Was ich jetzt von Mitterand erwarte? Etwas mehr Freiheit in der Kultur und natürlich auch etwas mehr Förderung. Ich leite nämlich eine kleine Schauspielschule. Ich erwarte viel, aber Sie müssen auch wissen, daß ich in der P.S. bin.

● Ich muß Ihnen sagen, wir hatten lang genug dieselbe Regierung. Es ist wirklich Zeit für einen Wechsel. Ich erwarte mir von der neuen Regierung eine Öffnung nach allen Seiten. Mehr Leben. Ich bin Rentnerin.

● Ich sage nur 1936!

● Ich glaube, daß die Lehrer im allgemeinen keine großen Erwartungen haben. Vielleicht erhoffen sie sich ein bißchen mehr Freiheit und auch ein bißchen mehr Gerechtigkeit bei der Entlohnung. Derzeit beträgt das Lohngefälle bei uns bis zu 2000 Francs. Hoffentlich wird die Unterdrückung und die Schikanen unter Mitterand etwas abnehmen. Z.B. hat die Polizei früher oft Leute einen Tag und länger in Haft gehalten, obwohl sie es gesetzlich nur bis zu 6 Stunden dürfen, ohne einen dem Haftrichter vorzuführen.

● Was ich mir von Mitterand erhoffe? Dazu kann ich auch unter einer P.S.-Regierung im Dienst nichts sagen. (Polizist vor dem Wahllokal)

● Was wir Euch in Deutschland voraus haben, das ist, daß wir eine starke kommunistische Partei haben. Illusionen über Mitterand hab ich bestimmt keine, aber man wird ihm schon etwas Druck machen können. Von selber wird es nicht laufen. Z.B. hat die CGT eine 20%ige Erhöhung des SMIC gefordert. Was hat er gemacht? Bloße 10% hat er gegeben. (Ein Arbeiter und Mitglied der CGT.)

Daß die P.S. jetzt weit mehr als die absolute Mehrheit im Parlament hat, ist nicht unbedingt von Vorteil. Denn parlamentarisch kann von anderen linken Kräften speziell von der KPF so kein Druck mehr auf ihre Politik ausgeübt werden. Und wenn Mitterand letzte Woche laut darüber nachgedacht hat, vielleicht doch einige Kommunisten ins Kabinett aufzunehmen, so dient das sicherlich dazu, ein möglichst breites Spektrum an Kritik zu integrieren. Auf der anderen Seite könnte so ein Schritt durchaus auch von Vorteil für die Gewerkschaftseinheit sein. Denn in der Wahlkampagne ist es zum ersten Mal gelungen, die Querelen, die es immer wieder zwischen der KPF-orientierten CGT und der mehr an der P.S.-orientierten CFDT gibt, zu überwinden.

lich nur bis zu 6 Stunden dürfen, ohne einen dem Haftrichter vorzuführen.

P.S.-orientierten CFDT gibt, zu überwinden.



„La force tranquille" – etwa: Die ruhige Kraft, oder: Die stille Macht – war der Wahlslogan Mitterands bei den Präsidentschaftswahlen. Das Plakat bildet ihn vor seinem Dorf, wo er bis zuletzt Bürgermeister war, ab, im Abendlicht – und dies Auftreten als der Versöhner des ländlichen, rückständigen, kleinbürgerlichen Frankreich und des modernen, städtischen, proletarischen Frankreich war



„La force tranquille" – etwa: Die ruhige Kraft, oder: Die stille Macht – war der Wahlslogan Mitterands bei den Präsidentschaftswahlen. Das Plakat bildet ihn vor seinem Dorf, wo er bis zuletzt Bürgermeister war, ab, im Abendlicht – und dies Auftreten als der Versöhner des ländlichen, rückständigen, kleinbürgerlichen Frankreich und des modernen, städtischen, proletarischen Frankreich war
eines der Geheimnisse seines hohen Wahlsieges. – „Apocalypse now" bei Chirac, dem gaullistischen Prätendenten, der dem ruhig fortschrittsversöhnten Frankreich den Weltuntergang ankündigt.

Komplizierte Gruppierung der Kräfte in Asien

Von Lutz Plümer

Während seines Besuchs in der VR China hat der amerikanische Außenminister Haig die kurz zuvor von Ronald Reagan unterzeichnete Entscheidung der US-Regierung verkündet, prinzipiell zu Waffenlieferungen an die VR China bereit zu sein. Darüberhinaus erklärte Haig während seiner Asien-Reise, die USA würden keine diplomatischen Beziehungen zu Vietnam aufnehmen und keine Wirtschaftshilfe leisten, solange Vietnam seine Aggression in Kampuchea fortsetze. Die USA würden politischen, wirtschaftlichen und auch militärischen Druck ausüben, um Vietnam zur Beendigung seiner Aggression zu zwingen. Militärischer Druck, das bedeute auch Waffenlieferungen an eine nationale Einheitsfront des kampucheanischen Widerstandes.

Die angekündigte Waffenlieferung an China ist weniger wegen ihrer materiellen Auswirkungen von Bedeutung, die ziemlich beschränkt sind. Aktuell geht es um die Lieferung eines Computers, den die VR China zur Auswertung einer Volkszählung benötigt und der auch für militärische Zwecke nutzbar sein soll. Darüberhinausgehende Lieferungen von Waffen werden sich wohl auf einige Panzerabwehrwaffen und Flugabwehrraketen beschränken. Von Bedeutung sind die Erklärungen Haigs in Beijing, weil sie den Grad der Zusammenarbeit zum Ausdruck bringen, die das sozialistische China und die Supermacht USA gegen das weltweite Vordringen der Sowjetunion eingehen. Bislang hatte die Position der US-Regierung darin bestanden, erst im Falle einer sowjetischen Intervention in Polen Waffen an die VR China zu liefern. Insofern sind Haigs Äußerungen in China eine Demonstration an die Adresse der Sowjetunion. Etwa zum gleichen Zeitpunkt hat Ronald Reagan in Waschington erklärt, die USA würden ihre Beziehungen zu Taiwan ausbauen. Diese Beziehungen sollen auch Waffenlieferungen an Taiwan einschließen. Dies wurde mit amerikanischen „Sicherheitsinteressen" begründet. Auch das war eine Demonstration. Es geht der amerikanischen Supermacht bei ihren Versuchen zum Aufbau einer weltweiten Front gegen das Vordringen der Sowjetunion eben um die Behauptung ihrer Hegemonialposition.

Der VR China geht es um die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und die Sicherung des Weltfriedens. Weil die Sowjetunion diejenige Supermacht ist, die eine Politik der strategischen Expansion verfolgt, weil aus diesem Grund von ihr in erster Linie die Gefährdung des Weltfriedens ausgeht, konzentriert sich der Widerstand der VR China gegen den Hegemonismus auf den Kampf gegen den Hegemonismus der Sowjetunion. Weil auch die USA dem sowjetischen Hegemonismus entgegentreten, aber schon nicht mehr in der Lage sind, ihren Herrschaftsbereich durch Eroberung auszudehnen, sind beschränkte Übereinkünfte zwischen der VR China und den USA trotz entgegengesetzter Ausgangspunkte und Interessen möglich, ohne daß diese die wesentlichen Differenzen zwischen den USA und der VR China aufheben. So hat die chinesische Regierung erklärt, die Haltung der US-Regierung zu Taiwan sei ein Schlüsselpunkt für die Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen. Und Huang Hua hat gegenüber Haig unmißverständlich erklärt, daß die chinesische Regierung an ihrer Unterstützung des Kampfes des palästinensischen und der anderen arabischen Völker gegen den israelischen Expansionismus, an der Unterstützung der Kämpfe der südafrikanischen Völker für nationale Unabhängigkeit, und an ihrer Unterstützung der Forderungen nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung festhält.

Auf der Außenministerkonferenz der ASEAN in Manila sind Haigs Äußerungen über Vietnam nicht auf ungeteilte Gegenliebe gestoßen. Ein Grund dafür mag sein, daß die ASEAN-Länder fürchten, bei Verschärfung der Konfrontation mit Vietnam und der Sowjetunion unter wachsenden Druck der USA zu geraten. Ein anderer Grund ist aber, daß einige der dort herrschenden Regimes davon ausgehen, daß eine politische Lösung in Kampuchea wohl nur durch Zugeständnisse an Vietnam zu erreichen ist. Solche Zugeständnisse enthält der Resolutionsentwurf, den die ASEAN-Staaten der internationalen Kampuchea-Konferenz in New York vorlegen wollen. Er soll einen Rahmen für die Verwirklichung der UNO-Resolution darstellen, und beinhaltet, daß nach einem Waffenstillstand in Kampuchea, der Entsendung UN-Friedenstruppe und der Durchführung allgemeiner Wahlen die Widerstandskräfte in Kampuchea entwaffnet werden sollen. Letzteres entspricht der Position Sihanouks, der davon ausgeht, daß der Widerstandskrieg gegen Vietnam militärisch nicht zu gewinnen ist. Es ist aber nicht vereinbar mit dem Interesse des kampucheanischen Volkes an Wiederherstellung seiner nationalen Souveränität, die es auch nach Abzug der vietnamesischen Truppen gegenüber seinem vietnamesischen Nachbarn wird behaupten müssen.

Vietnam hat den Vorschlag der ASEAN-Staaten postwendend zurückgewiesen. Bei der Gelegenheit hat der vietnamesische Außenminister von einer Reihe von „laotischen Provinzen" gesprochen, die „derzeit von Thailand verwaltet werden", ein ziemlich unverfrorener Anspruch auf die Eingliederung thailändischer Territorien in das von Vietnam kontrollierte „Indochina". Im übrigen müßten die ASEAN-Staaten ihre Unterstützung des Demokratischen Kampuchea, insbesondere auch in der UNO, einstellen. Ihre Unterstützung des Demokratischen Kampuchea in der kommenden UNO-Generalversammlung hatten die ASEAN-Außenminister in Manila aber ausdrücklich bekräftigt.

Ein Besuch im Demokratischen Kampuchea

Reiseeindrücke einer dänischen Journalistengruppe

Der folgende Bericht über einen Besuch im Demokratischen Kampuchea faßt die Eindrücke zusammen, die eine dänische Journalistengruppe während einer Reise in das Demokratische Kampuchea im März gesammelt hat. Während dieser Reise sprachen die Journalisten mit Vertretern der Regierung des Demokratischen Kampuchea und auch mit Norodom Narindrapong, dem Sohn des Prinzen Sihanouk. Norodom Narindrapong lebte früher in Paris und ist vor kurzem in das Demokratische Kampuchea zurückgekehrt. Bereits in Paris hatte er die Führung des Widerstandskrieges durch die Regierung des Demokratischen Kampuchea unterstützt und seinen Vater zur Teilnahme aufgefordert. An der Solidaritätskonferenz in Tokio nahm Narindrapong als Vertreter der Regierungsdelegation des Demokratischen Kampuchea teil.

„Ich bin kein Kommunist", sagt Norodom Narindrapong, der jüngste Sohn des Prinzen Sihanouk, zu uns an einem heißen Märzabend im kampucheanischen Dschungel, „und ich besitze auch nicht die notwendigen Qualitäten, es zu werden. Aber ich habe mehrere Monate mit den Leuten in den befreiten Gebieten zusammen gelebt, und ich verstehe heute: Nur das Demokratische Kampuchea bringt die großen Opfer für die Verteidigung und die Bewahrung Kampucheas. Ohne die ‚Roten Khmer' gäbe es heute kein Kampuchea mehr."

Auf die Frage: „Was meint Ihr Vater zu solchen Äußerungen?" folgt allgemeine Erheiterung. Narindrapong zögert. „Ich bin nicht ganz sicher, was er meint ... Aber er hat neuerdings eine positive Haltung eingenommen. Er hat den Dialog zur Schaffung einer Einheitsfront gegen die sowjetisch gestützte vietnamesische Besetzung akzeptiert. Wissen Sie, vom patriotischen Standpunkt aus gesehen, wenn man die Existenz des Vaterlandes über alles andere stellt, dürfte es zwischen Premierminister Khieu Samphan und Prinz Sihanouk keine großen Differenzen geben."

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea, die das Land trotz Ausmanövrierungsversuchen von seiten der Sowjetunion und ihrer Alliierten rechtmäßig in der UNO vertritt, strebt eine breite, nationale Einheitsfront an, mit dem Ziel, die vietnamesischen Truppen zu vertreiben und anschließend demokratische Wahlen unter der Kontrolle der UNO durchzuführen. Sihanouk ist eine wichtige Person in diesem Zusammenhang. Sein Sohn, Narindrapong, arbeitet in diplomatischem Zusammenhang für die Errichtung dieser Einheitsfront.

Wir fragen ihn: „Man hat in der Presse von Äußerungen Sihanouks gehört, die ‚Roten Khmer' hätten Ihre Brüder und Schwestern umgebracht. Was meinen Sie dazu?" – „Ich habe nicht das Recht, Meinung und Äußerungen meines Vaters zu beurteilen. Aber ich will Ihnen die Wahrheit sagen. Meine Brüder und Schwestern sind nicht liquidiert worden. Ich habe sie mit meinen eigenen Augen gesehen. Erst nach der vietnamesischen Invasion habe ich den Kontakt zu ihnen verloren." Er weist auf die „vietnamesische Propagandamaschine" hin, die diese Gerüchte zur Rechtfertigung ihrer Invasion wiederaufgenommen und aufs Neue verbreitet hat.

Nach sieben Tagen Aufenthalt in den befreiten Gebieten, nach zahllosen Gesprächen mit führenden Persönlichkeiten, mit Bauern, Soldaten und Frauen, nach Besuchen in mehreren Flüchtlingslagern in Thailand besteht für uns an einem kein Zweifel: Als Befreier sind die Vietnamesen nicht gekommen. „Wir waren 3000 Leute aus meinem Dorf, die vor den Vietnamesen geflohen sind. Sie haben uns verfolgt, viele sind bei der Flucht umgekommen – von hinten erschossen. Nur 900 von uns sind durchgekommen." Ein Tischler, den wir in einem der neuaufgebauten Dörfer nahe der thailändischen Grenze kennenlernen, erzählt uns dies. Nach der Flucht hatte er – wie fast alle anderen Leute hier auch – mit Malaria zu kämpfen, mit Hunger, Kriegsverletzungen – und mit dem Dschungel. Hier, wo wir zwei Jahre später in armen, aber sauberen und auf uns angenehm exotisch wirkenden Dörfern einhergehen, hat vorher niemand gelebt. Als diese Menschen nach ihrer Flucht hierherkamen, gab es nichts als Urwald. Man ernährte sich von Wurzeln und Beeren, die man im Wald fand. Und viele, die den vietnamesischen Truppen entkommen waren, starben hier an Hunger, Schwäche und Malaria.

Narindrapong: Vom patriotischen Standpunkt aus gesehen dürfte es zwischen Khieu Samphan und Prinz Sihanouk keine großen Differenzen geben

Nach den hohen Verlusten an Menschenleben bei der vietnamesischen Invasion, nach dem gewaltigen Schlag, den die kampucheanische Armee zu Anfang erlitten hat, geht es nun anscheinend wieder aufwärts. Die Vietnamesen sind – laut Außenminister Ieng Sary und internationalen Presseberichten – in die größeren Städte zurückgedrängt und geraten aufgrund kampucheanischer Angriffe auf ihre Versorgungslinien in zunehmende Schwierigkeiten.

Ieng Sary: Wir stehen, gemeinsam mit Afghanistan, an der vordersten Frontlinie gegen den Vorstoß der Sowjetunion

Außenminister Ieng Sary unterbreitet uns seine Ansichten über die globale Situation: „Der amerikanische Außenminister Haig hat ein sehr klares Bild von der globalen Strategie, die er in Zusammenhängen und nicht in Einzelteilen sieht. Deswegen sagt er, daß der Kampf Afghanistans und Kampucheas Widerstand gegen den Expansionismus ist und daß es ohne die Sowjetunion diese Probleme nicht gäbe. Unserer Meinung nach ist der Hauptwiderspruch in der Welt folgender: Auf der einen Seite haben wir diejenigen, die die Unabhängigkeit bedrohen und die ganze Welt kontrollieren wollen. Dorthin gehört die Sowjetunion. Auf der anderen Seite haben wir alle die, die sich dem Vorstoß der Sowjetunion entgegenstellen und somit den Frieden in der Welt bewahren. Hier stehen wir, gemeinsam mit Afghanistan, an der vordersten Frontlinie.

Ich hoffe, daß man bald erkennen wird, daß der Kampf des Volkes von Kampuchea eine Verteidigung von Unabhängigkeit und Freiheit in der Welt ist."



Außeminister Ieng Sary und Sozialministerin Ieng Thirith (Alfa Fots)



mah. Zum Teil überraschende Ergebnisse haben die Kommunalwahlen in
Kommunalwahlergebnis beschleunigt
rungsrate für die öffentlichen Tarife, ‚die staatlich festgesetzten Preise und
befreiten Gebieten zusammen gelebt, und ich verstehe heute: Nur das Demokratische Kampuchea bringt die großen Opfer für die Verteidigung und die Bewahrung Kampucheas. Ohne die ‚Roten Khmer' gäbe es heute kein Kampuchea mehr."
Auf die Frage: „Was meint Ihr Vater zu solchen Äußerungen?" folgt allgemeine Erheiterung. Narindrapong zögert. „Ich bin nicht ganz sicher, was er meint ... Aber er hat neuerdings eine positive Haltung eingenommen. Er hat den Dialog zur Schaffung einer Einheitsfront gegen die sowjetisch gestützte vietnamesische Besetzung akzeptiert. Wissen Sie, vom patriotischen Standpunkt aus gesehen, wenn man die Existenz des Vaterlandes über alles andere stellt, dürfte es zwischen Premierminister Khieu Samphan und Prinz Sihanouk keine großen Differenzen geben."
Die Regierung des Demokratischen Kampuchea, die das Land trotz Ausmanövrierungsversuchen von seiten der Sowjetunion und ihrer Alliierten rechtmäßig in der UNO vertritt, strebt eine breite, nationale Einheitsfront an, mit dem Ziel, die vietnamesischen
Flüchtlingslagern in Thailand besteht für uns an einem kein Zweifel: Als Be-
Narindrapong: Vom patriotischen Standpunkt aus gesehen dürfte es zwischen Khieu Samphan und Prinz Sihanouk keine großen Differenzen geben
freier sind die Vietnamesen nicht gekommen. „Wir waren 3000 Leute aus meinem Dorf, die vor den Vietnamesen geflohen sind. Sie haben uns verfolgt, viele sind bei der Flucht umgekommen – von hinten erschossen. Nur 900 von uns sind durchgekommen." Ein Tischler, den wir in einem der neuaufgebauten Dörfer nahe der thailändischen Grenze kennenlernen, erzählt uns dies. Nach der Flucht hatte er – wie fast alle anderen Leute hier auch – mit Malaria zu kämpfen, mit Hunger, Kriegsverletzungen – und mit dem Dschungel. Hier, wo wir zwei Jahre später in armen, aber sauberen und auf uns angenehm exotisch wirkenden Dörfern
gungslinien in zunehmende Schwierigkeiten.
Außenminister Ieng Sary unterbreitet uns seine Ansichten über die globale Situation: „Der amerikanische Außenminister Haig hat ein sehr klares Bild von der globalen Strategie, die er in Zusammenhängen und nicht in Einzelteilen sieht. Deswegen sagt er, daß der Kampf Afghanistans und Kampucheas Widerstand gegen den Expansionismus ist und daß es ohne die Sowjetunion diese Probleme nicht gäbe. Unserer Meinung nach ist der Hauptwiderspruch in der Welt folgender: Auf der einen Seite haben wir diejenigen, die die Unabhängigkeit bedrohen und die ganze Welt kontrollieren wollen. Dorthin gehört die Sowjetunion. Auf der anderen Seite haben wir alle die, die sich dem Vorstoß der Sowjetunion entgegenstellen und somit den Frieden in der Welt bewahren. Hier stehen wir, gemeinsam mit Afghanistan, an der vordersten Frontlinie.
Ich hoffe, daß man bald erkennen wird, daß der Kampf des Volkes von Kampuchea eine Verteidigung von Unabhängigkeit und Freiheit in der Welt ist."



Kommunalwahlergebnis beschleunigt Regierungsbildung in Italien

Erster nicht-christdemokratischer Regierungschef in Sicht

mah. Zum Teil überraschende Ergebnisse haben die Kommunalwahlen in einigen italienischen Städten (u.a. in Rom, Genua, Bari) und die Wahlen zum Regionalparlament von Sizilien gebracht. Die Wahlergebnisse, die während der noch nicht gelösten Regierungskrise stattgefunden haben, können so zusammengefaßt werden:

- allgemeine Gewinne der PSI (Sozialisten);
- allgemeine Verluste der DC (Christdemokraten);
- Gewinne oder Stabilität der PCI (Kommunistische Partei) in einigen großen nord- und mittelitalienischen Städten, eindeutige Verluste im Süden;
- Stimmenzuwachs bei den kleineren Parteien (Sozialdemokraten, Republikaner, Liberale) mit Ausnahme der MSI (Faschisten);
- Rückgang der Wahlbeteiligung auf ca. 80%, gegenüber 90% bei den Parlamentswahlen 1979;
- eine beachtliche Anzahl von weißen und ungültigen Wahlzetteln, besonders im Süden.

In Bari (Hauptstadt der Region Apulien, Süditalien) mußte die PCI Verluste von 22,4% auf 16% hinnehmen, während die Sozialisten ihre Stimmen verdoppeln konnten; ähnliche Bilder in den anderen süditalienischen Städten.

Eine Analyse der Wahlergebnisse ist schwierig und kann nur in Form von Hypothesen hier versucht werden. Eindeutig ist, daß die maßgebende Beteiligung der DC an den zuletzt aufgedeckten Betrugs- und Staatsputschaffären der geheimen Freimaurerloge P2 für ihre Verluste mitverantwortlich ist; der P2-Skandal bildet jedoch nur die Spitze des Eisbergs einer tiefen Krise dieser Partei, der sie jetzt während der Regierungskrise das Amt des Regierungspräsidenten opfern mußte – obwohl sie stimmenmäßig weiterhin die stärkste Partei im Lande ist. Die PSI – als linke *und* regierende Partei, die sich während des P2-Skandals scharf von der DC distanziert und praktisch die Regierungskrise herbeigeführt hat – hat Stimmen offensichtlich sowohl von der DC als auch teilweise von der PCI auf sich gezogen. Die PCI hat zwar dort, wo sie an regierenden Koalitionen in Stadtparlamenten führend beteiligt ist (Rom, Genua), ihre Position verbessert; die Verluste im Süden deuten jedoch darauf hin, daß ihr gerade hier ein politisches Programm fehlt, das die von ihr propagierte „linke Alternative" überzeugend machen könnte. Daß die Probleme des Südens mit der traditionellen Parole „Industrialisierung" nicht zu bewältigen sind, hatten schon die Schwierigkeiten der PCI-Stadtregierung in Neapel und ihre zögernde Haltung gegenüber den Kämpfen der Arbeitslosen und Obdachlosen dort bewiesen. Bei der Auswertung der PCI-Ergebnisse muß man außerdem berücksichtigen, daß sich dort auch die Stimmen der PDUP (Partito di Unità Proletaria) wiederfinden, die zur Wahl der PCI aufgerufen hatte.

Hier einige Ergebnisse der wichtigsten Parteien im einzelnen:

	1981	Kommunalw. 76	Parlamentsw. 79
Rom			
DC	29,6%	33,1%	34,2%
PCI	35,9%	35,5%	29,7%
PSI	10,2%	7,6%	8,3%
Genua			
DC	22,5%	28,5%	27,6%
PCI	39,6%	41,5%	37,6%
PSI	16,4%	12,4%	12,0%
Sizilien			
DC	41,4%	40,8%	43,8%
PCI	20,6%	26,8%	21,0%
PSI	14,3%	10,3%	10,0%

Mit Sicherheit werden diese Wahlergebnisse – obwohl auf ca. 9 Millionen Wähler begrenzt – politische Auswirkungen auch auf die Regierungskrise in Italien haben. Die Stärkung der PSI wird eine Regierungsbildung unter dem beauftragten Ministerpräsidenten Spadolini (Sekretär der Republikanischen Partei) beschleunigen. Spadolini war vom Staatspräsidenten Pertini mit der Regierungsbildung beauftragt worden, nachdem der zuerst beauftragte Ministerpräsident Forlani (DC) aufgrund der Empörung in der Bevölkerung über die P2-Affäre (er ist der Mann, der als Regierungschef 2 Monate lang die Liste der Mitglieder der P2-Loge in seiner Schublade hatte liegen lassen) das Handtuch werfen mußte. Zum ersten Mal in der Geschichte der italienischen Republik soll ein Nichtchristdemokrat Regierungschef werden. Bestärkung zur Seiten der Christdemokraten, erste Genugtuung auf Seiten der liberal-linken Kräfte, einschließlich der PCI. Sicher ist der Auftrag für Spadolini eine Antwort auf den Ruf des italienischen Volkes nach Ende der Korruption und nach einer gerechteren Gesellschaftsordnung. Betrachtet man jedoch das von Spadolini den Parteien vorgelegte „Rahmenprogramm" für die Regierungsbildung, so ist von grundlegenden Erneuerungen nichts zu finden. Außer ein paar allgemeinen Beteuerungen über eine notwendige „moralische Sanierung" des Landes und die „Stärkung des Parlaments" gehen die meisten vorgeschlagenen Erneuerungen gegen die Interessen der Volksmassen. Spadolini fordert – wie andere nicht zu warten – die Auflösung der P2-Loge und Disziplinarmaßnahmen gegen die Beamten, die ihr angehören; im selben Atemzug werden Einschränkungen des Gesetzes über die Möglichkeit von Volksabstimmungen und Antistreikgesetze für den öffentlichen Dienst vorgeschlagen. Unter dem Abschnitt „Ökonomische Notlage und Kampf gegen die Inflation" heißt es, die neue Regierung solle mit den Gewerkschaften zusammen eine Steigerungsrate für die öffentlichen Tarife, ‚die staatlich festgesetzten Preise und die „Arbeitskosten" (also Lohnerhöhungen) aushandeln und dann auch Änderungen am System des automatischen Inflationsausgleichs („scala mobile") vornehmen.

Weitere Punkte des Programms sind die entschiedene Befürwortung der Verwendung von Atomkraft, der Kampf gegen den Terrorismus und ein Festhalten am westlichen Bündnis und am NATO-Nachrüstungsbeschluß – bei ausdrücklicher Befürwortung der Außenpolitik der Schmidt-Regierung. Spadolini versucht, sich gegenüber Kapitalisten und Gewerkschaften als „Vermittler" anzubieten, was mit einem solchen Programm schwierig werden dürfte, zumal die Fronten zwischen Kapitalisten und Arbeiterbewegung sich rasch verschärfen. Sein erster Versuch, die Kapitalistenverbände von der Aufkündigung eines 1975 abgeschlossenen Abkommens über die Festgeld-Auszahlung des Inflationsausgleichs abzuhalten, ist fehlgeschlagen. Die Gewerkschaftsverbände äußern sich bereits kritisch über das Auftreten des beauftragten Regierungschefs und kündigen Widerstand an, sollte der Inflationsausgleich angegriffen werden. Im Herbst stehen wichtige Tarifverhandlungen an. Für den Süden enthält das Regierungsprogramm keinen Wiederaufbauplan. Trotz verstärkter Position der Sozialisten und „konstruktiver Opposition" seitens der PCI wird eine Spadolini-Regierung (vermutlich Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner und Liberale) mit einem solchen Programm kaum eine politische Wende herbeiführen können.

Polen

„Nicht mehr dieselbe Partei ...“

Sieg der Reformer bei den Wahlen zum PVAP-Parteitag Putsch-Enthüllungen im „Neuen Deutschland“

Von Gerd Koenen

Der Großteil der Delegierten zum a.o. Parteitag der PVAP ist inzwischen gewählt, und schon jetzt steht fest, daß die Reformer in der Partei die überwältigende Mehrheit der insgesamt 1965 Mandate gewonnen haben. Ein Drittel der Delegierten wurde direkt von den Betriebsparteiorganisationen gewählt, und diese Wahlen sind vollständig abgeschlossen. Die übrigen zwei Drittel werden gegenwärtig auf Regional-Konferenzen der Wojewodschaften gewählt. Die Auflage, daß *alle* Kandidaten zuerst in ihren eigenen Grundeinheiten aufgestellt werden mußten, ist inzwischen mehrfach gebrochen worden, damit überhaupt ein Mitglied der jetzigen Parteiführung ein Delegiertenmandat erhalten hat. Es heißt, selbst Kania sei von seiner Parteizelle im Erdölkombinat Plock die Aufstellung verweigert worden. Dann hat ihn doch – nachdem auf der letzten ZK-Sitzung die reaktionäre Fronde, ermuntert von außen, seinen Sturz betrieben hatte – die Wojewodschafts-Konferenz Krakau mit großer Mehrheit (565 von 592 Stimmen) gewählt. So sind auch die anderen Reformer im Politbüro durchgehievt worden. Dagegen haben einige offene Reaktionäre bereits Niederlagen erlitten: so der Vorsitzende der Polnisch-Sowjetischen Freundschaftsgesellschaft, Wronski; und, heißt es, auch die Häupter der ZK-Fronde, Olszowski und Grabski. In Warschau und Kattowitz, wo man sich im „Kattowitzer Forum“ zusammengerottet hat, sind die Wahlkonferenzen künstlich verzögert worden. Aber das kann jetzt nicht mehr viel ändern.

Die einfachen demokratischen Prozeduren haben innerhalb der herrschenden Arbeiterpartei also im Handumdrehn eine kleine Revolution in der Revolution herbeigeführt. Im Durchschnitt sind, nach einer Übersicht des Zentralorgans „Trybuna Ludu“, zwischen 50 und 75% der führenden Parteikader auf regionaler Ebene ausgewechselt worden, in einigen Fällen 80–90%. Eine ähnliche Rate zeichnet sich für das neu zu wählende ZK ab.

Der Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen beim ZK der KPdSU, Samjatin, hat die Vorwürfe

die reaktionäre Fronde, ermuntert von außen, seinen Sturz betrieben hatte – die Wojewodschafts-Konferenz Krakau mit großer Mehrheit (565 von 592 Stimmen) gewählt. So sind auch die anderen Reformer im Politbüro durchgehievt worden. Dagegen haben einige offene Reaktionäre bereits Niederlagen erlitten: so der Vorsitzende der Polnisch-Sowjetischen Freundschaftsgesellschaft, Wronski; und, heißt es, auch die Häupter der ZK-Fronde, Olszowski und Grabski. In Warschau und Kattowitz, wo man sich im „Kattowitzer Forum“ zusammengerottet hat, sind die Wahlkonferenzen künstlich verzögert worden. Aber das kann jetzt nicht mehr viel ändern.

Die einfachen demokratischen Prozeduren haben innerhalb der herrschenden Arbeiterpartei also im Handumdrehn eine kleine Revolution in der Revolution herbeigeführt. Im Durchschnitt sind, nach einer Übersicht des Zentralorgans „Trybuna Ludu“, zwischen 50 und 75% der führenden Parteikader auf regionaler Ebene ausgewechselt worden, in einigen Fällen 80–90%. Eine ähnliche Rate zeichnet sich für das neu zu wählende ZK ab.

Der Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen beim ZK der KPdSU, Samjatin, hat die Vorwürfe

des Briefs der sowjetischen Führung an die polnische Parteiführung noch einmal in aller Schärfe wiederholt, und zwar im sowjetischen Fernsehen. Die sowjetische Öffentlichkeit wird offenbar auf alle Eventualitäten vorbereitet. Samjatin sagte, schlimm sei nicht einmal sosehr, daß in Polen „zahlreiche talentierte und unschuldige Menschen“ in führenden Funktionen gestürzt und beleidigt worden seien, nein, daß „die Partei unfähig war, sie zu verteidigen“, das sei das eigentlich Schlimme. Polen sei jetzt an der „kritischen Linie“ angekommen; die Woge des Antisowjetismus und Antikommunismus steige, *noch* könne eine „nationale Katastrophe“ verhindert werden, aber die Zeit zu „entschlossenem Handeln“ sei nun unwiderruflich gekommen. Entweder – Oder.

In einem mehr als ungewöhnlichen Schritt hat das „Neue Deutschland“ vom 12. Juni eine ausführliche Wiedergabe der wichtigsten Redebeiträge auf dem 11. Plenum des ZK der PVAP, das wegen des Drohbriefs der KPdSU am 9./10. Juni einberufen worden war, gebracht. Es enthüllt sich darin deutlich die abgestimmte Dramaturgie, die auf einen Sturz der Reformwilligen im Politbüro und die Verhinderung des Parteitages gerichtet war, wobei das sowjetische Schreiben unmittelbar die Angriffsplattform abgab. Die reaktionäre Fronde hatte sofort die ersten Plätze der Rednerliste reihenweise belegt. Als erster sprach ein Z. Najdowski, Sekretär der Wojewodschaftsparteiorganisation Torún – nicht zufällig, denn Toruń ist das Zentrum der „horizontalen Zusammenschlüsse“ der Betriebsparteikomitees, die der Stoßkeil der Reformbewegung in der Partei sind.

Najdowski erklärte sofort eingangs, er wolle „die Revision der bisherigen Formel von der Überwindung der Krise mit friedlichen Mitteln und eigenen Kräften zur Diskussion stellen. Man muß sie in eine neue Formel verändern: Die Krise muß *um jeden Preis* mit eigenen Kräften überwunden werden.“ Er verlangte, das Politbüro so zu verändern, „daß ihm Genossen angehören, die in der Lage sind, die Partei im Kampf zu führen“. – Das war schon ziemlich deutlich.

Folgt R. Labus, Sekretär einer andern Wojewodschaftsparteiorganisation (man muß sich immer dabei vorstellen, daß diese Leute schon jetzt kein Delegiertenmandat mehr haben, d.h. so gut wie abgewählt sind): Das ZK-Plenum müsse ein Wendepunkt werden. Es sei eine Tatsache, daß „die Mehrzahl der Wahlberichtskonferenzen *nicht in Übereinstimmung mit dem Statut* stattfindet ... Die Mandate all jener Delegierten zum Parteitag, die nicht entsprechend diesen Grundsätzen gewählt wurden, müßten für ungültig erklärt werden.“ Die sowjetischen Genossen hätten recht, „daß wir ein Zugeständnis nach dem andern machen.“ Zur Absicherung dieses Putsches von oben schlug Labus vor, zu erwägen, „ob unser Staat und seine Wirtschaft sich *Streiks in irgendeiner Form leisten können*“.

Also: Annullierung der stattgefundenen Delegiertenwahlen wegen angeblicher Verletzung des Statuts (es geht wohl darum, daß die Reaktionäre die vom ZK-Plenum im April beschlossenen Statut-Änderungen jetzt selbst für einen Statutbruch erklären). Wird der Parteitag doch abgehalten, ist die neue Führung dann schon im Vorhinein für vogelfrei erklärt. Aufhebung des Streikrechts ist in der konkreten Situation nichts anderes, als Ausrufung des *Ausnahmezustandes* im Land.

Sehr passend an dieser Stelle, erhebt sich als nächster Redner „Waffengeneral Wlodimierz Sawczuk“ (sic!) und gibt das angebliche Schema der Konterrevolution in Polen bekannt: „Den Verwaltungsapparat desorganisieren – was schon erreicht wurde –, die Partei spalten (!), die Polizei und die Sicherheitsorgane und anschließend die Streitkräfte zerstören – und der Weg zur Macht ist frei.“ Sawczuk verkündet, er stimme mit der im Brief der KPdSU-Führung getroffenen Einschätzung der Lage in Polen „vollständig überein“. Und donnert dann: „Diejenigen, die sich nicht entschieden dem sich breitmachenden Übel entgegenstellen können oder wollen, mögen anderen Platz machen.“

So geht es in einem fort. Ein bereits abgesetzter Wojewodschaftssekretär stellt förmlich den Antrag auf Abwahl der Parteiführung. Zabinski, einer der „Kattowitzer“, verkündet, „das Limit der Nachgiebigkeit seitens unserer Führung“ sei erschöpft. Der Schriftstellerpapst Putrament verlangt eine „Pferdekur“. Ein Mitglied der Zentralen Revisionskomission, Flaga, erklärt mit beißender Ironie, wenn davon gesprochen werde, die Partei müsse die Massenmedien einfühlsam, aber wirkungsvoll wiedererlangen, so „möchte ich das vielleicht anders sagen – wir müssen dieses Wiedererlangen wirkungsvoll gestalten und nicht darauf schauen, ob das einfühlsam ist“. Im übrigen verlangt er die sofortige Liquidierung der „horizontalen Strukturen“ an der Parteibasis.

Fast noch bemerkenswerter als diese Vorstöße ist dann die Art und Weise, wie „Neues Deutschland“ die Antwort des stellvertretenen Ministerpräsidenten Polens, Rakowski, im Tone schneidender Verachtung referiert: Rakowski „*meinte*, in Polen würden ‚hervorragende neue Parteikader auf die Szene treten‘. Diesem Prozeß dürfe nichts entgegengestellt werden ... *versuchte* er, seine Haltung zu ‚Solidarnósc‘ zu rechtfertigen ... Rakowski erklärte, jeder müsse heute ‚sein eigenes Aktionsprogramm‘ haben. Seine Bemerkung, übrigens stehe es jedem frei, in seinem Bereich härter gegen die Extremisten vorzugehen, zumal Politbüro und Regierung niemanden daran hinderten, wurde mit *lauten Unmutsäußerungen* im Saal aufgenommen. Wie PAP berichtet, drückte ein Teil der Teilnehmer seine Unzufriedenheit durch Trampeln aus ...“ – So nachzulesen im „Neuen Deutschland“ vom 12.6.! Es folgen noch eine Kette weiterer Beiträge, darinter die von zwei stellvertretenden Verteidigungsministern, dann von dem ZK-Kandidaten Siwak, der in der sowjetischen Presse, wegen seiner unerschütterlichen Treue zur Sowjetunion in Polen angeblich verfolgt, bespuckt, geschlagen, schon zum Helden aufgebaut wurde, und der auf der Sitzung so rotzfrech auftrumpft wie einer, der sich sowieso im Schutz der stärkeren Bataillone sieht: Die Wahrheit über den kommenden Parteitag sei, „daß Solidarność Wahlen in unserer Partei duchführt“ (wörtlich!). Ehrliche Arbeiter hätten schon angekündigt, nach dem Parteitag ihr Parteibuch abzugeben, „denn das wird *nicht mehr die gleiche Partei sein*, in die wir einmal eingetreten sind.“ Von „eiserner Faust“, „starkem Willen“ usf. redet die Kreatur. Was er ankündigt, ist die Spaltung bzw. Illegalisierung einer reformierten PVAP durch ihren „großen Bruder“ in Moskau.

Schließlich Auftritt Grabski, der Kania direkt aufs Korn nimmt: „Ich möchte angesichts der Situation, die sich in der Partei herausgebildet hat, wie auch angesichts der unserem Volk drohenden Gefahr auf die Frage, ob die Mitglieder des Politbüros in der gegenwärtigen Zusammensetzung *unter der Leitung des Ersten Sekretärs, des Genossen Kania*, fähig sind, das Land aus der Krise zu führen, antworten: Eine solche Möglichkeit sehe ich nicht.“ Grabski beruft sich dabei ungeniert auf den Brief Breschnews, in dem Kania und Jaruzelski namentlich verantwortlich gemacht wurden.

Der eigentliche Ausgang der Sitzung bleibt in der Berichterstattung des „Neuen Deutschland“ im Ungewissen. Der Plan mißlang. Jetzt brütet man in Moskau, Prag und Ost-Berlin, was man tun muß und was man riskieren kann, bevor ein demokratisch abgehaltener PVAP-Parteitag der neuen „Heiligen Allianz“ jede Legitimationsbasis nimmt. Lech Walesa hat in seinem Interview letzte Woche im „Spiegel“ nicht dementiert, daß sich Solidarność für den Fall der Okkupation des Landes vorbereite: „Vergessen Sie nicht, daß unsere Geschichte uns zu hervorragenden Experten des Widerstandes gemacht hat.“ Nachfrage des „Spiegel“: „Es soll fertige Pläne geben, nach denen die Arbeiter die Betriebe besetzen und zu Festungen ausbauen.“ Walesa: „Mal sehen.“

Schwierige Koalitionsverhandlungen in den Niederlanden

Die Lage nach den Parlamentswahlen / Kontroverse um NATO-Rüstung, Kernenergie, Lohnpolitik

rof. In den Niederlanden zeichnen sich langwierige Verhandlungen um die Bildung einer neuen Regierung ab. Wesentlichstes Ergebnis der Parlamentswahlen ist, daß die alte Mitte-Rechts-Koalition von van Agts CDA (Christen Demokratischer Appell) und Wiegel's VVD (Volkspartei für Freiheit und Demokratie) ihre knappe Mehrheit von zwei Abgeordneten eingebüßt hat. CDA verfügt jetzt über 48 Sitze (1977: 49) und VVD über 26 (28), d.h. gemeinsam über 74 der 150 Parlamentssitze der II. Kammer in Den Haag. Zweites wesentliches Ergebnis ist der hohe Stimmenverlust der sozialdemo-

ge notwendig, um die jetzt abgelöste Koalition regierungsfähig zu machen, gegen die damals stärkste Partei, die PvdA.

Nach dreiwöchigen Verhandlungen zwischen CDA und den bisherigen oppositionellen Parteien PvdA und D'66 sieht die niederländische Presse die Koalitionsgespräche von „in kritischer Phase“ (de Volkskrant) bis „festgelaufen“ (Algemeen Dagblad). Dieser Druck soll den drei Parteivorsitzenden in ihren Fraktionen und Parteien den Boden bereiten, damit baldigst Verhandlungsbereitschaft dokumentiert wird, dies gilt besonders für PvdA und

jeglichen Anspruch auf Kaufkraftverbesserung. Höhere Einkommen sollen mehr gemässigt werden als tiefere. Die Lohnkosten sollen geringere Steigerungsraten haben als die Arbeitsproduktivität. Betriebsräte sollen in Betrieben über 35 Arbeitnehmer möglich sein. Die Bestimmungen für zumutbare Arbeit sollen verschärft werden.

Christen Demokratischer Appell

CDA tritt für die NATO-Verpflichtungen ein. Stationierung von Mittelstreckenraketen unter dem Vorbehalt, daß das niederländische Parlament

dem Programm gesehen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ausnahme soll der Mindestlohn sein. Die Sozialzahlungen sollen an den Mindestlohn gekoppelt bleiben. Betriebsräte in Betrieben mit mehr als 25 Arbeitnehmern sollen gesetzlich verpflichtend sein, 50% der Aufsichtsräte sollen durch die Arbeitnehmer gewählt werden.

Demokraten 66

D'66 tritt gegen ein nukleares Europa auf. Gefordert wird mehr europäische Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen, die Niederlande sollen dabei grö-

nicht entsprechend diesen Grundsätzen gewählt wurden, müßten für ungültig erklärt werden.“ Die sowjetischen Genossen hätten recht, „daß wir ein Zugeständnis nach dem andern machen.“ Zur Absicherung dieses Putsches von oben schlug Labus vor, zu erwägen, „ob unser Staat und seine Wirtschaft

der Nachgiebigkeit seitens unserer Führung“ sei erschöpft. Der Schriftstellerpapst Putrament verlangt eine „Pferdekur“. Ein Mitglied der Zentralen Revisionskomission, Flaga, erklärt mit beißender Ironie, wenn davon gesprochen werde, die Partei müsse die Massenmedien einfühlsam, aber wir-

bespuckt, geschlagen, schon zum Helden aufgebaut wurde, und der auf der Sitzung so rotzfrech auftrumpft wie einer, der sich sowieso im Schutz der stärkeren Bataillone sieht: Die Wahrheit über den kommenden Parteitag sei, „daß Solidarność Wahlen in unserer Partei duchführt“ (wörtlich!). Ehr-

des vorbereite: „Vergessen Sie nicht, daß unsere Geschichte uns zu hervorragenden Experten des Widerstandes gemacht hat.“ Nachfrage des „Spiegel“: „Es soll fertige Pläne geben, nach denen die Arbeiter die Betriebe besetzen und zu Festungen ausbauen.“ Walesa: „Mal sehen.“

Schwierige Koalitionsverhandlungen in den Niederlanden

Die Lage nach den Parlamentswahlen / Kontroverse um NATO-Rüstung, Kernenergie, Lohnpolitik

rof. In den Niederlanden zeichnen sich langwierige Verhandlungen um die Bildung einer neuen Regierung ab. Wesentlichstes Ergebnis der Parlamentswahlen ist, daß die alte Mitte-Rechts-Koalition von van Agts CDA (Christen Demokratischer Appell) und Wiegel's VVD (Volkspartei für Freiheit und Demokratie) ihre knappe Mehrheit von zwei Abgeordneten eingebüßt hat. CDA verfügt jetzt über 48 Sitze (1977: 49) und VVD über 26 (28), d.h. gemeinsam über 74 der 150 Parlamentssitze der II. Kammer in Den Haag. Zweites wesentliches Ergebnis ist der hohe Stimmenverlust der sozialdemokratischen PvdA (Partei der Arbeit) unter Joop den Uyl, die neun Abgeordnete verloren hat und jetzt 44 Abgeordnete stellt. (1977: 53). Den wohl größten Teil der ehemaligen PvdA-Wähler hat die D'66 (Demokraten 66) gewonnen und sich um neun Sitze auf 17 Abgeordnete gesteigert (1977: 8). Auch kleinere Parteien konnten ihre Abgeordnetenzahl stärken, so die PSP (Pazifistische Sozialistische Partei) auf drei Mandate (1) und die CPN (Kommunistische Partei Niederlande) auf drei Mandate (2). Bei den Wahlen gibt es keine 5%-Klausel. Stärkste parlamentarische Partei ist die CDA von Premier van Agt geworden.

Die Bildung einer neuen Regierung verspricht somit einige Spannung. Denkbar sind drei Koalitionen:

1. eine „nationale Regierung“ aller vier großen Parteien;
2. eine Fortsetzung der alten Regierungskoalition unter Gewinnung der D'66 – wogegen jedoch die bisherigen Positionen der D'66 stehen, sich nur an einer Regierung gemeinsam mit der PvdA zu beteiligen; und
3. eine Mitte-Links-Koalition zwischen CDA und PvdA/D'66.

Formell ist die niederländische Königin Beatrix federführend in der Bildung einer Regierungsformation. Sie beauftragt mit den Verhandlungen einen „kabinetsformateur“. Dieser „Regierungsformer“ spricht mit denjenigen Fraktionsvorsitzenden, die entsprechend dem Wahlergebnis die Regierung bilden sollten. Er führt die Verhandlungen und versucht Einheit auf einer Kompromißlinie herzustellen. Scheitert er, wird ein neuer Formateur beauftragt, der eine Koalition herzustellen versucht. 1977 waren 209 Tage notwendig, um die jetzt abgelöste Koalition regierungsfähig zu machen, gegen die damals stärkste Partei, die PvdA.

Nach dreiwöchigen Verhandlungen zwischen CDA und den bisherigen oppositionellen Parteien PvdA und D'66 sieht die niederländische Presse die Koalitionsgespräche von „in kritischer Phase“ (de Volkskrant) bis „festgelaufen“ (Algemeen Dagblad). Dieser Druck soll den drei Parteivorsitzenden in ihren Fraktionen und Parteien den Boden bereiten, damit baldigst Verhandlungsbereitschaft dokumentiert wird, dies gilt besonders für PvdA und D'66. Van Agt beruft sich auf seine Position als Premier mit der stärksten Fraktion, außerdem hat er seinen Vizepremier Wiegel und 26 VVD-Abgeordnete in Reserve. Verhandlungsbereitschaft, das bedeutet Rücknahme von Wahlprogrammpositionen. So werden gegenwärtig entscheidende Fragen für die zukünftige niederländische Regierungspolitik unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorbereitet.

Die wesentlichen Verhandlungspunkte, die umstritten sind, lauten:
– Stellung zur NATO und insbesondere dem Nachrüstungsbeschluß
– Perspektiven in der Kernenergiefrage
– sozial-ökonomische Fragen wie die Lohnpolitik
– bleibt van Agt Premier und wer ergattert wieviel Ministersessel?

Im folgenden will ich die Wahlkampfpositionen der vier möglichen Regierungsparteien zu diesen Punkten darstellen, mit denen Verhandlungen begonnen haben bzw. durchaus noch beginnen können wie mit der VVD.

Volkspartei für Frieden und Demokratie

VVD ist für die Erfüllung der NATO-Aufgaben und plädiert für die Erweiterung der NATO durch Spanien. Nach VVD sollte das niederländische Parlament im Dezember 1981 der Stationierung von nuklearen Waffensystemen der NATO auf niederländischem Boden zustimmen, es sei denn, die SU beginnt abzurüsten. Um die Abhängigkeit von den erdölliefernden Ländern zu verringern, sollen neue Kernkraftwerke erbaut werden, wenn notwendig. In der Lohnpolitik verneint VVD jeglichen Anspruch auf Kaufkraftverbesserung. Höhere Einkommen sollen mehr gemässigt werden als tiefere. Die Lohnkosten sollen geringere Steigerungsraten haben als die Arbeitsproduktivität. Betriebsräte sollen in Betrieben über 35 Arbeitnehmer möglich sein. Die Bestimmungen für zumutbare Arbeit sollen verschärft werden.

Christen Demokratischer Appell

CDA tritt für die NATO-Verpflichtungen ein. Stationierung von Mittelstreckenraketen unter dem Vorbehalt, daß das niederländische Parlament „ohne Verletzung von Eigenverantwortlichkeit und Autonomie in inneren niederländischen Angelegenheiten“ (Artikel 109) im Dezember 1981 endgültig entscheidet. CDA vertritt den Nachrüstungsbeschluß. CDA will keine neuen Kernkraftwerke bauen lassen, die beiden bestehenden AKWs Borssele und Dodeward sollen produzieren, bis eine breite gesellschaftliche Debatte über Kernenergie zum Abschluß gekommen ist. CDA will alle Einkommen senken, dabei die höchsten am meisten. Die sozialen Zahlungen sollen an den gesetzlichen Mindestlohn gekoppelt bleiben, allerdings die Mindestlöhne nicht so schnell erhöht werden. Ein Rat für Einkommenspolitik soll eingesetzt werden. CDA will den Betriebsräten mehr Mitbestimmungsrechte einräumen, bzw. Anhörungsrechte bei Entscheidungen von weittragender Bedeutung. In Großbetrieben soll ein Drittel des Aufsichtsrates durch die Arbeitnehmer gewählt werden, ein Drittel durch das Kapital, das letzte Drittel durch beide gemeinsam.

Partei der Arbeit

PvdA vertritt ein Konzept „kritische NATO-Mitgliedschaft“, das eine Anzahl einseitiger niederländischer Abrüstungsschritte beinhaltet, ca. 80% der nuklear nutzbaren Waffensysteme sollen abgestoßen werden. Die Stationierung von Mittelstreckenraketen wird abgelehnt. Die bestehenden Kernkraftwerke sollen baldigst geschlossen werden, ebenso die UCN Almelo (Brennelementenherstellung), die niederländische Beteiligung an dem Schnellen-Brüter-Projekt in Kalkar soll gekündigt werden. Die Notwendigkeit der Herabsetzung der Kaufkraft wird in dem Programm gesehen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ausnahme soll der Mindestlohn sein. Die Sozialzahlungen sollen an den Mindestlohn gekoppelt bleiben. Betriebsräte in Betrieben mit mehr als 25 Arbeitnehmern sollen gesetzlich verpflichtend sein, 50% der Aufsichtsräte sollen durch die Arbeitnehmer gewählt werden.

Demokraten 66

D'66 tritt gegen ein nukleares Europa auf. Gefordert wird mehr europäische Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen, die Niederlande sollen dabei größeres Gewicht anstreben. Ein europäisches Sicherheitssystem wird angestrebt, eine europäische kernwaffenfreie Zone. Die Niederlande rüsten 75% ihrer nuklear einsetzbaren Waffensysteme ab, unter den gegebenen Verhältnissen sollen vorerst keine Mittelstreckenwaffen stationiert werden. Die beiden Kernkraftwerke sollen spätestens 1985 geschlossen werden und vorläufig sollen keine neuen Kernkraftwerke gebaut werden. D'66 gibt keine Garantie für Kaufkrafterhöhungen ab, wobei der Mindestlohn weitestgehend ausgespart werden soll. Die Sozialleistungen bleiben an den Mindestlohn gekoppelt. Die Öffentlichkeit aller Einkommen wird gefordert. D'66 strebt nach demokratischer Marktökonomie, die Regierung soll mit den Vertretungsorganisationen der Arbeiter und des Kapitals einen sozialen Vertrag schließen. Die Arbeitnehmer sollen mitbeschließen bei Direktoren- und Aufsichtsratswahlen. Auch kleine Betriebe sollen demokratisiert werden, Kooperationen unterstützt werden.

Die D'66 nimmt in dieser Auseinandersetzung eine Schlüsselstellung ein und sieht sich gegenwärtig dem heftigen Liebeswerben der anderen Parteien ausgesetzt. Massive Unterstützung sollen die NATO und Mittelstreckenraketenbefürworter von außen erhalten. Geplagt von „großer Sorge“, daß das niederländische Parlament im Dezember die Stationierung der zugedachten 48 nuklearen Waffensysteme ablehnen könnte, erwägen die drei wichtigsten NATO-Partner USA, BRD und Großbritannien, diplomatischen Druck auszuüben. So etwas kann auch nach hinten losgehen.

(Angaben nach: „Verkiezingsprogramma's 1981“ und „Dossier Verkiezingen“)

Ein wirtschaftspolitisches Grundsatzprogramm der Jusos

Versuch einer neuerlichen Strategiediskussion
„Neue ökonomische Logik" soll die Logik des Kapitals verdrängen

frb. Ein wesentlicher Diskussionspunkt des diesjährigen Bundeskongresses der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, der dieses Wochenende in Lahnstein abgehalten werden soll, ist die Verabschiedung eines wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsatzprogramms. Eine neuerliche Belebung der Diskussion um Ziele und Strategie der Organisation und deren klarere Fassung verspricht sich der Bundesvorstand davon.

Ausgearbeitet wurde der Entwurf für dieses Programm von der schon vor einigen Jahren eingesetzten „Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik" beim Bundesvorstand der Jusos. Eine vorläufige Fassung ist in einem (mittlerweile vergriffenen) Sonderheft der „Sozialistischen Tribüne", worin es in mehreren Aufsätzen auch vorbereitet worden war, veröffentlicht; ein Leitfaden zu den Vorstellungen des Programms findet sich in der Zeitschrift „Juso".

Gerade die Regierungstätigkeit der Sozialdemokraten habe gezeigt, heißt es in dem Programmentwurf, „daß die von ihr verfolgte Politik der Verwaltung des Kapitalismus Reformen entweder gar nicht zustandekommen läßt oder aber ihr Inhalt immer wieder von Profitinteressen konterkariert wird". Bestätigt hat sich also, daß ohne Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus nichts geht: „Das die Klassenherrschaft der Bourgeoisie sichernde Eigentum an den großen Produktionsmitteln muß beseitigt werden: Nur auf der Basis der Vergesellschaftung der den Reproduktionsprozeß bestimmenden Unternehmen können Fortschritte in der Bildungspolitik, in der Umweltpolitik, in der Sozial- und Wohnungspolitik grundsätzlich gesichert werden."

Doch so klar dies klingt, so verkürzt die Begründung, so mangelhaft die Analyse im einzelnen, so ergebnislos schließlich die Suche nach einer gangbaren Strategie.

Ausgangspunkt des Programms ist eine Darstellung von Ursachen und Auswirkungen der Wirtschaftskrise – bloß einer der offensichtlichsten Ausdrücke des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Und wenig überzeugend selbst die Analyse dieses eingeschränkten Gesichtspunkts. Karl Marx habe festgestellt, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst die Ursache der Krisen ist, heißt es, und auch das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate findet Erwähnung. Doch dies bleibt mehr ein Glaubenssatz, als daß damit die Kritik der Verhältnisse bis an die Wurzeln geführt würde. Wörtlich heißt es in der popularisierten Fassung des „Leitfadens": „Die Gewinne, die der Unternehmer durch den Einsatz seines Kapitals erzielt, setzt er wieder in der Produktion ein. Es wird also immer mehr Kapital gebildet, indem der Unternehmer neue Maschinen und Anlagen beschafft. Diesen Vorgang nennt man Kapitalakkumulation. Durch dieses starke Anwachsen des konstanten Kapitals entsteht eine Tendenz zum Fall der Profitrate. Dies drückt sich in der Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems aus: Dadurch, daß die Produktivität steigt, kann eine immer größere Menge von Gütern produziert werden. Andererseits können die Arbeiter durch das Hinterherhinken ihrer Löhne hinter dem Wachstum des konstanten Kapitals nicht genügend Waren konsumieren."

Da paßt fast nichts zusammen, können daher auch nicht die Widersprüche untersucht werden, die sich in der Entwicklung der Profitrate vermitteln. Ganz falsch ist vor allem die Behauptung, die Krise rühre aus einem Anwachsen des stofflichen Produkts (was im übrigen ja mit der Profitrate gar nichts zu tun hat). Der Kapitalismus ist zu allererst *Wert*produktion, und noch nichtmal die These der Unterkonsumtionskrise – von der die Jusos Abstand nehmen – ließe sich aus diesen zusammenhanglosen Sätzen erhärten. Soweit die Krise aus mangelnder Konsumtionsfähigkeit der Massen erklärt wird, ist natürlich selbst dann die *zahlungsfähige* Nachfrage und nicht die absolute Konsumtionsfähigkeit gemeint. An die wirklichen Ursachen der Krise kommt so das Papier gar nicht heran, bleibt weiter davon entfernt als etwa die „Göttinger Thesen" marxistischer Sozialdemokraten, die den Programmentwurf stark beeinflußt haben.

Wenngleich diese Schludrigkeiten mehr sind als bloße Versehen – wie weitere entsprechende Formulierungen zeigen –, so wiegen sie doch weit weniger schwer als die Fehler, die sich um das hauptsächliche Anliegen des Grundsatzprogramms ranken. Es geht dabei um die Durchsetzung einer „neuen ökonomischen Logik" und den Zusammenhang zwischen kurz- und mittelfristigen Forderungen und den Grundlinien einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Entsprechend dem Ausgangspunkt des Papiers wird die Notwendigkeit des Sozialismus ganz aus der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus begründet und bleibt entsprechend für die verschiedensten Vorstellungen offen. Weil der Kapitalismus notwendig krisenhaft ist, „können Probleme wie Arbeitslosigkeit, unzumutbare Arbeitsbelastungen usw. nur bewältigt werden, wenn der Kapitalismus durch ein System abgelöst wird, in dem die Arbeitnehmer selbst darüber bestimmen können, welche Güter produziert werden und wie die Arbeitsbedingungen aussehen. Diese Gesellschaftsordnung, in der die demokratischen Freiheitsrechte gesichert und ausgebaut werden, andererseits aber die Herrschaft von Menschen über Menschen, die auf dem Besitz von Produktionsanlagen beruht, abgeschafft wird, nennen wir Sozialismus." (Leitfaden) Unabhängig von diesen Zielvorstellungen „unterstützen die Jungsozialisten den Kampf der Lohnabhängigen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen durch konkrete Reformen, ohne die Illusion zu haben, daß sich durch eine Aneinanderreihung von Reformen der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus erreichen ließe."

Unter den kurz- und mittelfristigen Maßnahmen (wieder nur unter der Überschrift „Zur Bekämpfung der Krisen") werden zunächst Forderungen zur *Bekämpfung der Arbeitslosigkeit* erhoben. Staatliche Ausgabenprogramme zur Deckung des Personalbedarfs im öffentlichen Dienst, zur Erhöhung der öffentlichen Investitionen und der Erhöhung der Mittel nach dem Arbeitsförderungsgesetz; Strukturpolitik mit schärferen Auflagen für Unternehmen und Abstimmung öffentlicher und privater Investitionen; Arbeitszeitverkürzung; stärkere Lohnerhöhungen für die unteren Einkommensschichten („erhöhen die Nachfrage, da diese Gruppen kaum in der Lage sind zu sparen"); Ausbau der Ausbildung und Weiterbildung werden gefordert. Zur *Bekämpfung der Armut* wird ein höherer Anteil der Löhne am Volkseinkommen verlangt, eine Mindestrente, Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung, eine Einheitssozialversicherung. Schwammig bleiben die Vorstellungen zur *Humanisierung der Arbeit*. Die Arbeitsbelastung soll gesenkt werden durch Abbau von Streß, Abbau der Schichtarbeit auf das unvermeidliche Maß, Vermeidung von Monotonie usw. Zur Bekämpfung der Krisen zählt schließlich auch die *Reform des Gesundheitswesens* und der *Abbau von Umweltbelastungen*.

Wie nun sollen die sozialistischen Ziele erreicht werden? An drei Punkten soll angesetzt werden: Eine gesamtgesellschaftliche Planung soll aufgebaut werden, diese soll durch demokratische Organe (Drittelparität zwischen Lohnabhängigen, Staat und Unternehmen) entschieden werden, und die strukturbestimmenden Großkonzerne der Branchen, die das Wirtschaftsgeschehen in der Bundesrepublik entscheidend steuern, sollen vergesellschaftet (d.h. verstaatlicht) werden. Alle anderen Unternehmen blieben auch innerhalb eines sozialistischen Wirtschaftssystems selbständig; der freiwillige Zusammenschluß in Genossenschaften soll gefördert werden.

Diese Maßnahmen folgen dem Gedanken, einen „demokratischen Transformationsprozeß" einzuleiten zur „Überwindung der alten profitorientierten Logik des Wirtschaftens". Das Wirtschaften soll den unmittelbaren Interessen der Bevölkerung folgen, die durch demokratische Organe festgehalten werden. Sozialismus beinhalte das Ersetzen der Marktwirtschaft durch eine „neue ökonomische Logik": „Nicht der Markt als Vermittler des Konkurrenzkampfes um die Profiterzielung, sondern direkte Steuerung der Produktion durch demokratische Instanzen sind ein wesentliches Kennzeichen des Sozialismus im Unterschied zum Kapitalismus."


Was die Jusos Sozialismus nennen, sind eher nur Forderungen gegen die kapitalistische Krise.

Es schließt sich hier der Kreis, der von vornherein in diesem Programm angelegt ist. Wird die Kritik am Kapitalismus und die Entwicklung einer Strategie zu seiner Überwindung aufgerollt bloß von der Kritik der kapitalistischen Krisen, wird die Arbeitslosigkeit und nicht die Ausbeutung des Arbeiters als Hauptübel betrachtet, wird nicht ausgegangen von der kapitalistischen Warenproduktion und vom Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital, so kann weder die Kritik radikal sein, noch kann die Strategie realistisch sein. Wo es keine gesellschaftlichen Klassen gibt, keine Lohnsklaverei, braucht es auch keine Staatsmacht. Sie taucht in dieser ganzen Strategie noch nichtmal auf, ganz so, als ließe sich die Wirtschaft „demokratisieren" neben dem Staat. Beiseite geschoben die Erkenntnis, daß sich die sozialen Interessen der Arbeiter nur durch politische Maßnahmen erreichen lassen, ersetzt durch die Schaffung einer „demokratischen Wirtschaftsplanung". Und der Sozialismus verkommt zur Planwirtschaft, zur stofflichen Umgestaltung des Reproduktionsprozesses auf Basis der Fortexistenz der kapitalistischen Warenproduktion mit einem verstaatlichten Sektor.

Einzelne Autoren haben genauer ausgeführt, was hinter diesen Überlegungen steht. Einmal wird dort die Notwendigkeit weiterreichender Maßnahmen lediglich zur Absicherung der kurzfristigen gesehen. Insbesondere drohten sie die Konkurrenzfähigkeit des BRD-Kapitals so zu beeinträchtigen, daß wirtschaftliche Erschütterungen die Folge seien. Und dies rufe immer die Kräfte der Reaktion auf den Plan. Staatliche Planung soll Erschütterungen verhindern, dürfe aber nicht zu weit gehen, da sonst ein Zusammenprall der beiden großen Klassen droht. Dieser könne vermieden werden durch allmähliche Einführung von Planungselementen in die staatliche Ökonomie. „Ein derartiger demokratischer Bruch mit der kapitalistischen ökonomischen Logik ist daher einem plötzlichen einmaligen Akt totaler Abkehr von bestehenden ökonomischen Verhältnissen entgegengesetzt", schreibt z.B. Wolfgang Krumbein in der „Sozialistischen Tribüne". Aber auch diese politischen Überlegungen machen das Grundsatzprogramm nicht zu einer politischen Strategie, besteht vielmehr sein Hauptfehler gerade darin, sich für eine solche auszugeben.

Bürgerinitiativen befürchten eine „Wasserkrise"

Die Verseuchung des Flußwassers ist verhindert, da droht neue Gefahr für das Grundwasser

tung des Kapitalismus Reformen entweder gar nicht zustandekommen läßt oder aber ihr Inhalt immer wieder von Profitinteressen konterkariert wird". Bestätigt hat sich also, daß ohne Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus nichts geht: „Das die Klassenherrschaft der Bourgeoisie sichernde Eigentum an den großen Produktionsmitteln muß beseitigt werden: Nur auf der Basis der Vergesellschaftung der den Reproduktionsprozeß bestimmenden Unternehmen können Fortschritte in der Bildungspolitik, in der Umweltpolitik, in der Sozial- und Wohnungspolitik grundsätzlich gesichert werden."

Doch so klar dies klingt, so verkürzt die Begründung, so mangelhaft die Analyse im einzelnen, so ergebnislos schließlich die Suche nach einer gangbaren Strategie.

Ausgangspunkt des Programms ist eine Darstellung von Ursachen und Auswirkungen der Wirtschaftskrise – bloß einer der offensichtlichsten Ausdrücke des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Und wenig überzeugend selbst die Analyse dieses eingeschränkten Gesichtspunkts. Karl Marx habe festgestellt, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst die Ursache der Krisen ist, heißt es, und auch das

usw. nur bewältigt werden, wenn der Kapitalismus durch ein System abgelöst wird, in dem die Arbeitnehmer selbst darüber bestimmen können, welche Güter produziert werden und wie die Arbeitsbedingungen aussehen. Diese Gesellschaftsordnung, in der die demokratischen Freiheitsrechte gesichert und ausgebaut werden, andererseits aber die Herrschaft von Menschen über Menschen, die auf dem Besitz von Produktionsanlagen beruht, abgeschafft wird, nennen wir Sozialismus." (Leitfaden) Unabhängig von diesen Zielvorstellungen „unterstützen die Jungsozialisten den Kampf der Lohnabhängigen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen durch konkrete Reformen, ohne die Illusion zu haben, daß sich durch eine Aneinanderreihung von Reformen der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus erreichen ließe."

Unter den kurz- und mittelfristigen Maßnahmen (wieder nur unter der Überschrift „Zur Bekämpfung der Krisen") werden zunächst Forderungen zur *Bekämpfung der Arbeitslosigkeit* erhoben. Staatliche Ausgabenpro-


Was die Jusos Sozialismus nennen, sind eher nur Forderungen gegen die kapitalistische Krise.

gungen steht. Einmal wird dort die Notwendigkeit weiterreichender Maßnahmen lediglich zur Absicherung der kurzfristigen gesehen. Insbesondere drohten sie die Konkurrenzfähigkeit des BRD-Kapitals so zu beeinträchtigen, daß wirtschaftliche Erschütterungen die Folge seien. Und dies rufe immer die Kräfte der Reaktion auf den Plan. Staatliche Planung soll Erschütterungen verhindern, dürfe aber nicht zu weit gehen, da sonst ein Zusammenprall der beiden großen Klassen droht. Dieser könne vermieden werden durch allmähliche Einführung von Planungselementen in die staatliche Ökonomie. „Ein derartiger demokratischer Bruch mit der kapitalistischen ökonomischen Logik ist daher einem plötzlichen einmaligen Akt totaler Abkehr von bestehenden ökonomischen Verhältnissen entgegengesetzt", schreibt z.B. Wolfgang Krumbein in der „Sozialistischen Tribüne". Aber auch diese politischen Überlegungen machen das Grundsatzprogramm nicht zu einer politischen Strategie, besteht vielmehr sein Hauptfehler gerade darin, sich für eine solche auszugeben.

Bürgerinitiativen befürchten eine „Wasserkrise"

Die Verseuchung des Flußwassers ist verhindert, da droht neue Gefahr für das Grundwasser

Aus dem Buch „Wie krank ist unser Wasser"

frb. Die Unentbehrlichkeit des Wassers hat bekanntlich schon länger den Stoff für vermarktete Schnulzen abgegeben; mittlerweile ist es zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen geworden. Mit der Entnahme des Frischwassers aus dem natürlichen Wasserkreislauf und der sorglosen Rückführung des Abwassers ist es nicht mehr getan. Zu sehr wurde im Verlauf der industriellen Entwicklung in den natürlichen Kreislauf eingegriffen – sowohl durch übermäßige Entnahme des Grundwassers wie durch giftige Abwasser. Notwendig ist eine geplante Entwicklung des Wasserhaushalts und des Wasserverbrauchs, doch gerade hierzu sind die kapitalistischen Gesellschaften unfähig. Allein für Investitionen geben die Wasserwerke in Westdeutschland jährlich knapp drei Mrd. DM aus, und die Steigerungsrate ist höher als in den meisten anderen Branchen. Einige Dutzend Gesetze und Verordnungen wurden die letzten Jahre erlassen, doch sicherer ist die Wasserversorgung dadurch keineswegs geworden. Von einer drohenden Wasserkrise ist die Rede. Wie an allen Naturbedingungen, so treibt auch hier kapitalistische Produktion ihren Raubbau und unterhöhlt damit Gesundheit und Lebensbedingungen.

So haben sich in den letzten Jahren mehr und mehr Bürgerinitiativen auch dieses Problems angenommen. Zusammen mit dem Öko-Institut Freiburg hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz eine Broschüre zu diesem Thema herausgegeben: *Uwe Lahl, Barbara Zeschmar: Wie krank ist unser Wasser?*

Der Bericht kommt zum Ergebnis, daß die BRD mit einer gewissen Zielstrebigkeit mitten in eine ernste „Wasserkrise" hineinsteuere, die nur durch eine grundsätzliche umweltpolitische Wende verhindert werden könne. Tiefgreifende Gewässerschutzmaßnahmen, striktes Einleitungsverbot für gesundheitsschädigende Chemikalien, Veränderungen der Trinkwasseraufbereitung und Aktivitäten zur sinnvollen Wassernutzung müßten aufeinander abgestimmt und zu einem integrierten Konzept zusammengefaßt werden.

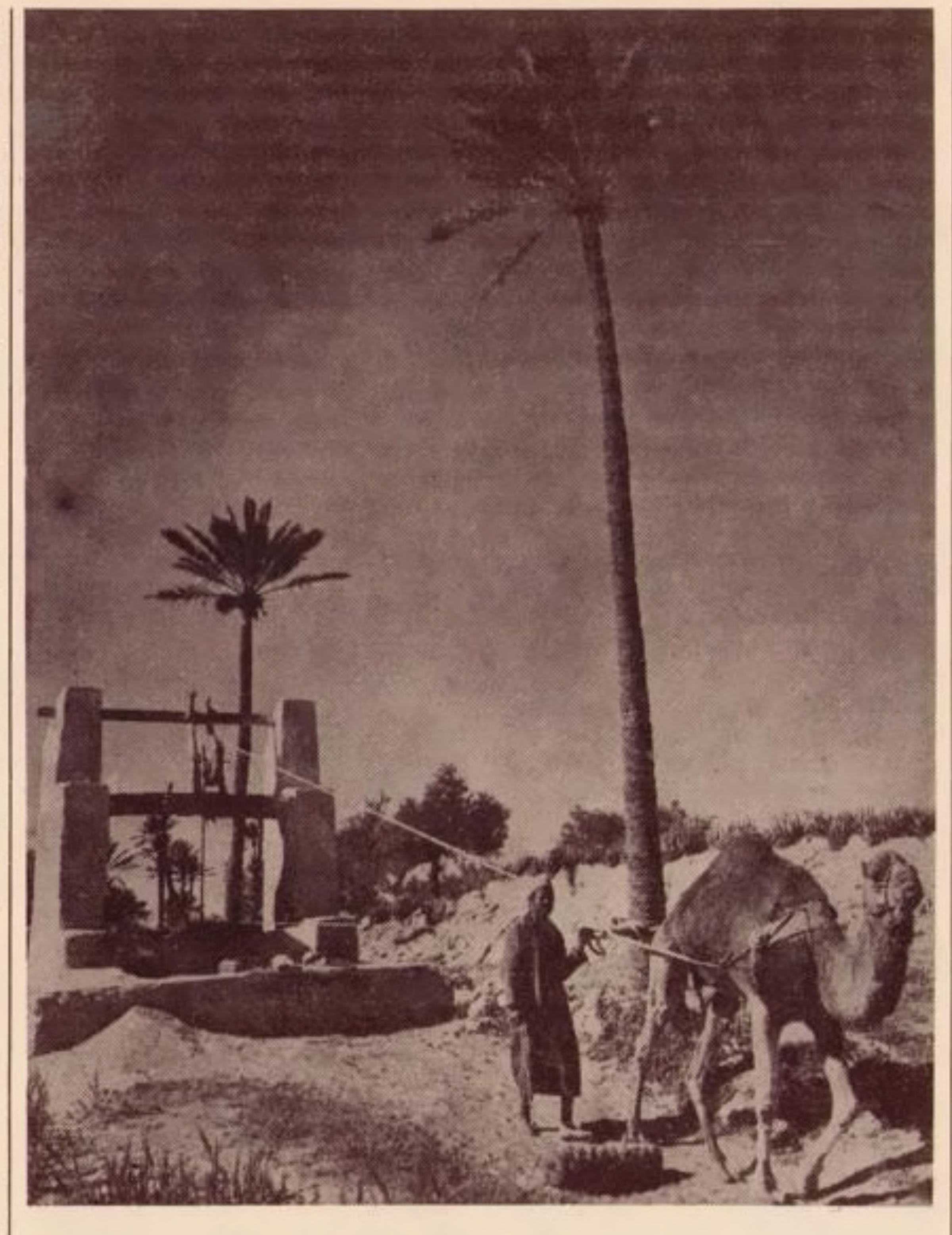
Die Autoren stellen den Wasserkreislauf dar, schildern die Trinkwassergewinnung heute und die Trinkwasserversorgung. Ausführlich wird dann die von verunreinigtem Trinkwasser ausgehende Gesundheitsgefährdung behandelt. Eigene Untersuchungsergebnisse werden vorgestellt (in Frankfurt etwa wurde im Leitungswasser das 35fache dessen an chloriertem Kohlenwasserstoff Trihalomethan vorgefunden, was Wissenschaftler der EG als gesundheitlich erlaubt empfehlen), alle wichtigen Fälle von Gefährdung finden sich hier zu einer Bestandsaufnahme zusammengetragen. Weil's den Hersteller nichts kostet, werden Produkte auf den Markt geworfen, deren schädliche Auswirkungen auf den natürlichen Stoffwechsel bedrohlich sind.

So unverzichtbar, wie die Autoren hervorheben, die Entgiftung des Oberflächenwassers ist, so entscheidend für die weitere Entwicklung der Wasserversorgung wird die Behandlung des Grundwassers sein. Einerseits empfiehlt sich zur Lösung der gesundheitlichen Probleme, die vor allem bei der chronischen Gefährdung liegen, eine Umstellung der Trinkwasserversorgung auf Grundwasser, andererseits reicht das Grundwasser hierzu nicht aus.

Bereits gegenwärtig wird in verschiedenen Gebieten mehr Grundwasser abgepumpt als nachsickern kann, findet Grundwasserabsenkung statt mit der Folge, daß ganze Landstriche versteppen. Nicht bloß infolge rücksichtsloser Ausbeutung der Reserven kommt es hierzu, sondern auch die sogenannte Flächenversiegelung hat ein Ausmaß erreicht, das die Einsickerung von Regenwasser und daher die Neubildung von Grundwasser beeinträchtigt. Immerhin sind rund 10% der Fläche der BRD mit Beton und Asphalt bedeckt, konzentriert eben an wenigen Punkten. Am Beispiel des Flughafens München II rechnen die Autoren vor, daß dieser eine Wassermenge dem Kreislauf entzieht, die zur Versorgung einer Stadt mit 100000 Einwohnern ausreichen würde.

Schließlich ist auch die Qualität des Grundwassers selbst heute gefährdet. Neben der Stickstoffanreicherung aus der landwirtschaftlichen Düngung droht verschiedentlich Versalzung durch die Salzfracht großer Flüsse sowie insbesondere die Ausschwemmung von Schadstoffen aus alten und neuen Mülldeponien. Trotzdem aber werden Mülldeponien weiterhin ohne Rücksicht auf diese Auswirkung angelegt, gehen die Skandale in die Dutzende. Die Autoren sind der Auffassung, daß die Umstellung der Trinkwassergewinnung auf hochwertiges unbelastetes Grundwasser dringend geboten sei. Da aber die gesamte Wasserversorgung aus Grundwasser verheerende Folgen hätte, müßte einerseits der Verschmutzung des Grundwassers Einhalt geboten werden, andererseits Brauchwasser aus Oberflächenwasser gewonnen oder wiederverwendet werden. Zahlreiche Methoden der Wiederverwendung von Wasser und Methoden der Einsparung von Wasser sind bereits entwickelt. Die enorme Verteuerung der Wassergewinnung hat hierzu einen ähnlichen Anreiz geliefert wie die Verteuerung des Erdöls bei der Energieverwendung. Wie aber die kapitalistische Ökonomie einer prinzipiellen Lösung im Wege steht, zeigt folgender Vorgang in Frankfurt. Ein bereits existierendes, vom Trinkwasser getrenntes Brauchwassernetz wurde dort stillgelegt, weil es in der Rechnung der Wasserwerke mehr kostete als es einbrachte. Nicht berechnet freilich wurde dabei der so geförderte Raubbau am Grundwasser des hessischen Ried, das mittlerweile zur Halbwüste geworden ist. Die gesellschaftliche Rechnung also sieht ganz anders aus, erst recht, wenn die gesundheitlichen Risiken einbezogen werden. Und die Beleidigung des Gaumens durch notdürftig hergerichtetes Flußwasser darf ruhig auch in Rechnung gestellt werden.

Das Buch wird vertrieben durch den BBU, Hellbergstr. 6, 7500 Karlsruhe 21. Die Ausstattung der Broschüre ist übrigens leider ausgesprochen schlecht.



Ölmilliarden und Entwicklungspfennige?

Entwicklungshilfe der OPEC-Staaten

Ein raffgieriges Kartell, das Milliarden von Dollar scheffelt und die Wirtschaft der Industrie- wie der Entwicklungsländer stranguliert, dieses Image wird der OPEC verpaßt. Tatsächlich sieht es anders aus. Die OPEC-Länder sind selbst noch Entwicklungsländer.

geb.Hamburg. Schon nach der ersten Ölpreiserhöhung 1973 wurde im bundesdeutschen bürgerlichen Blätterwald die Erwartung gehegt und kräftig geschürt, es müsse zu einer großen Koalition der westlichen Industrieländer und der Nichterdölexporteure unter den Entwicklungsländern (NÖE) gegen die OPEC-Staaten kommen. Die dritte Welt wurde fein säuberlich auf Spaltungsmöglichkeiten abgeklopft und eine sogenannte „vierte" Welt für die rohstoffarmen Entwicklungsländer – speziell die ohne Öl – eingerichtet. Die Sache ging schlecht aus, um den damaligen entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dr. J. Todenhöfer, zu Wort kommen zu lassen: „Der Westen muß versuchen, die unnatürliche Einheitsfront von Öl- und Entwicklungsländern aufzulösen. Einer der Grundpfeiler des bisherigen Erfolgs der OPEC ist der Umstand, daß es ihr gelang, die durch die Ölpreiserhöhungen besonders geschädigten Entwicklungsländer im eigenen Lager zu halten. Sie erreichten dies mit einem fast genialen Trick ..." (Wirtschaftswoche vom 9.5.1975) Was Todenhöfers schwarze Seele für besonders trickreich hielt, bestand im Grunde aus nichts anderem, als daß die OPEC-Staaten in Verfolgung ihrer ureigensten Interessen die anderen Entwicklungsländer in ihrem Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung unterstützten. Die Lage ist heute im wesentlichen nicht anders. Die Ölpreiserhöhungen der beiden zurückliegenden Jahre bilden jetzt allerdings erneut einen Nährboden für die Spaltungsbemühungen der Imperialisten. Bundeskanzler Helmut Schmidt versäumt keine Gelegenheit, auf die besondere Verantwortung der OPEC-Staaten hinzuweisen und ihnen gleichzeitig eine kalte Dusche wegen unzureichender Entwicklungshilfe zu verabreichen. Dabei hätte er doch allen Grund sich zurückzuhalten. Doch dazu später.

Der Unterschied zwischen einem OPEC-Land und einem entwickelten Industrieland

Im Jahr 1980 nahmen die OPEC-Mitgliedsländer rund 272 Mrd. Dollar aus dem Mineralölgeschäft ein, fast 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Deshalb werden sie im allgemeinen als reiche Länder angesehen. Sie verfügen zur Zeit über erhebliche finanzielle Mittel. Trotzdem ist es nicht richtig, sie auf eine Stufe mit einem entwickelten Industrieland zu stellen. Nicht ein einziges OPEC-Land verfügt über eine entwickelte Landwirtschaft oder einen nennenswerten Industriesektor. Die gegenwärtige Ansammlung von liquiden Mitteln in den Händen der OPEC-

mühungen der Imperialisten. Bundeskanzler Helmut Schmidt versäumt keine Gelegenheit, auf die besondere Verantwortung der OPEC-Staaten hinzuweisen und ihnen gleichzeitig eine kalte Dusche wegen unzureichender Entwicklungshilfe zu verabreichen. Dabei hätte er doch allen Grund sich zurückzuhalten. Doch dazu später.

Der Unterschied zwischen einem OPEC-Land und einem entwickelten Industrieland

Im Jahr 1980 nahmen die OPEC-Mitgliedsländer rund 272 Mrd. Dollar aus dem Mineralölgeschäft ein, fast 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Deshalb werden sie im allgemeinen als reiche Länder angesehen. Sie verfügen zur Zeit über erhebliche finanzielle Mittel. Trotzdem ist es nicht richtig, sie auf eine Stufe mit einem entwickelten Industrieland zu stellen. Nicht ein einziges OPEC-Land verfügt über eine entwickelte Landwirtschaft oder einen nennenswerten Industriesektor. Die gegenwärtige Ansammlung von liquiden Mitteln in den Händen der OPEC-

Staaten beruht einzig und allein auf dem Verkauf erschöpfbarer Ressourcen und zwar in einer solchen Höhe, daß die zurückfließenden Mittel nicht unmittelbar in reale Investitionen überführt werden können. Das heißt im Grunde nichts anderes, als daß die Ölförderländer gemessen an ihren Bedürfnissen zuviel Öl produzieren. Überschüsse sind demnach die Folge einer verantwortungsbewußten Politik gegenüber den Ölkonsumenten, deren Nachfrage befriedigt wird. Völlig widersinnig wird es da – und dies ist die einhellige Auffassung der OPEC – aus solch einer Politik auch noch anderweitige Verpflichtungen abzuleiten. Ein weiterer Punkt: Allgemeiner Maßstab für einen Vergleich der Entwicklungshilfe zweier verschiedener Länder ist der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt, d.h. an der in einem Jahr erzeugten Summe von Werten. Auch hier kann man anderer Auffassung sein. Kann das Bruttosozialprodukt eines OPEC-Staates, das hauptsächlich aus erschöpfbaren natürlichen Ressourcen herrührt, wirklich mit dem Bruttosozialprodukt eines

Rangfolge von zehn Geberländern: Öffentliche Entwicklungshilfe[1] in Relation zum Bruttosozialprodukt

Rang	1975		1976		1977		1978		1979	
1	Katar	15,6	VAE[2)]	11,0	Kuwait	10,2	Kuwait	6,4	Katar	5,6
2	VAE	14,1	Saudi-Arabien	8,7	VAE	9,6	VAE	5,6	VAE	5,4
3	Saudi-Arabien	9,6	Katar	8,0	Katar	7,9	Katar	3,7	Kuwait	5,1
4	Kuwait	8,1	Kuwait	4,5	Saudi-Arabien	6,1	Saudi-Arabien	2,8	Saudi-Arabien	3,1
5	Libyen	2,3	Irak	1,4	Schweden	1,0	Libyen	0,9	Irak	2,9
6	Irak	1,7	Iran	1,2	Niederlande	0,9	Norwegen/ Schweden	0,9	Schweden	0,9
7	Iran	1,1	Niederlande	0,8	Norwegen	0,8	Niederlande	0,8	Niederlande/ Norwegen	0,9
8	Schweden	0,8	Schweden	0,8	Libyen	0,7	Irak	0,8	Dänemark	0,8
9	Niederlande	0,8	Norwegen	0,7	Dänemark/ Frankreich	0,6	Dänemark	0,8	Frankreich	0,6
10	Norwegen	0,7	Libyen	0,6	Kanada	0,5	Frankreich	0,6	Libyen	0,6

1) Nettoauszahlungen. - 2) Vereinigte Arabische Emirate.
Quelle: OECD, Development Co-operation, 1980 Review, Paris 1980.

Unterstrichene Länder gleich Mitglieder der OPEC.

Ölmilliarden und Entwicklungspfennige?

Entwicklungshilfe der OPEC-Staaten

Ein raffgieriges Kartell, das Milliarden von Dollar scheffelt und die Wirtschaft der Industrie- wie der Entwicklungsländer stranguliert, dieses Image wird der OPEC verpaßt. Tatsächlich sieht es anders aus. Die OPEC-Länder sind selbst noch Entwicklungsländer.

Industrielandes gleichgesetzt werden, das von einem permanenten und erneuerbaren Bestand an Produktionsmitteln erzeugt wird? Ich meine nicht, zumindest ist den OPEC-Ländern zuzustimmen, wenn sie bei der Verwendung ihrer finanziellen Mittel allergrößte Sorgfalt an den Tag legen. Trotz ihrer gegenwärtigen Überschüsse befinden sie sich in einem frühen Ent-

Industrielandes gleichgesetzt werden, das von einem permanenten und erneuerbaren Bestand an Produktionsmitteln erzeugt wird? Ich meine nicht, zumindest ist den OPEC-Ländern zuzustimmen, wenn sie bei der Verwendung ihrer finanziellen Mittel allergrößte Sorgfalt an den Tag legen. Trotz ihrer gegenwärtigen Überschüsse befinden sie sich in einem frühen Ent-

wicklungsstadium. Bei zunehmender Industrialisierung wird der Aufbau einer eigenen Infrastruktur die derzeit angehäuften Mittel schneller als erwartet schmelzen lassen.

Jede Mark für Entwicklungshilfe fließt direkt oder indirekt an Industriestaaten zurück

Es ist keine neue Erkenntnis, daß Entwicklungshilfe nicht nur dem nützt, der sie empfängt, sondern in der Regel auch dem Geberland. Dabei ist es gar nicht unbedingt notwendig, die Entwicklungshilfe an Lieferbedingungen zu koppeln. Dies ergibt sich sozusagen naturwüchsig. Nicht so bei den OPEC-Staaten. Da die Exportkapazitäten der OPEC-Staaten begrenzt sind, wenn man das Öl außenvor läßt, können sie im Gegensatz zu den Industrieländern ihre Entwicklungshilfe nicht als Mittel zur Exportförderung benutzen. Im Gegenteil, jede Mark, die sie für Entwicklungshilfe ausgeben, fließt nicht in ihre Wirtschaft wieder zurück, sondern begünstigt die Exporte der Industrieländer. Darüber hinaus gibt es noch eine

Reihe von Dingen, welche die Entwicklungshilfe der OPEC-Länder in einem weit besseren Licht erscheinen lassen, als die nackten Zahlen das alleine ausdrücken können: ● Die Zahlen für Entwicklungshilfe der entwickelten OECD-Länder beinhalten auch Leistungen an Nichtentwicklungsländer wie z.B. Griechenland, Spanien und Portugal. Die Vereinigten Staaten wei-

Reihe von Dingen, welche die Entwicklungshilfe der OPEC-Länder in einem weit besseren Licht erscheinen lassen, als die nackten Zahlen das alleine ausdrücken können: ● Die Zahlen für Entwicklungshilfe der entwickelten OECD-Länder beinhalten auch Leistungen an Nichtentwicklungsländer wie z.B. Griechenland, Spanien und Portugal. Die Vereinigten Staaten wei-

sen ihre Zahlungen an Israel als Entwicklungshilfe aus. ● Entwicklungshilfe von Institutionen, die zwar in OECD-Ländern beheimatet sind, aber teilweise OPEC-Teilhabern gehören, wird einfach der OECD zugeschlagen. ● Die OECD bezieht in ihre Berechnungen der von der OPEC an andere Entwicklungsländer geleisteten Kredite zu Marktbedingungen nicht die großen OPEC-Beiträge an den Internationalen Währungsfonds mit ein, die eigens für die Finanzierung der Ölrechnung der Entwicklungsländer bereitgestellt wurden.

Die Entwicklungshilfe der OPEC-Staaten kann sich sehen lassen.

Läßt man einmal diese Einzelheiten beiseite, die eher für eine Höherbewertung der OPEC-Entwicklungshilfe sprechen, dann genügt ein Blick auf die Ranglistentabelle der zehn größten Geberländer im Verhältnis zu ihrem Bruttosozialprodukt. Kanzler Schmidt ist jede moralische Berechtigung abzusprechen, mit mahnendem Finger auf die OPEC-Staaten zu zeigen. Der BSP-Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe der zehn OPEC-Geberländer zusammen betrug für das Jahr 1973 1,42%, für 1975 einen Höchstbetrag von 2,71%, und nach den neuesten Zahlen für 1979 1,44%. Für den gesamten Zeitraum errechnet sich ein Durchschnitt von 1,88% des Bruttosozialprodukts. Damit liegen die OPEC-Länder weit über dem 0,7% Richtsatz, den die Vereinten Nationen als Ziel angegeben haben. Die westlichen Industrieländer sind über Absichtserklärungen bisher nicht hinausgekommen und haben im selben Zeitraum klägliche 0,35 Prozent zusammengebracht. Die Länder des „realen" Sozialismus liegen unter Einschluß der beträchtlichen Hilfen für Vietnam und Kuba bei 0,1 Prozent. Diese Zahl beruht allerdings auf Berechnungen des US State Departements, dürfte allerdings nicht so ganz falsch liegen. Nach Aussagen von Dr. Ibrahim T.I. Shihata, Generalsekretär des OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung in Wien, machten Kredite zu günstigen Bedingungen durchweg einen großen Anteil an der gesamten Leistung aus. Ein Großteil dieser Kredite zu weichen Bedingungen bestand sogar aus nicht rückzahlbaren Zuwendungen. 1979 betrug die Hilfe das Eineinhalbfache dessen, was Deutschland und Frankreich aufbrachten, während ihr Bruttosozialprodukt insgesamt we-



Nebenstehende Karikatur aus Le Monde vom 27.6.79 tauchte in allen möglichen Abwandlungen in allen Zeitungen auf: Die Entwicklungsländer kommen ganz zuletzt.

niger als ein Viertel des deutschen Bruttosozialprodukts ausmachte.

„Hilfe fast nur für arabische Brüder"?

Da an den absoluten Zahlen relativ wenig zu deuteln ist, werden gerne Behauptungen wie die obige nachgeschoben, um die Hilfe der OPEC in Zweifel zu ziehen. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) unterstellt der OPEC, Entwicklungshilfe fast ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten zu vergeben. Sicher ist es richtig, daß ein Großteil der bilateralen Entwicklungshilfe der OPEC-Länder in benachbarte Entwicklungsstaaten geht. Dies ist ein Zug, der jeder bilateralen Hilfe zu eigen ist. Sie kommt vor allem solchen Ländern zugute, mit denen das Geberland besondere Beziehungen kultureller, politischer, wirtschaftlicher und geografischer Art hat. Wäre die Bundesrepublik nicht in Europa, sondern z.B. in Asien angesiedelt, würde sie ihre Entwicklungshilfe wohl auch eher ihren armen Nachbarländern zukommen lassen. Aber davon abgesehen: 76 Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas erhielten bisher Direktkredite des OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung. Hauptgesichtspunkt ist dabei die Bedürftigkeit des Empfängerlandes. Dies kann man von der Entwicklungspolitik der westlichen Länder nicht immer behaupten. Die USA unter Reagan wollen bzw. haben wahr-

hauptungen wie die obige nachgeschoben, um die Hilfe der OPEC in Zweifel zu ziehen. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) unterstellt der OPEC, Entwicklungshilfe fast ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten zu vergeben. Sicher ist es richtig, daß ein Großteil der bilateralen Entwicklungshilfe der OPEC-Länder in benachbarte Entwicklungsstaaten geht. Dies ist ein Zug, der jeder bilateralen Hilfe zu eigen ist. Sie kommt vor allem solchen Ländern zugute, mit denen das Geberland besondere Beziehungen kultureller, politischer, wirtschaftlicher und geografischer Art hat. Wäre die Bundesrepublik nicht in Europa, sondern z.B. in Asien angesiedelt, würde sie ihre Entwicklungshilfe wohl auch eher ihren armen Nachbarländern zukommen lassen. Aber davon abgesehen: 76 Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas erhielten bisher Direktkredite des OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung. Hauptgesichtspunkt ist dabei die Bedürftigkeit des Empfängerlandes. Dies kann man von der Entwicklungspolitik der westlichen Länder nicht immer behaupten. Die USA unter Reagan wollen bzw. haben wahr-

scheinlich schon ihre Entwicklungshilfe nach rigorosen Streichungen von einer prowestlichen Haltung abhängig gemacht.

OPEC-Hilfe als Kompensation für teurere Öl-Importe der Entwicklungsländer?

Es wird oft behauptet und auf Verlangen auch bis ins Einzelne vorgerechnet, daß die OPEC-Entwicklungshilfe nicht den gestiegenen Kosten für die Öl-Importe entspreche. Dies wird und kann auch keinesfalls bestritten werden. Es stimmt; obwohl einigen ärmeren Ländern mehr OPEC-Hilfe zufloß als den gestiegenen Preisen entsprochen hätte und obwohl einige Länder mehr Hilfe erhielten als ihre Ölrechnung insgesamt betrug. Nach Aussage der OPEC ist es nicht Sinn und Zweck ihrer Entwicklungshilfe, einen Preisausgleich zu liefern oder als eine Art Wiedergutmachung zu fungieren. Dieser Aussage ist zuzustimmen. Wenn die OPEC-Staaten heute mehr Geld für ihr Öl bekommen, dann deshalb, weil es der Markt hergibt. Auf der Basis der kapitalistischen Weltwirtschaft kann dieser Preis durchaus als gerecht angesehen werden. Von den Protagonisten des Wiedergutmachungsgedankens ist bezeichnenderweise in der Vergangenheit niemand auf die naheliegende Idee gestoßen, die Preissteigerungen für industrielle Güter und für sonstige Lieferungen der Industriestaaten an die Entwicklungsländer in irgendeiner Form an die Höhe ihrer Entwicklungshilfe zu koppeln.

Wenn man diese Frage gerecht beurteilen will, so müßten noch zwei weitere Hinweise beachtet werden: 1979 entfielen über 70% der gesamten Ölimporte der dritten Welt auf acht Entwicklungsländer. Die Ölimporte der 30 am wenigsten entwickelten Länder machten in diesem Jahr weniger als ein Drittel der Ölimporte von Brasilien allein aus, die übrigens die Ölimporte des gesamten afrikanischen Kontinents übersteigen. Diese extreme Ölabhängigkeit einzelner Länder, zumeist solche, die an der Schwelle zur Industrialisierung stehen, wurde nicht zuletzt durch die Politik der Imperialisten verursacht. Der über Jahrzehnte gedrückte Preis für Erdöl begünstigte die Herausbildung solcher einseitigen Energieverbrauchsstrukturen und verhinderte die Entwicklung und Ausnutzung eigener Energiequellen. Die Politik der OPEC ist es nun gerade, die ärmeren Länder zu unterstützen, die zum größten Teil ihren Energiebedarf über Holz, Dung etc. decken. Schwerpunktmäßig werden die Gelder für die Entwicklung alternativer Energien und für die Schaffung einer dem jeweiligen Land angepaßten Energiestruktur verwendet.

Die neuen Initiativen der OPEC

Die Lage der nichterdölexportierenden Länder hat sich in den letzten Jahren zweifellos verschlechtert. Die Auslandsverschuldung stieg in jeweiligen Preisen, berechnet in den Jahren 1973 bis 1980, von 98 Mrd. US-Dollar auf 370 Mrd. US-Dollar. Preisbereinigt im selben Zeitraum um 74%, während das Bruttoinlandsprodukt um etwa 40% zunahm. Die Verantwortung dafür von den OPEC-Staaten zu den Industriestaaten zu schieben und wieder zurück, hilft dabei den Entwicklungsländern ohne Öl wenig. Interessant und aufschlußreich für die Ernsthaftigkeit, mit der die OPEC-Staaten die Solidarität anpacken, obwohl die westlichen wie östlichen Länder es versäumt haben, eine ihren Möglichkeiten entsprechende Hilfe zu leisten, ist ein Vorschlag des Irak an den OPEC-Ausschuß für Langzeitstrategie. Dieser Vorschlag, der bereits angenommen wurde, betrifft die Errichtung eines neuen globalen Fonds für Energie und Entwicklung. Die Mittel für diesen Fonds sollen alljährlich von den Industrie- und

Die neuen Initiativen der OPEC

Die Lage der nichterdölexportierenden Länder hat sich in den letzten Jahren zweifellos verschlechtert. Die Auslandsverschuldung stieg in jeweiligen Preisen, berechnet in den Jahren 1973 bis 1980, von 98 Mrd. US-Dollar auf 370 Mrd. US-Dollar. Preisbereinigt im selben Zeitraum um 74%, während das Bruttoinlandsprodukt um etwa 40% zunahm. Die Verantwortung dafür von den OPEC-Staaten zu den Industriestaaten zu schieben und wieder zurück, hilft dabei den Entwicklungsländern ohne Öl wenig. Interessant und aufschlußreich für die Ernsthaftigkeit, mit der die OPEC-Staaten die Solidarität anpacken, obwohl die westlichen wie östlichen Länder es versäumt haben, eine ihren Möglichkeiten entsprechende Hilfe zu leisten, ist ein Vorschlag des Irak an den OPEC-Ausschuß für Langzeitstrategie. Dieser Vorschlag, der bereits angenommen wurde, betrifft die Errichtung eines neuen globalen Fonds für Energie und Entwicklung. Die Mittel für diesen Fonds sollen alljährlich von den Industrie- und

den OPEC-Ländern aufgebracht werden. Berechnet werden die Beiträge der Industrieländer nach der Inflationsrate der Exporte von Fertigwaren, Nahrungsmitteln und Dienstleistungen, die sie in die Entwicklungsländer vornehmen. Die Beiträge der OPEC-Staaten orientieren sich an den Ölexportpreissteigerungen in die Entwicklungsländer. Seit dieser Vorschlag auf dem Verhandlungstisch liegt, sind die Lippenbekenntnisse der Industrieländer merklich geringer geworden. Positiv wollte sich noch keines dazu äußern. Der Iran hat kürzlich vorgeschlagen, einen neuen Fonds einzurichten, in den die OPEC-Staaten 10% ihrer zusätzlichen, aus Ölpreissteigerungen resultierenden Einnahmen einbringen sollen. Dies in der Erwägung, daß die Ölimporte der Entwicklungsländer etwa 10% der gesamten OPEC-Ölexporte ausmachen. Eine solche Form der Hilfe wird von den OPEC-Staaten bevorzugt, gegenüber irgendwie gestalteten Rabatten oder sonstigen Preisnachlässen. Bei den derzeitigen Marktverhältnissen, wo ein Großteil des Vertriebs sich noch in der Hand multinationaler Konzerne befindet, wären Manipulationen nicht auszuschließen. Da es bisher nicht gelungen ist, ausreichende Geldmittel von den Industriestaaten in die Entwicklungsländer zu leiten, ist die Einführung einer Sonderabgabe auf den Preis jeder exportierten Tonne Öl und die Übertragung dieser Einnahmen auf die Entwicklungsländer ein Gedanke, der inoffiziell bereits in der OPEC diskutiert wurde. Die OPEC hofft jedoch nach wie vor auf eine Lösung in allseitigem Einverständnis.

Ein zunehmend gewachsenes Problembewußtsein für Fragen der Kriegsgefahr und der Aufrüstung sollte es uns eigentlich erleichtern, auch in dieser Frage ein Stück weiter zu kommen.



Gdańsk. Arbeiter, Fischer, Anwohner und Urlauber demonstrierten gegen die kürzlich aufgedeckte rücksichtslose Verseuchung der Weichsel und der Danziger Bucht durch Industrieabwässer. „Solidarność" kümmert sich zunehmend auch um solche Fragen.

Oberstes Gericht in den USA schreibt Sicherheit vor

acm. Durch ein Urteil des Bundesgerichtshofes wurde die Reagan-Administration in ihrem Willen, die Sicherheitsbestimmungen für gefährliche Stoffe am Arbeitsplatz abzubauen, abrupt gestoppt. Im Interesse der gesamten Kapitalistenklasse sollte das bisherige gesetzliche Prinzip, daß wissenschaftliche Standards einzig als Grenze der Machbarkeit von Sicherheitsbestimmungen gelten, durch ein Kosten-Nutzen-Prinzip ersetzt werden. Dies hätte z.B. bedeutet, daß die Textilkapitalisten weiterhin mit einer Maschinerie produzieren lassen könnten, die für 20% der 800000 Textilarbeiter bislang die „braune Lunge" – entsteht bei der Verarbeitung der Baumwolle durch die Freisetzung von kleinen Partikeln vom Blatt und Stiel der Baumwollblume – brachte. Nach dem Urteil müßten die Textilkapitalisten neue Maschinerie in Höhe von 656 Mio. $ anschaffen. Darüberhinaus wird durch das Urteil generell auch der Anwendungsbereich auf andere Gebiete ausgedehnt, so daß die Kapitalisten bei Produktionen mit Einsatz von Asbest, Benzol, Blei und Arsen zukünftig mit verstärkten Kontrollen bezüglich der Gesundheitsgefährdung rechnen müssen.

Verkehrsminister Hauff: Manager an die Front

vol. Bundesminister Hauff hat einen Vorschlag zur Novellierung des Bundesbahngesetzes vorgelegt. Wichtigste Punkte sind: Verwandlung der Vorstandsämter von Beamtenpositionen zu öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnissen mit der entsprechenden Gehaltssteigerung, Ausdehnung der politischen Beamten auf die Ebene der Bundesbahndirektionen, Ausdehnung der Vorstandsposten von vier auf mehr

Nutzen-Prinzip ersetzt werden. Dies hätte z.B. bedeutet, daß die Textilkapitalisten weiterhin mit einer Maschinerie produzieren lassen könnten, die für 20% der 800000 Textilarbeiter bislang die „braune Lunge" – entsteht bei der Verarbeitung der Baumwolle durch die Freisetzung von kleinen Partikeln vom Blatt und Stiel der Baumwollblume – brachte. Nach dem Urteil müßten die Textilkapitalisten neue Maschinerie in Höhe von 656 Mio. $ anschaffen. Darüberhinaus wird durch das Urteil generell auch der Anwendungsbereich auf andere Gebiete ausgedehnt, so daß die Kapitalisten bei Produktionen mit Einsatz von Asbest, Benzol, Blei und Arsen zukünftig mit verstärkten Kontrollen bezüglich der Gesundheitsgefährdung rechnen müssen.

Verkehrsminister Hauff: Manager an die Front

vol. Bundesminister Hauff hat einen Vorschlag zur Novellierung des Bundesbahngesetzes vorgelegt. Wichtigste Punkte sind: Verwandlung der Vorstandsämter von Beamtenpositionen zu öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnissen mit der entsprechenden Gehaltssteigerung, Ausdehnung der politischen Beamten auf die Ebene der Bundesbahndirektionen, Ausdehnung der Vorstandsposten von vier auf mehr Posten, Ausdehnung der Rechte des Vorstands gegenüber dem Verwaltungsrat. Erreicht werden soll damit, Manager aus der Industrie für diese Posten abzuziehen, um ein radikales Rationalisierungsprogramm durchzuführen. Bei der gegenwärtigen Verkehrskonzeption der Bundesregierung wird dies auf große Einschränkungen des Zugverkehrs auf dem Land hinauslaufen. Die Gewerkschaft der Eisenbahner fordert dagegen: paritätische Besetzung des Verwaltungsrates und Änderung der Verkehrskonzeption zur Wahrnehmung der gemeinwirtschaftlichen Aufgaben.

Massenverhaftungen bei Streiks in Argentinien

acm. In einem 13stündigen Streik forderten in der letzten Woche 300000 argentinische Automobilarbeiter in Buenos Aires von der Regierung Maßnahmen gegen die Verschlechterung der Lage. Ihre Forderungen waren: protektionistische Maßnahmen zugunsten der nationalen Industrie (gegen die Überschwemmung mit Billigwaren); Erhaltung der Arbeitsplätze; Erhöhung der Löhne auch zur Reaktivierung der Wirtschaft. Bei einer Demonstration wurden dann Gewerkschaftsführer der SMATA und 1200 Streikende von der Polizei verhaftet und in Bussen abtransportiert. Die Gewerkschaft betonte bei ihren Aktionen vor allem die 36000 Entlassungen seit 1978 in der Automobilindustrie. Beteiligt sind daran: Mercedes Benz (30% Rausschmisse), Fiat, Peugeot und Renault (je 40%), Traktorenfirmen wie Deutz und Massey-Ferguson (um 80 bis 90%). General Motors und Citroen führen nur noch Fertigmodelle ein.

Ab 1. Juli: Fünf-Tage-Woche in Ungarn

krk. Am 1. Juli gehen ein Teil der ungarischen Großbetriebe – alle mit Drei- und Kontischicht – zur 5-Tage-woche über. Innerhalb eines Jahres, bis zum nächsten Sommer, soll die Umstellung in der ganzen Volkswirtschaft erfolgen. Zunächst betrifft die Erleichterung etwa 200000 Arbeiter. Bisher war jeder zweite Samstag frei, die wöchentliche Arbeitszeit betrug 44 Stunden. Mit der Umstellung wird sie auf 42 Stunden reduziert. Die Leistung der Betriebe, aber auch der Arbeitslohn muß unverändert erhalten bleiben. 10 bis 15% der Arbeitszeit soll nach ungarischen Angaben durch mangelnde Arbeitsorganisation verlorengehen.

US-Autogewerkschaft zurück in den Dachverband

acm. Einmütig faßte der Lenkungsausschuß der United Auto Workers (UAW) den Beschluß, nach 13jähriger Trennung wieder in den gewerkschaftlichen Dachverband AFL-CIO einzutreten. Der Beschluß hat seine Grundlage auch in den Versuchen der amerikanischen Automobilindustrie, die Krise auf den Automobilarbeitern abzuladen. Zur Debatte stehen Zuschüsse der Reagan-Administration für Chrysler Corporation. Eine gestärkte Gewerkschaftsbewegung soll in dieser Hinsicht den Druck vervielfachen. Mit dem Eintritt der 1,2 Mio. Mitglieder der UAW erreicht der Dachverband AFL-CIO jetzt eine Mitgliederzahl von 15 Millionen.

Kurznachrichten

Der Wirtschaftsverband Asbest e.V. hat verlauten lassen, die „Bevölkerung

auf 42 Stunden reduziert. Die Leistung der Betriebe, aber auch der Arbeitslohn muß unverändert erhalten bleiben. 10 bis 15% der Arbeitszeit soll nach ungarischen Angaben durch mangelnde Arbeitsorganisation verlorengehen.

US-Autogewerkschaft zurück in den Dachverband

acm. Einmütig faßte der Lenkungsausschuß der United Auto Workers (UAW) den Beschluß, nach 13jähriger Trennung wieder in den gewerkschaftlichen Dachverband AFL-CIO einzutreten. Der Beschluß hat seine Grundlage auch in den Versuchen der amerikanischen Automobilindustrie, die Krise auf den Automobilarbeitern abzuladen. Zur Debatte stehen Zuschüsse der Reagan-Administration für Chrysler Corporation. Eine gestärkte Gewerkschaftsbewegung soll in dieser Hinsicht den Druck vervielfachen. Mit dem Eintritt der 1,2 Mio. Mitglieder der UAW erreicht der Dachverband AFL-CIO jetzt eine Mitgliederzahl von 15 Millionen.

Kurznachrichten

Der Wirtschaftsverband Asbest e.V. hat verlauten lassen, die „Bevölkerung hat von Asbestprodukten nichts zu befürchten". Ein „schrittweises Verbot", wie es der DGB fordert, lehnt er grundsätzlich ab.

Die Schadensersatzforderungen des Zementfabrikanten Seibel in Erwitte gegen die IG Chemie wurden durch das Landesarbeitsgericht Hamm von 400000 auf 12000 DM zusammengestrichen. Das Gericht sah die Streiks vor 6 Jahren gegen die Entlassungen als rechtswidrig an, führte das aber auf die Provokationen des Fabrikanten gegen die Belegschaft zurück.

Der Europäische Metall-Gewerkschaftsbund hat die Verkehrsminister der EG aufgefordert, Schiffen den Zugang zu den europäischen Häfen zu verbieten, die die internationalen Normen für die Sicherheit im Seeverkehr und für die Verhütung von Meeresverschmutzung nicht respektieren.

In Casablanca (Marokko) wurden am letzten Wochenende Demonstrationen der sozialistischen Gewerkschaften niedergeschlagen. 66 Tote und 110 Verletzte wurden gezählt, hunderte von Gewerkschaftsmitgliedern wurden festgenommen.

Die bolivianische Gewerkschaftszentrale (COB) war auf Einladung in der Schweiz und berichtete dort über ihre Tätigkeit im Untergrund und Exil im Kampf gegen das Regime Garcia Mezas, welches weitgehend isoliert sei.

Für eine halbe Million Hilfsarbeiter in Spanien wurde der Mindestlohn um 12% erhöht.

20000 Beschäftigte der Gaststättenbetriebe bei den Stationierungsstreitkräften erhalten vom 1.5.81 an 5,4% mehr Lohn. Die NGG setzte ferner die Erhöhung der 3 untersten Lohngruppen um 1,5% zum 1.12.81 durch.

Nachfolgekämpfe in der IG Chemie

Auseinandersetzung zwischen dem Hauptvorstand und der Verwaltungsstelle Hann.-Münden

ros. Am 11. März verstarb der Geschäftsführer der IG Chemie-Verwaltungsstelle Hann. Münden, Ferdinand Patschkowski. Seit dem Tod dieses Kollegen, dessen konsequente Politik der Gewerkschaftsbewegung in Südniedersachsen nach wie vor als Vorbild gilt, spitzt sich die Auseinandersetzung um seine Nachfolge zwischen dem Hauptvorstand der IG Chemie und Mitgliedschaft und Vorstand der Verwaltungsstelle ständig zu.

Laut Satzung gilt folgendes Verfahren: Vorschlag des Hauptvorstands, Wahl durch den Verwaltungsstellenvorstand, Bestätigung durch die DK. Damals hatte die DK den Hauptvorstand aufgefordert, zumindest zwei konsensfähige Bewerber vorzuschlagen oder auf sein Vorschlagsrecht zu verzichten. Darauf ließ dieser sich nicht ein. Stattdessen schickte er zwei Kandidaten nach Hann. Münden, die nach eigener Aussage nur „dem Hauptvorstand zuliebe" kandidierten. Der Vorschlag der Verwaltungsstelle, die Kollegen Hexel und Dreibus, die für eine Fortsetzung der bisherigen Gewerkschaftspolitik stehen, wurde vom Hauptvorstand ohne nähere Gründe zurückgewiesen. Unter der Hand heißt es, sie seien politisch nicht genehm. Offiziell verlautet nichts; ja nicht einmal zu den DK's werden vom Hauptvorstand Vertreter geschickt. Schließlich wurde auf sein Betreiben mit den beiden Kandidaten eine Zwangswahl durchgeführt. Der Verwaltungsstellenvorstand befragte die Bewerber am 12.6. auf der Delegiertenkonferenz zu folgenden 8 Schwerpunkten:

1. Warum sie überhaupt in Hann. Münden kandidierten; 2. wie sie zur Auseinandersetzung auf dem Gewerkschaftstag stehen; 3. zum Ausscheiden von Paul Plumeyer aus dem Hauptvorstand; 4. Vorstellungen zur Bildungsarbeit; 5. ihre Position zu betrieblichen Vertrauensleuten; 6. Festgeld oder Prozente; 7. für oder gegen Kernenergie; 8. Verhältnis Teamer und Gewerkschaft und eine Stellungnahme zum Buch der Verwaltungsstelle „Euere Bänder rollen nur, wenn wir es wollen". Dies beschreibt die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Südniedersachsen vom Standpunkt des Klassenkampfes.

Von den Kandidaten wurden jedoch meist keine klaren Stellungnahmen abgegeben. Das Ergebnis: In beiden Wahlgängen wurden die Bewerber einstimmig abgelehnt.

Warum will nun eigentlich der Hauptvorstand der IG Chemie auf die Art einen Geschäftsführer gegen den einhelligen Widerstand der Verwaltungsstelle einsetzen? Waltraut Schneemann: „Hier soll eine Verwaltungsstelle in die Knie gezwungen werden, die dem Hauptvorstand 1979 auf die Füße getreten hat." Damals hatte der Hauptvorstand Ferdinand Patschkowski fristlos gekündigt, weil er insbesondere in der Frage der betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertrauensleute gegen den Hauptvorstand opponiert hatte. Erst nach längerer Auseinandersetzung, bundesweit, und auf Druck der Mitglieder, die schließlich mit 60 Mann nach Hannover zum Hauptvorstand fuhren, war die Kündigung zurückgenommen worden. Offensichtlich versucht der Hauptvorstand jetzt erneut, seine politischen Vorstellungen dadurch in der Verwaltungsstelle durchzusetzen, daß er auf Biegen und Brechen einen Mann seiner Couleur einsetzt.

Auf dem letzten Gewerkschaftstag wurde von Paul Plumeyer, Ferdinand Patschkowski und anderen der Hauptvorstand der IG Chemie und insbesondere der Vorsitzende Karl Hauenschild kritisiert, weil er „in wichtigen Bereichen Sozialpartnerschaft praktiziere". „Karl Hauenschild ist für Dialog und Kooperation." (Heinz Böddener, Bremen) „Der zentrale Maßstab für unser tägliches Handeln bleibt die Frage, ob ein prinzipieller Interessensgegensatz hinsichtlich der Größe des Anteils der Arbeitnehmer an der Wertschöpfung des Unternehmens Grundlage gewerkschaftlichen Handelns ist", so Plumeyer. Demgegenüber Hauenschild: „Natürlich gibt es Interessensgegensätze zwischen Kapital und Arbeit, die nicht zu verkleistern und zu vertuschen sind. Aber das muß doch noch nicht heißen, daß man sich deswegen den Schädel einschlägt." Und auf dem vorletzten Gewerkschaftstag: „Kooperationsbereitschaft bei uns setzt aber wohl entsprechendes Verhalten der anderen Gruppen voraus, die mit uns kooperieren wollen … Kooperation erfordert, wenn sie gelingen soll, wechselseitiges Vertrauen. Dieses notwendige Vertrauen kann aber nicht vorhanden sein, wenn sich die Kooperation auf die Bereiche beschränkt, in denen die andere Seite sie für nützlich hält." Prinzipiell wird hier die Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit von Karl Hauenschild nicht nur für möglich gehalten, sondern wird mit tadelndem Finger gegenüber dem Kapital ein Vorschlag für wünschenswerte Ausweitung gemacht. Der Vorwurf von Paul Plumeyer und Kollegen trifft also zu, und ihr eigener Standpunkt steht dem diametral gegenüber.

Diese grundlegend gegensätzlichen Auffassungen auf dem Gewerkschaftstag haben die entsprechende Konsequenz auch für weitere Differenzen. Da ist die Frage der betrieblichen Vertrauensleute. Betriebliche Vertrauensleute werden von der gesamten Belegschaft gewählt, gewerkschaftliche Vertrauensleute nur von Gewerkschaftsmitgliedern. Grundsätzlich tritt die IG Chemie für Abschaffung der betrieblichen Vertrauensleute ein. Der Streit geht darum, ob möglichst bald oder ob noch ein paar Jahre ins Land streichen können.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Bildungsarbeit. Der Hauptvorstand will sie zentralisieren, um Inhalt und Teamer unter Kontrolle zu bringen.

Dies ist etwa der Hintergrund der Auseinandersetzung des Hauptvorstandes mit der Verwaltungsstelle Hann. Münden. Ein Delegierter faßte das so zusammen: „Wir sind nicht dazu da, um den Willen des rechten Flü-



wurde auf sein Betreiben mit den beiden Kandidaten eine Zwangswahl durchgeführt. Der Verwaltungsstellenvorstand befragte die Bewerber am 12.6. auf der Delegiertenkonferenz zu folgenden 8 Schwerpunkten:
1. Warum sie überhaupt in Hann. Münden kandidierten; 2. wie sie zur Auseinandersetzung auf dem Gewerkschaftstag stehen; 3. zum Ausscheiden von Paul Plumeyer aus dem Hauptvor-

mit 60 Mann nach Hannover zum Hauptvorstand fuhren, war die Kündigung zurückgenommen worden. Offensichtlich versucht der Hauptvorstand jetzt erneut, seine politischen Vorstellungen dadurch in der Verwaltungsstelle durchzusetzen, daß er auf Biegen und Brechen einen Mann seiner Couleur einsetzt.
Auf dem letzten Gewerkschaftstag wurde von Paul Plumeyer, Ferdinand Patschkowski und anderen der Haupt-

halten, sondern wird mit tadelndem Finger gegenüber dem Kapital ein Vorschlag für wünschenswerte Ausweitung gemacht. Der Vorwurf von Paul Plumeyer und Kollegen trifft also zu, und ihr eigener Standpunkt steht dem diametral gegenüber.

Diese grundlegend gegensätzlichen Auffassungen auf dem Gewerkschaftstag haben die entsprechende Konsequenz auch für weitere Differenzen. Da ist die Frage der betrieblichen Vertrauensleute. Betriebliche Vertrauensleute werden von der gesamten Belegschaft gewählt, gewerkschaftliche Vertrauensleute nur von Gewerkschaftsmitgliedern. Grundsätzlich tritt die IG Chemie für Abschaffung der betrieblichen Vertrauensleute ein. Der Streit geht darum, ob möglichst bald oder ob noch ein paar Jahre ins Land streichen können.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Bildungsarbeit. Der Hauptvorstand will sie zentralisieren, um Inhalt und Teamer unter Kontrolle zu bringen.

Dies ist etwa der Hintergrund der Auseinandersetzung des Hauptvorstandes mit der Verwaltungsstelle Hann. Münden. Ein Delegierter faßte das so zusammen: „Wir sind nicht dazu da, um den Willen des rechten Flü-gels der Kanzlerpartei zu vollziehen." Die DK erwartet vom Hauptvorstand bis zu einer neuen DK im Herbst konsensfähige Vorschläge oder den Verzicht auf sein Vorschlagsrecht.



Die Riege von Gesamtmetall (hier Stiehl, Pleiger, Knapp) hat angekündigt, daß sie in Zukunft bei Warnstreiks jeweils vor Gericht die Zulässigkeit klären lassen wolle. Dabei wollen sie Aussagen im Urteil des Bundesarbeitsgerichtes von 1978 über die eingeschränkte Zulässigkeit von Warnstreiks zur Grundlage nehmen. – Offensichtlich sitzt den Kapitalisten die „neue Beweglichkeit" noch in den Knochen und suchen sie nach Gegenmaßnahmen.

Lohnkampf in Großbritannien in der 16. Woche

Ein Abschluß ist noch nicht in Sicht / Thatcher will Teile des öffentlichen Dienstes privatisieren

thf. In der sechzehnten Woche sind die Auseinandersetzungen um Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst in Großbritannien. Ein Abschluß bahnt sich noch nicht an: die Regierung hat ihr Angebot von 7% noch nicht erhöht, die neun Gewerkschaften im öffentlichen Dienst beharren auf 15%. In einzelnen Proteststreiks sind bis zu 250000 Beschäftigte im Streik gewesen, in Punktstreiks sind zur Zeit über 5000, zum Teil seit April. Die Punktstreiks betreffen vor allem die Computerzentralen des Staates, beim Finanzamt und beim Zoll. Allerdings auch solche, in denen die Auszahlungen von Sozialhilfe, Kinder- und Arbeitslosengeld errechnet werden.

Ihren zweiten nationalen Streiktag bereiten auch die 17000 Mann Ambulanzwagenbesatzungen für Freitag, den 24. Juni vor. Hier steht ein 6%-Angebot der Regierung gegen eine 15%-Forderung der Gewerkschaft.

Erklärtes Ziel der Regierung ist, den Personalkostenzuwachs im öffentlichen Dienst bei 6% zu halten. Teile des öffentlichen Dienstes und der staatlichen Betriebe sollen privatisiert werden.

Die Absicht der Thatcher-Politik, über Lohnsenkungen und rücksichtslose Vernichtung allen Kapitals, was die Profitrate nach unten drückt, diese für den Rest wieder stimmig zu machen, scheint bis jetzt nicht erreichbar. Die Investitionen gehen allgemein zurück (15–18% dieses Jahr), und auch die bisher expandierende Betriebe entlassen. 2,7 Millionen Arbeitslose (11%) gibt es zur Zeit. Angesichts dieser Lage hat Thatcher ihren Kurs, „auf keinen Fall konjunkturstützende Maßnahmen" und durch Kürzung von Arbeitslosengeld und anderen staatlichen Zahlungen den Druck auf den Lohn zu erhöhen, mit kräftigen Durchhalteparolen noch einmal betont. Um durchschnittlich drei Prozent werden die Löhne dieses Jahr real wahrscheinlich sinken. Im öffentlichen Dienst sind die Löhne im Vergleich zur Industrie zu hoch, verkündet Thatcher bei jeder Gelegenheit. Und die entsprechende Verbissenheit zeigt die Regierung in den Lohnverhandlungen bis jetzt: Schon im April hatte sie Marineangehörige als Streikbrecher gegen Zivilangestellte der Marine eingesetzt. Bei den Streiks der Ambulanzwagenbesatzungen setzt sie ebenfalls Armeeangehörige ein. Freitag sollen Royal-Air-Force Sanitätstrupps die Aufgaben übernehmen. Am 12. Juni wurden 1000 Beschäftigte wegen Teilnahme an einer nichtoffiziellen Aktion vom Dienst ohne Bezahlung suspendiert. Fast 1000 weiteren Beamten wurde die Suspendierung angedroht.

Für die Gewerkschaftsbewegung ist der Kampf angesichts der wirtschaftlichen Lage und der zynischen Haltung der Regierung nicht einfach. Der Dachverband der Gewerkschaften äußert Widersprüche zu den Punktstreiks, wegen der Zahlungsverzögerungen für Arbeitslosengeld und Sozialhilfeempfänger. Ein angekündigter Vollstreik der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst ist abgeblasen worden, nur eine Gewerkschaft ist weiterhin dafür. Auch bei den Ambulanzwagenbesatzungen gibt es Widersprüche: die 2300 Londoner Beschäftigten wollen den Aktionstag nicht mitmachen und stattdessen unangekündigt streiken, um Streikbruch zu verhindern. Die Finanzlage der Gewerkschaften ist unklar, für die Punktstreiks soll eine Umlage gemacht werden. Einige Körperschaften fordern, die Streikunterstützung für die Punktstreikenden zu überprüfen.

Gerd Koenen

Eine Schlüsselrolle für die Konsolidierung der Positionen, die sich die polnische Arbeiterbewegung errungen hat und von denen aus sie eine wirkliche „Erneuerung“ der ganzen polnischen Gesellschaft bewirken kann, spielt die betriebliche Selbstverwaltung.

In ihren Programmthesen hat „Solidarność“ sich mit starken Akzenten für eine Wirtschaftsreform ausgesprochen, die eine weitgehende Selbständigkeit der Betriebe bringen und ein System der *„Plan- und Marktwirtschaft“* einführen würde, allerdings zwischen weitgehend *selbstverwalteten* Betrieben. (Vgl. dazu KVZ 24/81 „Was Solidarność will“) Diese Vorstellungen knüpfen sehr stark an die der Rätebewegung von 1956 an; auch darin, daß bereits Forderungen nach einer Zusammenfassung dieser Selbstverwaltungsorgane erhoben werden. So haben Vertreter der größten Betriebe Polens auf einem Treffen in der Lenin-Hütte in Krakau am 13. Mai u.a. gefordert, „eine zweite Kammer des Sejm zu berufen“. „Diese ‚Selbstverwaltungskammer‘ sollte die Funktion des gesellschaftlichen Eigentümers der Produktionsmittel ausüben und die Angelegenheiten der Selbstverwaltung im Landesmaßstab leiten und koordinieren.“

Innerhalb der Staats- und Parteiführung gibt es, unter dem Druck objektiver ökonomischer Zwänge, Einverständnis über eine solche Reform der Wirtschafts- und Betriebsverfassung. Der Teufel der Klassenauseinandersetzung liegt jetzt im Detail, d.h. in den realen Befugnissen der Selbstverwaltungsorgane. Wie die Diskussion in der Gewerkschaft selbst darüber geführt wird, dazu Auszüge aus einem Interview mit Mitgliedern des Präsidiums des „Provisorischen Belegschaftsrates“ der LKW-Fabrik „Felix Dzierzynski“ in Starachowice. Teilnehmer des Gesprächs sind E. Dudek, Vorsitzender, Arbeiter; W. Link, stellv. Vorsitzender, Ingenieur; A. Paniec, Ingenieur, und J. Sadowski, ebenfalls Ingenieur.

Arbeiterselbstverwaltung in Polen

Diskussion mit Mitgliedern des „Provisorischen Belegschaftsrates“ der LKW-Werke „Felix Dzierzynski“ in Strachanowice (Auszug)

Welche Struktur hat eure Selbstverwaltung, wie funktioniert sie und welche Möglichkeiten hat sie, Entscheidungen zu fällen und das Funktionieren der Fabrik zu beeinflussen?

LINK: Das höchste Organ ist die Versammlung des Belegschaftsrates. Sein Exekutivorgan ist das Präsidium. Ähnlich sieht es auf der Ebene einer Abteilung aus. In den kleinen Abteilungen funktioniert die sog. Produktionsberatung. Die Wahlen sehen so aus, daß ⅔ des Rats in allgemeinen und geheimen Wahlen auf der Ebene der Abteilungen gewählt werden.

Und das restliche Drittel?

LINK: Das sind Vertreter, die nach einem Verteilungsschlüssel aufgestellt werden ..., d.h. je ein Vertreter von allen Organisationen, die in der Fabrik tätig sind: die beiden Gewerkschaften, PVAP, Jugendorganisation.

DUDEK: Das Präsidium setzt sich aus 15 Personen zusammen, 10 sind gewählt worden. Im Rat sitzen 37 Personen, die nach einem Verteilungsschlüssel hineingekommen sind, und 122 Personen sind gewählt.

LINK: Wir haben das Prinzip eingeführt, daß der Vorsitzende ein Arbeiter sein muß.

Warum ist das Statut so kompromißlerisch? Wozu habt ihr den Verteilungsschlüssel erhalten gelassen?

DUDEK: Wir haben bei uns zwei Gewerkschaftsorganisationen, und die, die dominiert, ist die NSZZ „Solidarność“. Wenn wir die Wahlen vollständig demokratisch und ohne Verteilungsschlüssel durchgeführt hätten, hätte nur die „Solidarność“ den ganzen Rat gebildet.

Na und?

DUDEK: In solch einem Falle hätten die anderen Organisationen automatisch eine Opposition gebildet. Diese Selbstverwaltung ist jung, wir haben keine Erfahrungen, die Aktiven sind neu und es kann leicht dazu kommen, daß Fehler begangen werden. Und dann hätten die anderen Organisationen den Anlaß gehabt, gegen uns aufzutreten. Die beste Methode in solch einer Situation ist, allen die Möglichkeit zu geben, sich zu betätigen. Das bedeutet nicht, daß wir auch in Zukunft so verfahren. Auf der ersten Sitzung des Rats haben wir einen Anhang mit in das Statut aufgenommen, wonach dieses Prinzip in den nächsten Wahlen nicht mehr gilt.

LINK: Die nächsten Wahlen werden schon vollständig demokratisch sein.

Was für eine Mehrheit besitzt „Solidarność“?

DUDEK: Von den 159 Mitgliedern des Provisorischen Belegschaftsrates sind 105 in der NSZZ „Solidarność“ und 17 in der Branchengewerkschaft Metall.

Und die Parteimitglieder?

DUDEK: Wir haben darüber keine Statistik aufgemacht. Es ist nicht nötig. Auf jeden Fall sind es wenige.

Welches Abhängigkeitsverhältnis besteht zwischen der Direktion der Fabrik und dem Belegschaftsrat? Vielleicht entscheidet die Direktion etwas gegen den Rat und ohne den Rat zu konsultieren?

SADOWSKI: So etwas ist noch nicht vorgekommen.

Gab es demgegenüber Situationen, wo die Selbstverwaltung etwas gegen den Direktor entschieden hat?

PANIEC: Auf der ersten Sitzung des Rats hatten wir den Antrag der Direktion zu behandeln, die der Ansicht war, daß 1100 Personen entlassen werden sollen. Kollege Link hat es damals anders dargelegt: daß niemand entlassen werden darf, daß die Arbeit des Betriebs umorganisiert werden und die Leute innerhalb des Betriebs umverteilt werden sollen. Und die Direktion hat ihren Vorschlag gleich zurückgenommen.

DUDEK: Wir dürfen die Entlassung der Leute nicht zulassen. Wir hoffen, daß die Schwierigkeiten nur einen zeitweiligen Charakter haben. Wir würden die Leute unwiederbringlich verlieren, wenn wir sie entlassen ... Es ist momentan sowieso schwierig, über die Zukunft des Werkes zu reden, weil es noch immer keine Entscheidung über die Entwicklung des Werkes gibt.

Ihr seid alle Mitglieder von „Solidarność“. Werden auch von anderen gesellschaftlichen oder politischen Organisationen Initiativen innerhalb der Selbstverwaltung ergriffen?

Aus „Zycie Warszawy“ Wochenendausgabe vom 21.5.1981 (Eigene Übersetzung, gekürzt)

LINK: Anfangs gab es in der Tätigkeit des Präsidiums des Rats keine Reibereien, die von den Organisationen ausgegangen wären; die Arbeit wurde gemeinschaftlich geleistet und erst später zeigte sich so etwas wie ein Organisationspartikularismus. Ans Tageslicht kamen für manche so heikle Sachen wie z.B. die Frage der Entlohnung der Personen, die in Komitees, Räte, Präsidien gewählt wurden. („Solidarność“ hat in diesem Betrieb nur 3 hauptamtlich Beschäftigte: eine Sekretärin und zwei Schreibkräfte; das Präsidium der Fabrikkommission wird aus Mitgliedsbeiträgen bezahlt, d. Übers.) Desweiteren gab es die Frage der Betriebszeitung.

SADOWSKI: Es wurde vorgeschlagen, daß der Chefredakteur von der Selbstverwaltung berufen wird, allerdings gleichzeitig unter der Nomenklatura des Betriebskomitees der PVAP bleiben sollte. („Nomenklatura“ heißt hier, daß die Kandidaten von der Partei vorgeschlagen werden können und in ihrem „Schlüssel“ drin sind, d. Übers.) Der Parteisekretär bockte und argumentierte mit der führenden Rolle der Partei. Aber die führende Rolle der Partei beruht doch nicht darauf, daß sie die Leiter beruft! Letztlich ist es dem Präsidium gelungen, den Sekretär zu überzeugen.

Wie sieht das Verhältnis zwischen Selbstverwaltung und Partei aus?

PANIEC: Es hängt davon ab, wer zur Sitzung kommt. Der eine Parteisekretär denkt nach und tritt mit eigenen, originellen Standpunkten hervor. Der andere dagegen trägt zu nichts bei, weil er durch das vieljährige Wirken im Apparat zu beschränkt ist.

Ihr habt über die von oben kommenden Entscheidungen gesprochen, die vom Ministerium getroffen werden. Hat die Selbstverwaltung einen Einfluß auf diese Entscheidungen?

PANIEC: Solange es keine echte Selbständigkeit des Unternehmens gibt, wird es auch keine echte Selbstverwaltung geben können.

Wie stellt ihr euch also diese künftige Selbständigkeit des Betriebes vor und wie soll dann, unter diesen Bedingungen, eure Rolle aussehen?

PANIEC: Ich weiß nicht, wer der Erfinder der Parole „Die Belegschaft bestimmt im Betrieb mit“ ist. Dieses „mit“ muß beseitigt werden. Die Belegschaft muß im Betrieb bestimmen.

LINK: Der Sozialismus setzt das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln voraus. Ich frage mich, wer diese Gesellschaft sein soll, wenn nicht wir. Das Problem ist aber, ob dem Betrieb in allen Fragen freie Hand gegeben wird. Darüber kann man verschiedener Ansicht sein, denn die Wirtschaft muß planmäßig sein und gewisse Richtlinien, z.B. was das Produktionssortiment angeht, sind notwendig.

DUDEK: Von oben sollte nur die Produktion für die Verteidigung geleitet werden (ein Teil der LKW-Produktion ist für die Armee, d. Übers.). Alle anderen Entwicklungsrichtungen sollten vom Betrieb selbst festgelegt werden. Die Selbstverwaltung sollte über Investitionen, über die Entwicklung entscheiden können.

Soll die Selbstverwaltung über die Berufung und Absetzung des Direktors entscheiden können?

PANIEC: Wir haben dies als eine der wichtigsten Befugnisse der Selbstverwaltung festgehalten.

Und wie steht dies im Verhältnis zur Nomenklatura? Ich vermute, daß der Direktor dieses Betriebes in der Nomenklatura des ZK steht.

PANIEC: Ein Direktor wird wohl vom MSW (Innenministerium, d. Übers.) durchleuchtet.

Fortsetzung Seite 14

Ihr habt vergangene Woche den ersten Warnstreik im Hamburger Einzelhandel seit 52 Jahren durchgeführt. Worum ging es?

Gestreikt haben wir für höheren Lohn. Die Arbeitgeber haben in der dritten Verhandlungsrunde 85 DM mehr für die Verkäufer in der Endstufe geboten, das war 5 DM mehr als beim

Weitere Warnstreiks im Einzelhandel

Tarifverhandlungen gescheitert / Interview mit einem Hamburger Betriebsrat

der Gewerkschaft zu sein, die sagten ‚Mein Mann ist in der Gewerkschaft und zahlt Gewerkschaftsbeitrag, was soll ich dadrin.‘, der Organisations-

Angebot kam, mit 5 DM mehr, war eine große Empörung unter den Kollegen vorhanden. Der Vertrauensleutekörper hat ersteinmal durch eine Un-

Ja, also erstmal war es so, daß wir alle ziemlich aufgeregt waren, weil das für uns das erste Mal war. Als es dann aber so weit war, daß die Kollegen an-

Wie hat sich die DAG bisher in dieser Tarifrunde verhalten?

In unserem Haus spielt die DAG keine Rolle. Aber allgemein ist es so, daß die DAG in früheren Jahren durch frühzeitige Abschlüsse die Tarifrunde gespalten hat. Das ist in diesem Jahr bisher ganz anders. Die DAG zieht mit, sie unterstützt die Forderungen

der LKW-Werke „Felix Dzierzynski“ in Strachanowice (Auszug)

Welche Struktur hat eure Selbstverwaltung, wie funktioniert sie und welche Möglichkeiten hat sie, Entscheidungen zu fällen und das Funktionieren der Fabrik zu beeinflussen?

LINK: Das höchste Organ ist die Versammlung des Belegschaftsrates. Sein Exekutivorgan ist das Präsidium. Ähnlich sieht es auf der Ebene einer Abteilung aus. In den kleinen Abteilungen funktioniert die sog. Produktionsberatung. Die Wahlen sehen so aus, daß ⅔ des Rats in allgemeinen und geheimen Wahlen auf der Ebene der Abteilungen gewählt werden.

Und das restliche Drittel?

LINK: Das sind Vertreter, die nach einem Verteilungsschlüssel aufgestellt werden ..., d.h. je ein Vertreter von allen Organisationen, die in der Fabrik tätig sind: die beiden Gewerkschaften, PVAP, Jugendorganisation.

DUDEK: Das Präsidium setzt sich aus 15 Personen zusammen, 10 sind gewählt worden. Im Rat sitzen 37 Personen, die nach einem Verteilungsschlüssel hineingekommen sind, und 122 Personen sind gewählt.

LINK: Wir haben das Prinzip eingeführt, daß der Vorsitzende ein Arbeiter sein muß.

Warum ist das Statut so kompromißlerisch? Wozu habt ihr den Verteilungsschlüssel erhalten gelassen?

DUDEK: Wir haben bei uns zwei Gewerkschaftsorganisationen, und die,

steht zwischen der Direktion der Fabrik und dem Belegschaftsrat? Vielleicht entscheidet die Direktion etwas gegen den Rat und ohne den Rat zu konsultieren?

SADOWSKI: So etwas ist noch nicht vorgekommen.

Gab es demgegenüber Situationen, wo die Selbstverwaltung etwas gegen den Direktor entschieden hat?

PANIEC: Auf der ersten Sitzung des Rats hatten wir den Antrag der Direktion zu behandeln, die der Ansicht war, daß 1100 Personen entlassen werden sollen. Kollege Link hat es damals anders dargelegt: daß niemand entlassen werden darf, daß die Arbeit des Betriebs umorganisiert werden und die Leute innerhalb des Betriebs umverteilt werden sollen. Und die Direktion hat ihren Vorschlag gleich zurückgenommen.

hauptamtlich Beschäftigte: eine Sekretärin und zwei Schreibkräfte; das Präsidium der Fabrikkommission wird aus Mitgliedsbeiträgen bezahlt, d. Übers.) Desweiteren gab es die Frage der Betriebszeitung.

SADOWSKI: Es wurde vorgeschlagen, daß der Chefredakteur von der Selbstverwaltung berufen wird, allerdings gleichzeitig unter der Nomenklatura des Betriebskomitees der PVAP bleiben sollte. („Nomenklatura“ heißt hier, daß die Kandidaten von der Partei vorgeschlagen werden können und in ihrem „Schlüssel“ drin sind, d. Übers.) Der Parteisekretär bockte und argumentierte mit der führenden Rolle der Partei. Aber die führende Rolle der Partei beruht doch nicht darauf, daß sie die Leiter beruft! Letztlich ist es dem Präsidium gelungen, den Sekretär zu überzeugen.

werden (ein Teil der LKW-Produktion ist für die Armee, d. Übers.). Alle anderen Entwicklungsrichtungen sollten vom Betrieb selbst festgelegt werden. Die Selbstverwaltung sollte über Investitionen, über die Entwicklung entscheiden können.

Soll die Selbstverwaltung über die Berufung und Absetzung des Direktors entscheiden können?

PANIEC: Wir haben dies als eine der wichtigsten Befugnisse der Selbstverwaltung festgehalten.

Und wie steht dies im Verhältnis zur Nomenklatura? Ich vermute, daß der Direktor dieses Betriebes in der Nomenklatura des ZK steht.

PANIEC: Ein Direktor wird wohl vom MSW (Innenministerium, d. Übers.) durchleuchtet.

Fortsetzung Seite 14

Weitere Warnstreiks im Einzelhandel

Tarifverhandlungen gescheitert / Interview mit einem Hamburger Betriebsrat

Ihr habt vergangene Woche den ersten Warnstreik im Hamburger Einzelhandel seit 52 Jahren durchgeführt. Worum ging es?

Gestreikt haben wir für höheren Lohn. Die Arbeitgeber haben in der dritten Verhandlungsrunde 85 DM mehr für die Verkäufer in der Endstufe geboten, das war 5 DM mehr als beim zweiten Angebot. Darüber war die Empörung natürlich unheimlich groß. Die Lage ist so, daß die Gehälter im Einzelhandel zum Teil ziemlich nahe an der Sozialhilfegrenze liegen. Wir müssen einfach, um unsere Existenz sichern zu können, mehr Lohn haben.

Bis vor wenigen Jahren war bei vielen Betriebsräten und Gewerkschaftlern im Einzelhandel noch zu hören, daß die Löhne in Einzelhandel so niedrig seien, weil die Kapitalisten einen Streik auf absehbare Zeit nicht zu fürchten bräuchten. Diese Meinung ist inzwischen mehrfach durch die Praxis wiederlegt. Wie ist es bei Euch dazu gekommen?

Na, wir habens erstmal einfach gemacht. Aber es ist schon so, die Mehrheit der Beschäftigten im Einzelhandel sind Frauen, viele Zweitverdiener, die gemeint haben, sie brauchten nicht in der Gewerkschaft zu sein, die sagten ‚Mein Mann ist in der Gewerkschaft und zahlt Gewerkschaftsbeitrag, was soll ich dadrin.‘, der Organisationsgrad war sehr niedrig. Jetzt ist aber durch Inflation der Reallohn so niedrig geworden, daß das Geld einfach nicht mehr ausreicht und sich immer mehr in der HBV organisiert haben.

Wie hat sich die Gewerkschaft im Betrieb in den letzten Wochen entwickelt?

Für Hertie-Altona kann man sagen, daß jetzt 25% bis 30% organisiert sind, das ist für den Hamburger Einzelhandel verhältnismäßig hoch, wenn man bedenkt, daß der Organisationsgrad im Durchschnitt bei 5% bis 6% liegt.

Hinzu kommt, daß vor etwa acht Wochen ein Vertrauensleutekörper gegründet worden ist. Es war das erste Mal, daß ein Gewerkschaftsorgan im Betrieb arbeiten konnte. Wir sind damit angefangen, daß wir Unterschriften gesammelt haben für eine zusätzliche Betriebsversammlung. Wir hatten innerhalb von zwei Tagen die Unterschrift von 60% bis 70% der Kollegen. Die Betriebsversammlung hat während der Arbeitszeit stattgefunden, das war auch in der Unterschriftensammlung gefordert worden. Das ist insofern neu, als die Betriebsversammlungen sonst vor Öffnung des Ladens lagen.

Der Laden wurde also später als sonst geöffnet?

Ja – Und in dieser Betriebsversammlung ist einstimmig eine Resolution verabschiedet worden, in der die Tarifkommission aufgefordert wurde, unnachgiebig die Forderungen durchzufechten. Nachdem nun dieses dritte Angebot kam, mit 5 DM mehr, war eine große Empörung unter den Kollegen vorhanden. Der Vertrauensleutekörper hat ersteinmal durch eine Unterschriftensammlung versucht zu testen wie die Streikbereitschaft ist. Die Kollegen wußten worum es ging und haben eigentlich sofort ohne große Diskussionen unterschrieben, also ohne daß man sie drängen mußte. In den nächsten Tagen hörte man immer wieder Gespräche: ‚Wann geht denn nun der Streik los?‘ usw. Die Kollegen wurden aber über den genauen Termin im Ungewissen gelassen, vor allem glaube ich deshalb, weil man die Geschäftsleitung täuschen wollte.

Am letzten Montag (15.7.) hat die Geschäftsleitung, die ja von der Unterschriftensammlung wußte, sämtliche Abteilungsleiter und Substituten zu sich bestellt und gefragt ob sie sich an einem ‚technischen Notdienst‘ beteiligen würden. Offensichtlich war es aber so, daß die Abteilungsleiter und Substituten garantieren sollten, daß der Laden geöffnet werden kann während eines Streiks. Am Dienstag hat dann die Vertrauenskörperleitung und die Gewerkschaft der Geschäftsleitung angedroht, eine einstweilige Verfügung gegen den Notdienst zu erwirken, denn der Notdienst kann nur von der Streikleitung eingerichtet werden und nicht von der Geschäftsleitung, das ist rechtswidrig. Daraufhin hat nachmittags dann die Geschäftsleitung gesagt, daß dieser Notdienst hinfällig ist. Am Dienstag hat dann der Vertrauensleutekörper den Streik beschlossen und zwar für Donnerstag morgens ab 6 Uhr bis 10 Uhr.

Ihr habt Euch also dann am Donnerstag vor die Tore gestellt. Wie haben die Kollegen reagiert?

Ja, also erstmal war es so, daß wir alle ziemlich aufgeregt waren, weil das für uns das erste Mal war. Als es dann aber so weit war, daß die Kollegen ankamen, hat sich praktisch bis auf ein paar Abteilungsleiter und Substituten jeder am Streik beteiligt und war eigentlich froh, daß es jetzt endlich losgeht. Ich persönlich habe damit gerechnet, daß wir so 50% bis 60% der Kollegen für den Streik gewinnen können. Aber nur 10 bis 14 Kollegen haben den Streik gebrochen. Die Kollegen haben eine Demonstration gemacht zum Kaufhof Altona, wo dann ein Tag später gestreikt wurde, und zu Woolworth und Karstadt. Wir sind dann zurückgegangen und haben um 10 Min. nach 10 Uhr die Arbeit aufgenommen und der Laden konnte geöffnet werden.

Schwierigkeiten, was die Beteiligung an dem Warnstreik anbelangt, hat es also nicht bei Frauen oder Teilzeitkräften gegeben, sondern eigentlich nur bei Abteilungsleitern.

Ja, nur mit Abteilungsleitern und Substituten. Das zeigt ja eigentlich, daß man die Kollegen noch unterschätzt. Wir haben eigentlich wirklich nicht damit gerechnet, daß die Streikbereitschaft gerade der Verkäuferinnen, von denen man ja eher sagt, mit denen sei kein Streik zu machen, so groß ist, und sie sich aktiv am Streik beteiligen. (s. Bild)

Ein Teil der Abteilungsleiter hat sich aber auch am Streik beteiligt.

Der größte Teil hat sich beteiligt. Wie gesagt waren es höchstens 10 bis 14 Abteilungsleiter und Substituten die reingegangen sind. Wenn man davon ausgeht, daß sich etwa 300 Leute am Streik beteiligt haben, entspricht dies einem Prozentsatz von etwa 94%.

Wie hat sich die DAG bisher in dieser Tarifrunde verhalten?

In unserem Haus spielt die DAG keine Rolle. Aber allgemein ist es so, daß die DAG in früheren Jahren durch frühzeitige Abschlüsse die Tarifrunde gespalten hat. Das ist in diesem Jahr bisher ganz anders. Die DAG zieht mit, sie unterstützt die Forderungen der HBV und sie unterstützt auch die Warnstreiks. Ich glaube daß die DAG von ihren Mitgliedern gezwungen wurde von ihrem spalterischen Kurs abzugehen.

Freitag (19.7.) war die vierte Verhandlungsrunde in Hamburg. Die Unternehmer haben kein neues Angebot vorgelegt; um weitere Warnstreiks zu verhindern, hat der Unternehmerverband die Verhandlungen für gescheitert erklärt und die Schlichtung eingeleitet. Wie siehst Du die Lage?

Man muß sehen, daß die Unternehmerseite einen ganz gehörigen Schreck gekriegt hat durch die beiden Warnstreiks in Hamburg. Sie glauben, daß sie durch die Schlichtung die Kampfbereitschaft der Kollegen dämpfen würden. Ich sehe das anders, ich meine, daß durch den Warnstreik bei uns in Altona der Bann gebrochen ist im Einzelhandel. Auch eine ‚Friedenszeit‘ von zwei oder drei Wochen wird nichts an der Kampfbereitschaft in den anderen Häusern ändern und ich sehe das so, daß nach dieser Zeit die anderen Häuser nachziehen werden mit Warnstreiks. Unter der Voraussetzung, daß nicht ein fauler Kompromiß gefunden wird in der Schlichtung. Aber ich glaube, daß die Kampfbereitschaft da ist und sie werden, wenn nötig, streiken, wenn die Friedenspflicht vorbei ist.

Dabei sind die großen Häuser in der Innenstadt natürlich sehr wichtig. Erstmal sind das große Häuser mit meistens über 1000 Beschäftigten und wenn es dort gelingt in mehreren Betrieben einen Warnstreik an einem Tag durchzuführen, wäre das gut.

Gesamtschulkampagne des DGB in Bayern

Einheitliche, auch praktische Ganztagsausbildung bis zum 10. Schuljahr im Vordergrund

anh.Nürnberg. Auf den Aktionen zum 1. Mai hat der DGB in Bayern eine Aktion ,,besser Gesamtschule'' gestartet. Begonnen wurde mit einer Unterschriftensammlung unter die Forderung nach Einrichtung von mindestens einer Gesamtschule in jeder der 18 Planungsregionen Bayerns, also etwa im Umkreis jeder bayerischen Großstadt.

Nach dem 1. Mai ist die Kampagne nur schleppend vorangekommen. In verschiedenen Städten werden Vortragsveranstaltungen zu Fragen des Bildungssystems organisiert, so in Nürnberg, dort wird auch vom DGB eine Ausstellung mit Bildern von Hauptschülern zum Thema Schule und Beruf durchgeführt. Für Anfang Juli hat die GEW zu einer Funktionärskonferenz zu diesem Thema eingeladen. Vor allem auf dem Land ist die Kampagne noch nicht in Gang gekommen.

Gegensätzliche Erfahrungen

Die bisherigen Gesamtschulversuche in Bayern sind von der Bevölkerung z.T. sehr begrüßt, zum Teil zum Abbruch gebracht worden. Von 13 Versuchen seit 1969 waren 10 nur ,,kooperative Gesamtschulen'', bei denen lediglich die Schulleitung und -aufsicht zusammengefaßt war, ansonsten Haupt-, Realschule und Gymnasium nur in einem Gebäudekomplex untergebacht sind. ,,Integrierte Gesamtschulen'', in denen die Schultypentrennung bis zur 9. Klasse nicht mehr besteht, sehr wohl aber unterschiedliche Anforderungen in den Kursen des selben Faches, bestehen in München, Nürnberg und in Treuchtlingen, wo sie 1980 eingestellt wurde. Ebenfalls eingestellt wurde der Versuch, in Schwabmünchen eine integrierte Orientierungsstufe in den Klassen 5 und 6 durchzuführen. In München-Nord und Nürnberg-Langwasser haben nach Elternumfragen über 90 % die Gesamtschule den bisherigen Schulen vorgezogen, in Treuchtlingen und Schwabmünchen waren auch Eltern und Lehrer eindeutig gegen den Schulversuch.

Zwei Gründe erscheinen mir dafür wesentlich: Ein Teil der Gesamtschulen wird ausdrücklich in der Fortsetzung der Schullaufbahnen des dreigliedrigen Systems betrieben: In Treuchtlingen gab es weiter die verschiedenen Haupt- und Realschulabschlüsse und Übergänge zum Gymnasium, eine frühzeitige Einteilung der Kurse hiernach fand statt. Alle Vorteile der Ganztagsschule verkehrten sich in das Gegenteil, weswegen diese Seite besonders heftig von den Eltern kritisiert wurde: Die Förderkurse wurden zu Büffelkursen, um noch eine Kursebene höher zu kommen, der Nachmittag wurde mit Unterrricht gefüllt, um die verschiedenen Lehrpläne der einzelnen Schultypen durchziehen zu können, Hausaufgaben gab es dann abends. In Schwabmünchen wurde dies entsprechend bis zum Ende der 6. Klasse betrieben. In den Ganztagsschulen in München und Nürnberg wird dagegen ziemlich einheitlich an Lehrplänen bis zum 10. Schuljahr festgehalten, die Abschlüsse sind erheblich besser als bisher. Auch die Ausstattung der Schulen ist überdurchschnittlich. Beide arbeiten nach dem ,,FEGA-System'' mit Förder- und Leistungskursen, die aber frühestens erst in der 9. Klasse dazu herangezogen werden, sich fürHauptschulabschluß, Mittlere Reife oder Abitur zu qualifizieren.

Bildungsgefälle Stadt/Land

Zum anderen: Die Vereinfachung der Arbeit durch immer größere Arbeitsteilung und Anwendung von Maschinerie in der Industrie der großen Städte gleicht die Bildungsvoraussetzungen der Arbeit immer mehr an, wobei ohne genauere Kenntnis der Naturwissenschaften viele Arbeitsprozesse nicht mehr beherrschbar sind. Gleichzeitig befaßt sich das moderne Proletariat in den Städten immer umfassender mit politischen und kulturellen Fragen der Gesellschaft. Dem entspricht bei der großen Masse der Eltern in der Stadt das Interesse, ihren Kindern einheitlich an den Schulen eine umfassendere Ausbildung zukommen zu lassen. Die zumindest auf dem Papier stehende Garantie der Gesamtschulversuche, mindestens einen qualifizierten Abschluß der Hauptschule zu erreichen, für viele aber auch eine mittlere Reife, entspricht diesem Interesse an der Reproduktion einer neuen Arbeitergeneration auf höherem Bildungsniveau eher als das individuelle Durchkämpfen durch das bisherige Schulsystem. Überdies legt die immer größere Einbeziehung der Frau in die Produktion die Ganztagsschule nahe.

In den ländlichen Gebieten findet dagegen immer noch eine drastische Umwälzung der Verhältnisse von Generation zu Generation statt. Ständig werden noch bäuerliche Existenzen vernichtet, oder aber es kann nur ein Kind für die Führung des Bauernhofes bzw. des kleinen Handwerksbetriebes eingesetzt werden. Für die einfache Reproduktion der bäuerlichen oder handwerklichen Existenz reicht ein traditionell geringes Maß an staatlicher Ausbildung, denn die Masse der Kenntnisse über die Produktion werden in dieser selbst angelernt. Für die anderen Kinder aber, die absehbar als Zukunft haben, in die Stadt als Arbeiter zu gehen, ist es von Bedeutung, endlich etwas gelernt zu haben und sich möglichst gut verkaufen zu können. Das bestärkt die tausendfache Erfahrung älterer ruinierter Bauern und Handwerker. Die Forderung nach einem einheitlich verbesserten Bildungsniveau ergibt sich nicht einfach aus diesen Verhältnissen, eher das Interesse des möglichst weiten Aufstiegs im gegliederten Schulsystem, um sozusagen nicht im Heer der Industriearbeiter unterzugehen. Diese unterschiedlichen Interessen gegenüber dem Schulwesen erklären wohl auch zu einem großen Teil, wieso in ländlichen Kreisstädten wie Schwabmünchen oder Treuchtlingen die Gesamtschulversuche eingestellt wurden, weil die Eltern vor allem die weiter nach hinten geschobene Entscheidung, wer auf das Gymnasium kann, unerträglich fanden. Überdies ist das Interesse an einer Ganztagsschule nicht selbstverständlich, da viele Schüler nach der Schule noch im elterlichen Betrieb mithelfen müssen. Diese Unterschiede machen es in der Gesamtschulkampagne des DGB auch schwierig, sie vom Mief städtischer SPD-Politik zu befreien und gerade auf dem Land in Gang zu bringen.

Dennoch kann unter der Forderung nach einer einheitlichen Ausbildung in Stadt und Land bis zum 10. Schuljahr auch den Interessen der ländlichen Bevölkerung entsprochen werden. Sie hat bereits erhebliche Kämpfe geführt gegen die Schließung von Hauptschulen. 1969 waren bereits im Zuge der Auflösung der Konfessionsschulen viele Schulen geschlossen worden, von 1974-77 wurden in den Landkreisen weitere 80 geschlossen, in den Städten nur 8. Ein weiterer Schließungsplan wurde im letzten Jahr nach über 300 Einsprüchen vorerst zurückgestellt. Es handelt sich dabei um Kämpfe gegen das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land.

Die bayerische Landesregierung hat auf jeden Fall nach den bisherigen Gesamtschulversuchen erklärt, sie sei für deren Einstellung nach diesem Schuljahr.

Begründungen des DGB

Der DGB stellt in seiner Broschüre zur Begründung der Kampagne die Forderung nach einer einheitlichen Ausbildung bis zum 10. Schuljahr in den Mittelpunkt:

,,Die Kinder werden nach 4 Jahren Grundschule (sie ist eine Gesamtschule) nicht in Oberschüler, Real- und Volksschüler aufgeteilt, sondern lernen 6 weitere Schuljahre zusammen ... In der integrierten Gesamtschule fällt die Entscheidung über die weitere Schulentwicklung erst am Ende der 10. Klasse.'' Entsprechend fordert der DGB auch die obligatorische Einführung des 10. Schuljahres. Der DGB spricht sich nicht für versteckte Dreigliedrigkeit über Kurssysteme aus, sondern für einheitlichen Schulbetrieb bei zusätzlicher Förderung bei Schwierigkeiten einzelner Schüler. Wichtig ist dabei auch, daß der DGB-Vorstand nicht ein Modell hochgehoben hat. Ob man das geforderte dann Einheitsschule oder Gesamtschule nennt, ist zweitrangig, dem Interesse der Masse des Volkes gegenüber dem Bildungswesen entspricht es.

Ein Problem ist, daß der DGB aus taktischen Gesichtspunkten, was durchsetzbar ist, nicht die Gesamtschule als Regelschule fordert. Zweifelsohne wird es ein Problem sein, bei einer einheitlichen Ausbildung im theoretischen Bereich das Niveau der 10. Gymnasiumsklasse beim Abschluß zu erreichen, das aus einer theoretischen Büffelung seit dem 6. Schuljahr entsteht. Aus diesem Problem konstruiert die bayerische Staatsregierung auch fortlaufend Ablehnungen von Abiturienten aus Gesamtschulen in andern Bundesländern für das Hochschulstudium. Die einheitliche Schule bis zum 10. Schuljahr muß Regelschule sein.

Der DGB fordert auch die Verbindung der theoretischen mit der praktischen Ausbildung: ,,Die Gesamtschule vermittelt nicht nur ,graue Theorie'. In Lehrwerkstätten wird eine erste Einführung in handwerkliche Tätigkeiten (Holz- und Metallverarbeitung) angeboten.''

Der DGB fordert die Ganztagsschule, zum einen um die Eltern nicht mit Hausaufgabenhilfe zu belasten, zum anderen soll der Nachmittag ,,ein Lebensraum, in dem Kinder und Jugendliche lernen, spielen, schmökern und sich tummeln können'', sein.

,,Die Gesamtschule hat kurze Wege'', propagiert der DGB, ausgehend davon, daß durch Zusammenfassung in einem Schultyp auch in ländlichen Gebieten immer genügend Schüler für den Betrieb auf Gemeindeebene da sind entgegen der Auseinanderdividierung in die Realschulen und Gymnasien an anderen Orten.

Zu Beginn dieses Schuljahres hat der DGB alle Mitglieder aufgerufen, sich gezielt an den Elternvertretungswahlen zu beteiligen. Daß ist sicher ein Schritt zur Kontrolle des Schulwesens durch das Volk auf örtlicher Ebene.

In jedem Fall hat die Kampagne erste Reaktionen gezeigt. 3 CSU-Landtagsabgeordnete haben jetzt einen Antrag eingebracht, das 10. Schuljahr als Pflichtschuljahr an den allgemeinbildenden Schulen einzuführen. Das ist nicht unbedeutend, war die CSU bisher doch immer einheitlich gegen alle ,,Einebnungen des Schulwesens''.

Fortsetzung von Seite 13:

Arbeiterselbstverwaltung in Polen

LINK: Es ist einfach. Alle Kandidaten sollen von verschiedenen Stellen bègutachtet werden, und die Selbstverwaltung soll sich einen auswählen, gegen den sie keine Einwände hat.

Zu den Befugnissen der Selbstverwaltung soll also auch die endgültige Entscheidung über die Beschäftigung des Direktors gehören.

PANIEC: Jemand muß doch den Arbeitsvertrag unterschreiben.

LINK: Das Unternehmen ist aber staatlich. Den Arbeitsvertrag müßte demnach z.B. der Minister unterschreiben.

Das Unternehmen wird selbständig sein. Wozu dann der Minister?

SADOWSKI: Der Staat oder auch die politischen Organisationen können Gutachten über den Direktor anfertigen. Aber die Stimme der Selbstverwaltung sollte den Ausschlag geben. Wer bezahlt den Direktor? Der Minister?! Nein, der Arbeiter bezahlt ihn und kein anderer. Der Direktor sitzt auf seinem Stuhl nur dank derer, die unten sind, und übt ihnen gegenüber in gewissem Sinne eine dienstleistende Funktion aus. Mich regt die Formulierung ,,Der Minister zahlt'' auf. Es ist doch umgekehrt: die Belegschaft bezahlt den Direktor. Wir müssen uns diese schematische Denkweise abgewöhnen.

LINK: Die Vorschriften besagen aber etwas anderes. Die Nominierung unseres Direktors unterzeichnet der Minister.

SADOWSKI: Wir leben in einer Zeit, wo neue Tatsachen geschaffen werden.

PANIEC: Wlodek (Link) ist ein Managertyp und fürchtet sich, diese Entscheidungen den Arbeitern zu überlassen.

ult. Die zum 1.8.1981 einzustellenden Lehrer, sowohl Angestellte als auch Beamte, werden ihre Planstellen nicht,
,,Schulaufsicht
werden, daß sonst irgendwie Unterricht ausfällt. In Hessen soll deshalb die gesamte Lehrerfortbildung im we-
beamtung entschieden wird. War es früher üblich, daß der Schulleiter nach einem Besuch seine Stellungnahme ab-
Treuchtlingen, wo sie 1980 eingestellt den Ganztagsschulen in München und
mindestens einen qualifizierten Abschluß der Hauptschule zu erreichen, für viele aber auch eine mittlere Reife, entspricht diesem Interesse an der Reproduktion einer neuen Arbeitergeneration auf höherem Bildungsniveau eher als das individuelle Durchkämpfen durch das bisherige Schulsystem. Überdies legt die immer größere Einbeziehung der Frau in die Produktion die Ganztagsschule nahe.
In den ländlichen Gebieten findet dagegen immer noch eine drastische Umwälzung der Verhältnisse von Generation zu Generation statt. Ständig werden noch bäuerliche Existenzen vernichtet, oder aber es kann nur ein Kind für die Führung des Bauernhofes bzw. des kleinen Handwerksbetriebes eingesetzt werden. Für die einfache Reproduktion der bäuerlichen oder handwerklichen Existenz reicht ein traditionell geringes Maß an staatlicher Ausbildung, denn die Masse der Kenntnisse über die Produktion werden in dieser selbst angelernt. Für die anderen Kinder aber, die absehbar als Zukunft haben, in die Stadt als Arbeiter zu gehen, ist es von Bedeutung, endlich et-
auch den Interessen der ländlichen Bevölkerung entsprochen werden. Sie hat bereits erhebliche Kämpfe geführt gegen die Schließung von Hauptschulen. 1969 waren bereits im Zuge der Auflösung der Konfessionsschulen viele Schulen geschlossen worden, von 1974-77 wurden in den Landkreisen weitere 80 geschlossen, in den Städten nur 8. Ein weiterer Schließungsplan wurde im letzten Jahr nach über 300 Einsprüchen vorerst zurückgestellt. Es handelt sich dabei um Kämpfe gegen das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land.
Die bayerische Landesregierung hat auf jeden Fall nach den bisherigen Gesamtschulversuchen erklärt, sie sei für deren Einstellung nach diesem Schuljahr.
Begründungen des DGB
Der DGB stellt in seiner Broschüre zur Begründung der Kampagne die Forderung nach einer einheitlichen Ausbildung bis zum 10. Schuljahr in den Mittelpunkt:
,,Die Kinder werden nach 4 Jahren Grundschule (sie ist eine Gesamtschule) nicht in Oberschüler, Real- und Volksschüler aufgeteilt, sondern lernen
Der DGB fordert die Ganztagsschule, zum einen um die Eltern nicht mit Hausaufgabenhilfe zu belasten, zum anderen soll der Nachmittag ,,ein Lebensraum, in dem Kinder und Jugendliche lernen, spielen, schmökern und sich tummeln können'', sein.
,,Die Gesamtschule hat kurze Wege'', propagiert der DGB, ausgehend davon, daß durch Zusammenfassung in einem Schultyp auch in ländlichen Gebieten immer genügend Schüler für den Betrieb auf Gemeindeebene da sind entgegen der Auseinanderdividierung in die Realschulen und Gymnasien an anderen Orten.
Zu Beginn dieses Schuljahres hat der DGB alle Mitglieder aufgerufen, sich gezielt an den Elternvertretungswahlen zu beteiligen. Daß ist sicher ein Schritt zur Kontrolle des Schulwesens durch das Volk auf örtlicher Ebene.
In jedem Fall hat die Kampagne erste Reaktionen gezeigt. 3 CSU-Landtagsabgeordnete haben jetzt einen Antrag eingebracht, das 10. Schuljahr als Pflichtschuljahr an den allgemeinbildenden Schulen einzuführen. Das ist nicht unbedeutend, war die CSU bisher doch immer einheitlich gegen alle ,,Einebnungen des Schulwesens''.
Fortsetzung von Seite 13:
Arbeiterselbstverwaltung in Polen
LINK: Es ist einfach. Alle Kandidaten sollen von verschiedenen Stellen begutachtet werden, und die Selbstverwaltung soll sich einen auswählen, gegen den sie keine Einwände hat.
Zu den Befugnissen der Selbstverwaltung soll also auch die endgültige Entscheidung über die Beschäftigung des Direktors gehören.
PANIEC: Jemand muß doch den Arbeitsvertrag unterschreiben.
LINK: Das Unternehmen ist aber staatlich. Den Arbeitsvertrag müßte demnach z.B. der Minister unterschreiben.
Das Unternehmen wird selbständig sein. Wozu dann der Minister?
SADOWSKI: Der Staat oder auch die politischen Organisationen können Gutachten über den Direktor anfertigen. Aber die Stimme der Selbstverwaltung sollte den Ausschlag geben. Wer bezahlt den Direktor? Der Minister?! Nein, der Arbeiter bezahlt ihn und kein anderer. Der Direktor sitzt auf seinem Stuhl nur dank derer, die unten sind, und übt ihnen gegenüber in gewissem Sinne eine dienstleistende Funktion aus. Mich regt die Formulierung ,,Der Minister zahlt'' auf. Es ist doch umgekehrt: die Belegschaft bezahlt den Direktor. Wir müssen uns diese schematische Denkweise abgewöhnen.
LINK: Die Vorschriften besagen aber etwas anderes. Die Nominierung unseres Direktors unterzeichnet der Minister.
SADOWSKI: Wir leben in einer Zeit, wo neue Tatsachen geschaffen werden.
PANIEC: Wlodek (Link) ist ein Managertyp und fürchtet sich, diese Entscheidungen den Arbeitern zu überlassen.

,,Schulaufsicht näher an die Schule ...''

Ausbau der unteren Schulaufsichtsbehörden im Land Hessen

ult. Die zum 1.8.1981 einzustellenden Lehrer, sowohl Angestellte als auch Beamte, werden ihre Planstellen nicht, wie bislang, an der *Schule*, sondern bei den untersten Schulaufsichtsbehörden, den staatlichen Schulämtern in Hessen, erhalten. So legt es ein Erlaß des hessischen Kultusministers fest. Zweck der Maßnahme ist es, diese Lehrer im Bereich der staatlichen Schulämter hin und her zu verschieben, sie als Vertretungsreserve beliebig nach Bedarf einzusetzen. Erprobt wurde das Verfahren mit einer Reihe von Lehrern mit befristeten Angestelltenverträgen, der sogenannten ,,Lehrerfeuerwehr'', seit dem 1.2. dieses Jahres.

Ganz offenkundig gibt es an den Schulen entgegen allen anderslautenden Bekundungen der Landesregierung Lehrermangel, so daß die Löcher notdürftig gestopft werden müssen.

Damit haben die staatlichen Schulämter als Einstellungsort und als Verteiler eine neue zusätzliche Funktion erhalten. Seit ihrer Einführung Anfang 1980 wird ihr Aufgabenbereich immer weiter ausgebaut, ganz in dem Sinne, wie es der Vorsitzende der hessischen FDP anläßlich ihrer Gründung beschrieb: ,,Die Schulaufsicht näher an die Schulen heranzubringen.'' Was meint, ,,die Schulaufsicht näher an die Schulen heranzubringen, warum ist das nötig?'' Es erweist sich im Verlauf der letzten zwei Jahre immer mehr, daß die einschränkenden Maßnahmen der Landesregierung in der Versorgung der Schulen mit Lehrern zu solchen Reibungen führen, sowohl durch den direkten Unterrichtsausfall als auch durch die Auswirkungen auf die Lehrer, was ihre Anstellungsverhältnisse als auch was die Mehrarbeit angeht, daß dem auf jede Weise Druck entgegengesetzt werden muß. Die Institution der staatlichen Schulämter erfüllt diesen Zweck optimal für die Behörde, weil die Kontrolle einigermaßen direkt wegen des kleinen zu verwaltenden Bereichs ausgeübt werden kann.

Die Methode ist Allgegenwart bei allen möglichen schulischen Veranstaltungen wie Konferenzen, Fachkonferenzen, Prüfungen, Abitur, Eingriffe in bzw. Aufhebung von Entscheidungen der schulischen Entscheidungsgremien und Drohungen mit Sanktionen bei Zuwiderhandlung. So werden die Abiturprüfungen zunehmend mehr eine Veranstaltung, bei der gleichzeitig die Lehrer geprüft werden. Konnte früher der Lehrer bei der Korrektur *nach* Erhalt der Arbeiten über die Notengebung entscheiden, so ist er jetzt durch die neue Abiturprüfungsordnung gezwungen, sich in einem sogenannten ,,Erwartungshorizont'' vorher festzulegen und zwar möglichst genau, um zu verhindern, daß die Noten im nachhinein zu gut werden. Gegen diese Regelung gibt es einen zähen Kleinkrieg, zum einen, weil die wenigsten Lehrer die Schüler schlecht benoten wollen, zum anderen, weil das Verfahren viel Arbeit bringt. Die Erwartungshorizonte waren in der Regel deshalb kurz und vage. Das staatliche Schulamt Frankfurt wollte dem einen Riegel vorschieben. Nach der Übung am Abendgymnasium Frankfurt, bei dem nicht nur sämtliche Themen ausgetauscht und das Abitur unter Anwesenheit von mehr als 20 Schulaufsichtsbeamten abgelaufen war, zitierte ein besonders eifriger Vertreter an einer anderen Schule eine Anzahl von Lehrern sozusagen von gleich auf jetzt (vormittags Anruf in der Schule, nachmittags desselben Tages Termin im staatlichen Schulamt), um ihnen mitzuteilen, die Themenstellung und die ,,Erwartungshorizonte'' entsprächen nicht den Anforderungen und seien zu ändern.

In einem ländlichen Bezirk wurde die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen Lehrern verboten mit der Begründung, sie seien noch zu jung, d.h. zu kurz an der Schule, die Beschwerde beim staatlichen Schulamt wurde mit einer Bestätigung der Schulleiterentscheidung beantwortet, zusätzlich wurde mitgeteilt, die Fortbildungsmaßnahme könne nicht wahrgenommen werden, weil Unterricht ausfalle. Das, obwohl nach der Allgemeinen Dienstordnung die Fortbildung zu den Pflichten des Lehrers gehört. Letzteres ist der eigentliche Grund, wegen der vielen Auseinandersetzungen um den Unterrichtsausfall soll bei der Nichteinstellungspolitik vermieden werden, daß sonst irgendwie Unterricht ausfällt. In Hessen soll deshalb die gesamte Lehrerfortbildung im wesentlichen zusätzlich zum Unterricht auf den Nachmittag verlegt werden, ohne Stundenentlastung selbstverständlich.

Die Anwesenheit der Beamten der staatlichen Schulämter bei Konferenzen etc., ihre Eingriffe in deren Entscheidungen, in die Prüfungen haben vom Kern her natürlich mit dem Inhalt der dort getroffenen Entscheidungen zu tun, bei denen es um die Schüler geht. Dabei geht es darum zu verhindern, daß die Lehrer sich, wie es im Fall des Abendgymnasiums immer hieß, auf eine ,,Kumpanei'' mit den Schülern einlassen. Ob sie das tun oder nicht wird aber unter den Bedingungen von Nichteinstellung, Versetzungskarussel, Auflösung von Grundschulen und damit verbundenen Versetzungen oft genug zu dem Kriterium, an dem sich ihr eigenes Schicksal in der Schule entscheidet. Die Überprüfung des Lehrerverhaltens ist der Gesichtspunkt, an dem gemessen wird, wer Beamter auf Lebenszeit wird. Für die Lehrer gibt es nicht wie in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes die Regelbeurteilung. Das ist für sich genommen sicher ein Vorteil, daß nach dem zweiten Staatsexamen nur noch bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit eine Beurteilung ansteht, die Konsequenzen hat.

Inzwischen erweist sich aber die Tatsache, daß es keinerlei Regelungen über Beurteilungskriterien bei Verbeamtungen etc. gibt, als ein Einfallstor für jegliche Willkür. Voraussetzung ist ein Unterrichtsbesuch, auf dessen Grundlage die Befürwortung der Verbeamtung entschieden wird. War es früher üblich, daß der Schulleiter nach einem Besuch seine Stellungnahme abgab, übernehmen jetzt die Beamten des staatlichen Schulamtes diese Tätigkeit. Solange der Schulleiter diese Aufgabe wahrnahm, war es immer noch möglich, in der Schule durch den Personalrat und das Kollegium einen recht großen Druck zu entfalten, obwohl die Teilnahme an diesen Unterrichtsbesuchen für die Personalräte nicht erlaubt ist. Unter den jetzigen Bedingungen hat dieses Verbot wesentlich größere Auswirkungen. Zusätzlich bürgert sich die Praxis ein, mehrere Unterrichtsbesuche zu machen, den Lehrern die Entscheidungskriterien vorzuenthalten und die Verbeamtung weit über die vorgeschriebene einzuhaltende Frist von allerhöchstens fünf Jahren Probezeit (danach ist zu entlassen) hinauszuzögern. Mit Vorliebe werden dabei Lehrer herausgegriffen, die in Auseinandersetzungen mit der Behörde unangenehm aufgefallen sind. Die GEW Hessen hat sich in verschiedenen Stellungnahmen eindeutig gegen alle Absichten ausgesprochen, die Regelbeurteilung für Lehrer einzuführen. Das ist zwar richtig, reicht aber keinesfalls aus, um mit dem gegenwärtigen Zustand fertig zu werden, in dem eine ständige Verschärfung der Kontrolle gerade ohne Regelbeurteilung stattfindet. Die GEW-Fraktion des Gesamtpersonalrats beim staatlichen Schulamt Frankfurt hat sich deshalb für eine Dienstvereinbarung ausgesprochen, um Minimalbedingungen für die Beurteilung festzulegen und die Willkür und Kontrolle einzuschränken und die Beteiligung der Personalräte durchzusetzen.

„Rings und Lechts die kann man nicht verwechsern – werch ein Illtum!“

I. Hollow Skai und das Leben vom alternativen Markt

Man braucht kein Punk zu sein, um verstehen zu können, daß auch auf dem alternativen Markt aus Scheiße noch Geld gemacht werden kann. Hollow wird vom Verfasser des Vorwortes zu seinem Buch besonders gelobt, weil er einer „der ganz wenigen Leute (ist), denen es gelungen ist, dem Monopol der multinationalen Medienkonzerne und ihrer kulturindustriell normierten Produkte eine Nische abzuringen ...“ Das kann der Sounds-Autor nicht genug betonen, lebt er doch selbst in (und von) dieser Nische.

Nun sei nicht gemeckert, weil hier neben den großen Konzernen ein kleiner Konzern aufgebaut wurde mit eigenem Label, Tonstudio, Vertrieb und Promotion übers eng verbundene Stadtmagazin. Das wäre ja ausgezeichnet, wenn es dem Bedürfnis nach kultureller Aktivität (hier insbesondere Punk), an den Medienkonzernen vorbei, helfen würde. Nur, die ganze Sache hat sich inzwischen in genau die gleichen Bahnen entwickelt und ist nichts mehr als alternative Kommerzmasche. Hier werden Bands genauso „gemacht“ wie von EMI oder K-tel. Nur eben auf kleinerer Ebene. Hier wird die Unfähigkeit einiger Gruppen zu singen, zu texten, oder gar ein Instrument zu spielen, damit getarnt, es gar nicht zu wollen! Spielt auch keine große Rolle mehr – die richtige Besprechung zur richtigen Zeit im Stadtmagazin und schon sind 5000 Platten verkauft. Schöner Punk.

II. Hollows „wissenschaftliche“ Arbeit über Punk

Auch der Rezensent aus KVZ 23/81 meint, das Buch sei ein „Versuch einer wissenschaftlich-historischen Abhandlung über den Punk“. Nun gut, kein Streit darüber, ob es vielleicht ein Versuch ist. Jedenfalls spricht sowohl der Autor als auch der Verfasser des Vorwortes der Arbeit die Wissenschaftlichkeit ab. Es ist nämlich in einigen Teilen viel mehr! Es ist eine wirklich treffend gefaßte Beschreibung des Gefühls, Punk zu sein – auch wenn Hollow Skai das *heute* nicht mehr ist!

Allein fatal ist, daß dem Buch das Schlimmste passiert ist, was einem Buch über Punk geschehen kann – es ist entsetzlich langweilig.

Das „für eine schriftliche wissenschaftliche Arbeit bahnbrechende Layout“ (Vorwort) oder das sogenannte „Punk-Lay-Out“ hat nun so gar nichts Neues mehr an sich. Die musikwissenschaftlichen Arbeiten über Rockgruppen, die in absolut dem gleichen Stil gehalten sind, zählen ebenso Legion wie die über Dadaismus – nur eben mehr Witz, Ideen; eben weniger Langeweile. So bleibt denn auch angesichts der vielen Tippfehler im „Punk-Lay-Out“ nur die Frage: Kann der Mann nicht tippen oder will er nicht? Vermutlich ersteres getarnt mit letzterem.

Warum Punk Spaß machen kann – Warum Punkmusik gut *oder* langweilig sein kann – Warum Punk nicht so einfach zu „erklären“ ist – Warum Hollow Skai kein Punk mehr ist; und überhaupt nochmal das ganze im Sounds-Verlag erschienene „wissenschaftliche“ Buch.

Die wenigen, über Beschreibung von persönlichen Erlebnissen und Gefühlen hinausgehenden Passagen, politischer oder wissenschaftlich-soziologischer Natur, sind bereits im Artikel der KVZ 23 angeführt. Nur, auch sie sind persönliche Meinungen Hollow Skais, in keiner Weise Ergebnis von Forschung oder auch nur Überlegung, es sei denn man nimmt als Quellen- und Beweisangabe das „No Fun Fanzime Nr. xy“ Autor Hollow Skai. Aber macht das was? Gerade zum Lebensgefühl, so wie Hollow Skai es versteht, gehört ja die Unwissenschaftlichkeit; das ganze Buch soll eine Punkpersiflage auf eine Magisterarbeit sein. „... Kann dies der Sinn einer wissenschaftlichen (mit verlaub: kotz ..., würg ...) Arbeit sein? ... Welcher Sinn könnte hinter dieser mehrmonatigen Schreibtischfolter stehen, wenn nicht der, etwas von dem SPEED für die Nachwelt festzuhalten, der einen Abschnitt meines Daseins bestimmte?“ Erfreut wird denn auch festgestellt „man darf daher von diesem Buch nicht mal eine auch nur im Ansatz umfassende oder gar wissenschaftliche Erklärung für den Begriff Punk erwarten ... Schon die allererste Zielperson, die Frau, auf die die ganze Arbeit hätte ausgerichtet werden müssen, mußte eingestehen, wesentliche Züge und Passagen nicht verstanden zu haben. Fatal genug, war jene Frau doch Professorin für neuere deutsche Literaturgeschichte ... Hollow Skai mußte sich mit der Note ‚gut‘ für alle seine Mühen und Innovationen zufrieden geben.“

Sie muß, wenn man die Note betrachtet, wirklich nicht viel verstanden haben. Der Versuch einer wissenschaftlichen Persiflage, (oder Verarschung?) ist gut, die Idee ist bestechend – leider ist der „Versuch der künstlerischen Realisierung einer neuen Lebensauffassung“ gerade künstlerisch daneben. Nicht einfach schlecht, eben nur mittelmäßig, ohne Pfiff. Viele Schülerzeitungen oder Stadtmagazine, die noch nicht zum Fotosatz übergegangen sind, sind origineller, bringen treffendere Kritik an bestehenden Verhältnissen, auch im „Punk-Lay-Out“.

III. Was ist Punk – oder wer hat hier eigentlich recht?

„Punk als Destruktion setzt(e) Energien frei, um einer neuen Ästhetik Raum zu schaffen; nicht um die Langeweile der späten 70er zu einer neuen Kunstform zu stilisieren, sondern um den status quo zu verändern, letztlich die Langeweile zu verändern, von der jene destruktiven Energien leben.“ „Punk zeitigt keine Konsequenzen, denn es gibt (für ihn) keine Zukunft. Punk ist daher ‚immer radikal, niemals konsequent‘.“ Es wurde versucht, „Punk als politische Bewegung darzustellen, als besondere Form des politischen Anarchismus zu bezeichnen und zu organisieren, anstatt ihn als Basis zu verstehen, auf der etwas entwickelt werden kann, oder als eine von vielen kleinen Revolutionen bzw. als Welle, die der organisierten Langeweile entgegenarbeitet, ersetzt/erneuert wird von immer neuen, sich brechenden Wogen von Energie, auf deren Schaumkronen ständig aktualisierte Ideen tanzen, deren Brandung die versteinerten gesellschaftlichen Verhältnisse letztlich durchdringender erschüttert, als dies ein formiertes Vorgehen vermag.“

Hier liegen die wenigen Passagen, die eine Stärke des Buches ausmachen, ein wenig kann der Leser hier mit*fühlen*, was Punk sein soll, werden Gefühle, Erfahrungen, die bei Jugendlichen zu Haßgefühlen, zu Punk sich entwickeln, angedeutet und teilweise nachvollziehbar. Aber gleichzeitig wird auch klar, daß Punk nichts wirklich Neues ist, und hier hat auch der Vorrezensent der KVZ recht und braucht nicht ängstlich zu sein mit der Behauptung, die Besonderheit des Punks sei nicht das neue, sondern die Kontinuität der Jugendbewegung. Wenn Hollow Skai sagt, „Punk muß in diesem Zusammenhang auch und gerade als Resultat der Stagnation der linken Bewegung verstanden werden, als Ausdruck der Aussichtslosigkeit politischer Handlungsmöglichkeiten Ende der 70er Jahre ...“ sieht man, daß die Punkwelle sich nicht in der Qualität von den Teds und Mods der 50er oder den Rockern und Hippies der 60er und 70er Jahre unterscheidet.

Was den Unterschied ausmacht ist in der Tat die Radikalität, die sich aus der vollständigen Aussichtslosigkeit ergibt. Aber auch hier ist Hollow Skai halbherzig, er meint Punk solle/wolle über viele kleine Revolutionen die gesellschaftlichen Verhältnisse erschüttern. Will Punk das? Ich glaube vielmehr, Punk ist *nichts*, *sinnlos*, weil alles sinnlos ist. Eben „No future“. Und wer keine Zukunft hat, muß jetzt möglichst viel leben und erleben. Action um jeden Preis.

Man kann Punk schlecht erkären; (vielleicht gar nicht?) fühlen muß man alleine. Er entsteht aus einer Situation der Hilflosigkeit, der Verzweiflung, er ist in seiner Ablehnung total. Aber er kämpft auch einen individuellen Kampf gegen „das (jedes) System“.

Aber auch beim Punk und gerade im kulturellen Bereich gibt es qualitative Unterschiede. Es gibt gute Punk-Bands, die es sich lohnt zu hören, die wirklich IDEAL (!?) was rüber bringen von Musik und Text und es gibt gepushte Gruppen, die über Promotion gejubelt werden. Vielleicht auch eine Frage des Geschmacks, aber der No Fun Label bürgt auch hier nicht gerade für Zerstreuung – eher für Mittelmaß.

Wer einiges über die Geschichte des Punk, bestimmte Bands, die eine wichtige Rolle gespielt haben, erfahren will, für den ist das Buch als (allerdings recht bescheidene) Sammlung geschichtlicher Daten lesenswert. Andere sollen lieber ins Konzert gehen. Ansonsten kann man nur dem Titel des ersten Abschnitts zustimmen „When I woke up this morning, I was really bored“.

Harry Assenmacher, Hannover

SDAJ-Festival in Dortmund

„Power auf die Dauer“ Auf die Dauer für die Sowjetunion?

ans.Dortmund. Die Vielfältigkeit, von der das umfangreiche Programm bereits einen Eindruck vermittelt, die lockere Atmosphäre, die Vielzahl bekannter Künstler, die große Menge Gleichaltriger, vielleicht auch gleich- oder ähnlich Gesinnter – Zehntausende Jugendlicher aus allen Teilen der Bundesrepublik hat das zum Festival der Jugend – organisiert von den DKP-Jugendorganisationen SDAJ und MSB-Spartakus – am 19./20.6. nach Dortmund gezogen. Die Kennzeichen der Autos um das Westfalenhallengelände zeigen, daß sie z.T. einigen Weg auf sich genommen haben, die Zelte und Schlafsäcke in den Grünanlagen ringsum auch. Selbst für jemand, der sich die 20 DM Eintritt nicht leisten kann, ist Programm genug rings um die Hallen: die „Volkswiese“ mit Jugendzentrum, Sport- und Aktionszentrum, Friedensdorf gibt es ebenso umsonst wie die open-air-Bühne, die vielen Informationsstände, das Diskussionszelt. Außerdem haben sich zahlreiche Kunsthandwerker, Straßenhändler etc. eingefunden, internationale Spezialitäten gibt es und dazwischen immer wieder UZ- und elan-Verkäufer mit dem Hinweis: „Hier kannst Du DKP-Mitglied werden.“

20 DM muß man bezahlen, wenn man das Programm in den Hallen miterleben will, das von politischen Diskussionen, z.B. Herbert Mies im Kreuzverhör, über Kulturvorführungen und Info-Stände der Jugendorganisationen aus der DDR und UdSSR sowie verschiedenster internationaler Gäste bis hin zu den zahlreichen Musikveranstaltungen reicht. Auch hier für jeden Geschmack etwas, neben Rock und Jazz viele Liedermacher wie Wader, Degenhardt u.a., neben lokalen Musikgruppen international bekannte Sänger wie z.B. Miriam Makeba.

Einen Gesamtüberblick über das Festival zu geben, halte ich für unmöglich, aber wenn man sich selber unter den vielen Jugendlichen auf dem Gelände bewegt, manchmal auch schieben läßt, die da z.T. mit angemalten Gesichtern, Punkfrisuren, Motorradkluft oder auch einfach „normal“ rumlaufen, bekommt man einen Begriff von der Faszination, die so viele – und bei weitem nicht alles SDAJ-Anhänger – anzieht.

Die SDAJ-Zeitschrift elan mag recht haben, wenn sie als quasi politisches Minimum der Gemeinsamkeit angibt: „Das Festival ist das Treffen der Atomraketengegner.“ Auf jeden Fall ist das Thema Frieden mit vielen Diskussionsveranstaltungen, mit Friedensdorf und Friedensorchester und musikalischer Friedensnacht das zentrale Thema des Fests. Dazu weiter unten.

Die SDAJ-DKP scheint mir das Fest zweigleisig zu fahren: Erstens: Gibt es das Sich-Ranschmeißen an die Bewegung, von jedem etwas: Homosexualität, Frauen, Hausbesetzer, Ökologie, Frieden. Und zwar nach dem Motto „Rock statt Raketen! Raggae statt Reagan! Punk statt Panzer!“ (elan-Festival-Programm). In einer Podiumsdiskussion zum Thema Jugendbewegung: „Links – wie weiter?“ mit Vertretern der Hausbesetzerbewegung, die sich gegen das Organisiertsein in solchen Jugendorganisationen aussprechen, präsentiert sich die SDAJ-Vertreterin verständnisvoll und offen für alle Fragen der Jugend. Sie sei in der SDAJ, „weil mir viel gestunken hat“, sie wendet sich gegen Resignation, man müsse solidarisch sein, z.B. gegenüber Vietnam, Nicaragua, bei der Unterstützung des Krefelder Appells. Die politischen Inhalte werden vermittelt über das Erleben der SDAJ als Organisation, die für „Power auf Dauer“ ist, die in der Lage ist, ein umfangreiches Kulturprogramm mit vielen bekannten und unbekannten Künstlern zu organisieren. Tausende füllen die Westfalenhalle in der „Friedensnacht“, um die Musik zu hören. Sie muß wegen Überfüllung geschlossen werden.

Zweitens: Die Fortgeschrittensten werden *direkt politisch angesprochen* und agitiert. Einige Hundert nehmen an den jeweiligen Diskussionen teil. Diese Veranstaltungen sind stärker durchorganisiert und dienen recht eindeutig der Propaganda der DKP und ihrer Moskaulinie. Hier findet Ausrichtung statt, z.B. über Büchertische, an denen für Abonnements geworben wird oder Literatur zu Polen liegt. Hier soll wohl auch der „reale Sozialismus“ propagiert werden. Hier wird der Vielfalt ihr äußerer Schein genommen!

Ich will das am Beispiel der wohl zentralen Friedensdiskussion „Stoppt die US-Atomraketen“ zeigen. Die „Vielfalt“ des Podiums mit 9 Teilnehmern stellt sich – außer dem BBU-Vorsitzenden Leinen – als entschiedenste Verfechter des Krefelder Appells und wohl auch in der Mehrzahl DKP-Mitglieder heraus, allerdings in verschiedenstem Gewande – außer Buschmann vom DKP-Präsidium – als Betriebsrat, als Soldat, Naturfreundejugend, Landesjugendring etc. Die Vertreterin der Grünen, Kelly, und ein FDP-Vertreter, Strässer, – beide ebenfalls Krefeld-Unterschreiber – sehen auch die Friedensbedrohung ausschließlich von den USA ausgehen. Der Ablauf der Veranstaltung ist entsprechend: fast 1½ Stunden Statements, dann sind viele schon gegangen, dann eine halbe Stunde Diskussion, dann wird diese – ehe sie eigentlich richtig losgeht – für beendet erklärt. Jetzt beginne die Friedensnacht. Im Podium ist Leinen der einzige, der für ein atomwaffenfreies Europa eintritt und für eine Perspektive, die sich gegen die Konzentration der Militärblöcke in Europa richtet. Alle anderen gehen davon aus, daß die SU den Westen nicht bedrohe, immer verhandlungsbereit sei, immer in der Rüstung hinter der USA gelegen habe. Buschmann zitiert den Überfall Hitler-Deutschlands auf die UdSSR, um die „Lauterkeit sowjetischer Politik für den Frieden“ zu beweisen.

Krefeld als Minimum, die SU als Friedensmacht – über mehr darf nicht geredet werden. Schluß der Debatte.

„Schade, daß Beton nicht brennt“

verkauft. Schöner Punk.

II. Hollows „wissenschaftliche“ Arbeit über Punk

Auch der Rezensent aus KVZ 23/81 meint, das Buch sei ein „Versuch einer wissenschaftlich-historischen Abhandlung über den Punk“. Nun gut, kein Streit darüber, ob es vielleicht ein Versuch ist. Jedenfalls spricht sowohl der Autor als auch der Verfasser des Vorwortes der Arbeit die Wissenschaftlichkeit ab. Es ist nämlich in einigen Teilen viel mehr! Es ist eine wirklich treffend gefaßte Beschreibung des Gefühls, Punk zu sein – auch wenn Hollow Skai das heute nicht mehr ist!

Allein fatal ist, daß dem Buch das Schlimmste passiert ist, was einem Buch über Punk geschehen kann – es ist entsetzlich langweilig.

Das „für eine schriftliche wissenschaftliche Arbeit bahnbrechende Layout“ (Vorwort) oder das sogenannte „Punk-Lay-Out“ hat nun so gar nichts Neues mehr an sich. Die musikwissenschaftlichen Arbeiten über Rockgruppen, die in absolut dem gleichen Stil gehalten sind, zählen ebenso

KVZ 23 angeführt. Nur, auch sie sind persönliche Meinungen Hollow Skais, in keiner Weise Ergebnis von Forschung oder auch nur Überlegung, es sei denn man nimmt als Quellen- und Beweisangabe das „No Fun Fanzime Nr. xy“ Autor Hollow Skai. Aber macht das was? Gerade zum Lebensgefühl, so wie Hollow Skai es versteht, gehört ja die Unwissenschaftlichkeit; das ganze Buch soll eine Punkpersiflage auf eine Magisterarbeit sein. „... Kann dies der Sinn einer wissenschaftlichen (mit verlaub: kotz ..., würg ...) Arbeit sein? ... Welcher Sinn könnte hinter dieser mehrmonatigen Schreibtischfolter stehen, wenn nicht der, etwas von dem SPEED für die Nachwelt festzuhalten, der einen Abschnitt meines Daseins bestimmte?“ Erfreut wird denn auch festgestellt „man darf daher von diesem Buch nicht mal eine auch nur im Ansatz umfassende oder gar wissenschaftliche Erklärung für den Begriff Punk erwarten ... Schon die allererste Zielperson, die Frau, auf die die ganze Arbeit hätte ausgerichtet werden müssen, mußte eingestehen, wesentliche Züge und Passagen nicht verstanden zu haben. Fatal genug, war jene Frau doch Pro-

jene destruktiven Energien leben.“ „Punk zeitigt keine Konsequenzen, denn es gibt (für ihn) keine Zukunft. Punk ist daher ‚immer radikal, niemals konsequent‘.“ Es wurde versucht, „Punk als politische Bewegung darzustellen, als besondere Form des politischen Anarchismus zu bezeichnen und zu organisieren, anstatt ihn als Basis zu verstehen, auf der etwas entwickelt werden kann, oder als eine von vielen kleinen Revolutionen bzw. als Welle, die der organisierten Langeweile entgegenarbeitet, ersetzt/erneuert wird von immer neuen, sich brechenden Wogen von Energie, auf deren Schaumkronen ständig aktualisierte Ideen tanzen, deren Brandung die versteinerten gesellschaftlichen Verhältnisse letztlich durchdringender erschüttert, als dies ein formiertes Vorgehen vermag.“

Hier liegen die wenigen Passagen, die eine Stärke des Buches ausmachen, ein wenig kann der Leser hier mitfühlen, was Punk sein soll, werden Gefühle, Erfahrungen, die bei Jugendlichen zu Haßgefühlen, zu Punk sich entwickeln, angedeutet und teilweise nachvollziehbar. Aber gleichzeitig wird auch klar, daß Punk nichts wirklich Neues ist, und hier hat auch der Vorre-

lockere Atmosphäre, die Vielzahl bekannter Künstler, die große Menge Gleichaltriger, vielleicht auch gleich- oder ähnlich Gesinnter – Zehntausende Jugendlicher aus allen Teilen der Bundesrepublik hat das zum Festival der Jugend – organisiert von den DKP-Jugendorganisationen SDAJ und MSB-Spartakus – am 19./20.6. nach Dortmund gezogen. Die Kennzeichen der Autos um das Westfalenhallengelände zeigen, daß sie z.T. einigen Weg auf sich genommen haben, die Zelte und Schlafsäcke in den Grünanlagen ringsum auch. Selbst für jemand, der sich die 20 DM Eintritt nicht leisten kann, ist Programm genug rings um die Hallen: die „Volkswiese“ mit Jugendzentrum, Sport- und Aktionszentrum, Friedensdorf gibt es ebenso umsonst wie die open-air-Bühne, die vielen Informationsstände, das Diskussionszelt. Außerdem haben sich zahlreiche Kunsthandwerker, Straßenhändler etc. eingefunden, internationale Spezialitäten gibt es und dazwischen immer wieder UZ- und elan-Verkäufer mit dem Hinweis: „Hier kannst Du DKP-Mitglied werden.“

20 DM muß man bezahlen, wenn man das Programm in den Hallen miterleben will, das von politischen Diskussionen, z.B. Herbert Mies im Kreuzverhör, über Kulturvorführun-

tretern der Hausbesetzerbewegung, die sich gegen das Organisiertsein in solchen Jugendorganisationen aussprechen, präsentiert sich die SDAJ-Vertreterin verständnisvoll und offen für alle Fragen der Jugend. Sie sei in der SDAJ, „weil mir viel gestunken hat“, sie wendet sich gegen Resignation, man müsse solidarisch sein, z.B. gegenüber Vietnam, Nicaragua, bei der Unterstützung des Krefelder Appells. Die politischen Inhalte werden vermittelt über das Erleben der SDAJ als Organisation, die für „Power auf Dauer“ ist, die in der Lage ist, ein umfangreiches Kulturprogramm mit vielen bekannten und unbekannten Künstlern zu organisieren. Tausende füllen die Westfalenhalle in der „Friedensnacht“, um die Musik zu hören. Sie muß wegen Überfüllung geschlossen werden.

Zweitens: Die Fortgeschrittensten werden direkt politisch angesprochen und agitiert. Einige Hundert nehmen an den jeweiligen Diskussionen teil. Diese Veranstaltungen sind stärker durchorganisiert und dienen recht eindeutig der Propaganda der DKP und ihrer Moskaulinie. Hier findet Ausrichtung statt, z.B. über Büchertische, an denen für Abonnements geworben wird oder Literatur zu Polen liegt. Hier soll wohl auch der „reale Sozialismus“ propagiert werden. Hier wird der Vielfalt ihr äußerer Schein genommen!

„Schade, daß Beton nicht brennt“

Ein Film über die Westberliner Instandbesetzungen

olb. So heißt der erste „kinofähige“ 16 mm Film über die Westberliner Instandbesetzungen.

Wirklichkeitstreue war beabsichtigt. Authentischer hätten die Drehbedingungen auch kaum sein können. Die Filmemacher haben Monate in besetzten Häusern gewohnt und bei verschiedenen Aktionen der Besetzer mitgemacht. Mutig genug, um mitten in Straßenkämpfen zu filmen waren sie auch.

Gleich zu Anfang fährt die Kamera ins tiefe Kreuzberg ein, jedenfalls weiß das der Interessierte, der den Ausblick aus dem Fenster der Hochbahn kennt, den die Kamera nachvollzieht.

Wechsel von Neu- und Altbaufassaden. Die neuen sind vielleicht noch häßlicher als die alten, vor allem unheimlich tot in ihren grellbunten Farben.

Schnitt – und man ist gleich Zeuge des Konflikts zwischen Neubaubewohnern und Abrißhausbesetzern. Kein offener Konflikt. Die Ersteren beäugen aus ihren betonierten Sehschlitzen mißtrauisch die Besetzer gegenüber. Die haben sich dort mit den letzten legalen Mietern, einer Oma, einer Türkenfamilie und einem Trinker ein wenig „menschlich“ eingerichtet, halten Haustiere und haben einen Rasen zum Sonnen.

Die Interviews in dieser Szenerie drehen sich nur um das Zusammenleben miteinander bzw. mit dem Gegenüber (nichts über Mieten, Hausbesitz, Spekulation o.ä.). Das scheint das Verhältnis zwischen Besetzern und Nichtbesetzern zu *charakterisieren*, ist aber zufällig, weil abgeschiedene und verängstigte Menschen den Besetzern gegenübergestellt werden.

Vielleicht soll dann der Film mit dem Schnitt zum Straßenkampf, durch ein Interview mit Besetzern auf den Trümmern ihres gerade zerstörten Hauses, zum Wesen des Häuserkampfes übergehen. Doch filmisch erzeugt wird nur Mitgefühl. Ganz unpassend erscheint mir hier ein Gespräch, das offenbar an einem Frühstückstisch geführt wurde und in allgemeiner, ganz banaler Form über die Kriminalisierung der Bewegung spekuliert.

Der Innensenator wird interviewt. Gedehnt entwickelt er die Formeln der „Berliner Linie“: Nein, Angst vor dem Gefängnis und Kriminalisierung braucht *der* nicht zu haben, der keine Straftaten begeht. – Es wird ihm nicht widersprochen. Scheint's, alles ist klar. Man sieht Bilder vom Gefängnis Lehrter Straße und hört die paar Worte, die man sich über die Mauer durch das Zellenfenster zuwerfen kann.

Es gibt keinen Filmkommentar, der die Bilder ordnet und den Aussagen der Interviewten einen Platz zuweist. Folglich ist der Film dort gut, wo er mit der politischen Klarheit der Interviewten eine Richtung bekommt. Da gibt es die Szene mit dem *Bauhof*, um die es sich lohnt, in den Film zu gehen. Der Bauhof ist die Zentrale für Lagerung des Baumaterials, für Vergabe und Beschaffung. Knapp und präzise wird das durch die Besetzer erklärt. Die darauf folgenden Szenen der Arbeit an den Häusern sprechen aufgrund der Zuweisung in den Rahmen des Bauhofes für sich selber.

Ich schätze diesen Abschnitt des Films so hoch ein, weil er mit der Beweiskraft, die nur der Dokumentarfilm hat, zeigt, wie hart und und wie planmäßig für die Instandsetzung alter Häuser gearbeitet wird. Man muß das tatsächlich beweisen, gegen eine enorme Verleumdungskampagne, die aus den Besetzern Schmarotzer machen will.

Doch Beweiskraft hat der Film sonst kaum, denn er verzichtet aufs Argumentieren. Es gibt darüberhinaus noch interessante Szenen über den nächtlichen Wachdienst zum Schutz der Häuser, über das Gefühl, alleine zu wachen, und das Verhältnis zu den Häusern, das sich durch die Besetzung entwickelt. Aber ein Film über den Häuserkampf kann und muß mehr hergeben.

Meiner Ansicht nach ist hier der Wunsch, eine enge Bindung zur Bewegung zu halten, zum Festkleben an der zufälligen Erscheinung geworden. Dazu kommt sicher noch eine tiefe Abneigung gegen das „Abheben“ auf eine allgemeinere politische Ebene. Letztendlich ist der Film trotz seiner Hautnähe zur Bewegung kein Mittel, um Partei zu ergreifen.



jot.Frankfurt. „Die zweite industrielle Revolution – Frankfurt und die Elektrotechnik 1800 bis 1914“, ist das Thema einer Ausstellung im Historischen Museum in Frankfurt. Anlaß: das 100jährige Jubiläum des Frankfurter ‚Verbandes deutscher Elektrotechnik“ (VDE), und die 1891 in Frankfurt durchgeführte „Internationale Elektrotechnische Ausstellung“. Der Titel ist eine These der Veranstalter, die Ausstellung soll sie belegen.

Der Zeitraum der industriellen Revolution wird erfaßt, hervorgehoben wird die Elektrotechnik behandelt. Der Zusammenhang der Naturwissenschaft und Prokuktivkraft mit dem Kapital, die Entstehung des Industriekapitals und mit ihm der Arbeiterklasse sind nicht immer deutlich erkennbar; eine gute Hilfe ist da der Ausstellungskatalog.

Die frühen Erkenntnisse der Elektrotechnik, Skizzen, Bilder und Geräte, die Erforschung der galvanischen Elektrizität, durch die eine Batterie möglich wurde; die ersten Telegrafen sind zu sehen.

Der „Physikalische Verein zur Förderung der Forschung und Lehre Frankfurt“, „ist einer der ältesten Vereine zur Pflege der exakten Naturwissenschaften, ... die Kenntnisse in Physik und Chemie allgemeiner zu verbreiten und diese Wissenschaft so viel als möglich zu fördern“. Gründer waren zum Teil Ärzte; die Elektrizität hatte Bezug auf ihren Beruf.

Der in der Elektrolyse erzeugte Fließstrom wurde durch ein mechanisches Stufenrad zu elektrischen Impulsen zerhackt, mit diesem Reizstrom wurden Nerven- und Rheumaleiden behandelt. Dasselbe Stufenrad finden wir beim Telegrafentaster wieder. Die Auffassung, mit der Elektrizität sei Lebenskraft selbst gefunden, hatte außer durch den medizinischen Nutzen noch andere Gründe. Einmal den, daß die elektrische Kraft unsichtbar zu sein schien. Zum anderen, daß die Fabrikanten die Forschungsergebnisse kostenlos zu ihren Gunsten nutzten, was zu Geheimhaltung und „unerklärten Ergebnissen“ führte und so den mystischen Charakter zeugte.

Die Ausstellung behandelt einige Besonderheiten Frankfurts zur Zeit der industriellen Revolution. Bis zum 1. Mai 1864 gab es keine Gewerbefreiheit. Dem Konflikt um Manufakturen schloß sich der Konflikt um die Zulassung von Fabriken an. Die Gewerbeordnung schrieb die Tradition des Handwerks fest. Sie schloß Konkurrenz aus, wie technische Erneuerung oder den Import von Waren, wenn diese vom städtischen Handwerk auch hergestellt wurden. Das Handwerk versuchte sich so vor den Folgen der industriellen Revolution zu schützen. Es konnte sich auf das Kaufmanns- und Handelskapital stützen, welches zwar nicht prinzipiell gegen Manufaktur und Fabrik war, aber die Messemetropole nicht durch Manufakturen und Fabriken, Dampfmaschinen, deren Lärm, Dreck und Gestank, sowie eine raschen Zunahme der Arbeiterbevölkerung „*verschandeln*“ lassen wollte.

1853 wurde bei der Druckerei Dandorf eine Dampfmaschine aufgestellt. Sie war auch nachts in Betrieb, ermöglicht durch Gaslaternen und hohe Investitionskosten. Diesen Argumenten konnte das Kleinbürgertum und Handwerk nichts entgegenhalten. Sie setzten sich ab in Stadtteile, die der Industrie verwehrt waren.

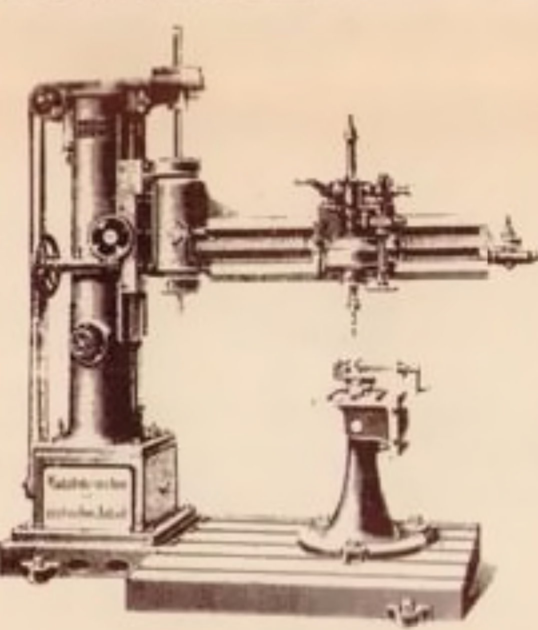
Der Telegraf und der Vorläufer der elektrischen Eisenbahn – die Pferdebahn – waren Folgen der industriellen Gesamtentwicklung. Verlängerung des Arbeitstages und Ausdehnung der Arbeit in die Nacht beschleunigten diesen Prozeß.

Als Industrie-Standort schien Frankfurt zwar – sozusagen natürlich – weniger geeignet, weil industrielle Rohstoffe fehlten. Das industrielle Wachstum Frankfurts war dennoch beachtlich. Die Fessel der Gewerbeordnung, fehlende Rohstoffindustrie und die Tatsache, daß Frankfurt Handels- und Finanzmetropole war, bewirkten die relative Stärke der feinmechanischen und chemischen Industrie. 1862 beschäftigte die Metallindustrie 600 Arbeiter, 1872 1000.

In den 70er Jahren setzte ein rapides Bevölkerungswachstum ein, das die Entwicklung aller Großstädte in den letzten 30 Jahren des 19. Jahrhunderts kennzeichnete. Etwa 85 Prozent der Zuwachsrate in Frankfurt fiel auf Zuwanderung.

Am 4.2.1981 wurde die „Elektrotechnische Gesellschaft“ gegründet. Unter den 62 Gründungsmitgliedern waren 42 bei der Post oder bei der Eisenbahn tätig. Die anderen waren Fabrikanten, Naturwissenschaftler und Kaufleute. 1890 wählte die Gesellschaft mit Eugen Hartmann zum ersten Mal einen Fabrikanten zum Vorsitzenden. Die „Internationale Elektrotechnische Ausstellung“ 1891 sollte der Starkstromtechnik gewidmet sein.

Zwei Ergebnisse des Jahres 1881 waren die allgemeine Patent- und Musterschutzausstellung und die Eröffnung des Frankfurter Fernsprechamtes. Die Patent- und Musterschau bot die Gelegenheit, den Entwicklungsstand der Elektrotechnik zu überblicken. Ausgestellt waren Federkraftmaschinen zum



Betrieb von Nähmaschinen und kleinen Drehbänken. Die „Deutsche Edison Gesellschaft“ hatte sich die Edison-Patente gesichert; aus ihr wurde später die AEG.

Auf Anregung Hartmanns entschloß sich der „Physikalische Verein“ 1888 zur Gründung einer „Elektrotechnischen Lehr- und Untersuchungsanstalt“ in Frankfurt. Es ging dabei um die Ausbildung zu Elektromechanikern und -monteuren zwecks Erweiterung der industriellen Produktion. Der Charakter der Gesellschaft hob sich jetzt immer deutlicher von seinem Vorläufer ab. „... das beweist nicht allein die stattliche Anzahl der mittlerweile in unserer Stadt entstandenen elektrotechnischen Anstalten, sondern auch der Umstand, daß es in ganz Deutschland nur sehr wenige elektrotechnische Unternehmungen von einiger Bedeutung gibt, in welchen nicht Frankfurter Kapital investiert ist“ (Festschrift 1898).

Der größte Teil der jetzigen Ausstellung ist der von 1891 gewidmet. Im Zentrum wird eine Tonbildschau vorgeführt, in der z.B. Georg Siemens den 24./25. August 1891 als den „Tag der Erstürmung der Bastille“ der Elektrotechnik bezeichnet. Es war auf der Frankfurter Ausstellung erstmals gelungen, von Laufen am Neckar bis nach Frankfurt, d.h. über 175 km, Drehstrom mit 15000 Volt Spannung zu übertragen und einen Drehstrommotor auf der Basis von 3phasigem Wechselstrom zu betreiben. Damit war das Problem der Antriebsmaschine gelöst:

„Aber auf einer gewissen Entwicklungsstufe geriet die große Industrie auch technisch in Widerstreit mit ihrer handwerks- und manufakturmäßigen Unterlage. Ausreckung des Umfangs der Bewegungsmaschinen, des Transmissionsmechanismus und der Werkzeugmaschinen ...“ wird erforderlich (K. Marx, Kapital Bd. I, S. 403).

Durch den transportierbaren Strom konnte sich die industrielle Entwicklung auf verbreiterter Grundlage fortsetzen. Es brauchte nicht mehr jede Fabrik ihre Dampfmaschine.

Mit der Bohrmaschine von Collet & Engelhard (siehe Abbildung) war ein für die Zukunft entscheidender Vorzug des Elektromotors auf der Ausstellung demonstriert: sein Integrierbarkeit in die Werkzeugmaschine.

Zwischen 1867 und 1900 ist die Fläche der Stadt um 34,3% auf 9400 ha gestiegen. Im gleichen Zeitraum entwickelte sich die Einwohnerzahl von 78000 auf 290000. 74 Prozent der Bevölkerungszunahme waren Zuwanderungen und Eingemeindungen. Zwischen 1882 und 1895 sank der Anteil der Selbständigen in Industrie und Handwerk um 15 Prozent. Im Westen der Stadt war Mitte der 90er Jahre das Industriegebiet intensiv entwickelt. Der Güterbahnhof hatte die verkehrsmäßige Strukturentwicklung des Industriegebiets befördert. Der Ausbau der Verkehrswege lag im Interesse der Frankfurter Industriekapitalisten. Ihrer starken Spezialisierung gerade für die Elektrotechnik räumlich weit gefächerter Märkte wurde entsprochen.

Die Ausstellung liefert Dokumente über den Charakter der industriellen Entwicklung. Die Produktionsverhältnisse waren gesprengt worden (z.B. durch das Einreißen der Gewerbeordnung). Der Industriekapitalist und die Klasse der Industriearbeiter waren Ergebnis dieser zweifellos revolutionären Umwälzung in der Produktion.

sen zerhackt, mit diesem Reizstrom wurden Nerven- und Rheumaleiden behandelt. Dasselbe Stufenrad finden wir beim Telegrafentaster wieder. Die Auffassung, mit der Elektrizität sei Lebenskraft selbst gefunden, hatte außer durch den medizinischen Nutzen noch andere Gründe. Einmal den, daß die elektrische Kraft unsichtbar zu sein schien. Zum anderen, daß die Fabrikanten die Forschungsergebnisse kostenlos zu ihren Gunsten nutzten, was zu Geheimhaltung und „unerklärten Ergebnissen“ führte und so den mystischen Charakter zeugte.

Die Ausstellung behandelt einige Besonderheiten Frankfurts zur Zeit der industriellen Revolution. Bis zum 1. Mai 1864 gab es keine Gewerbefreiheit. Dem Konflikt um Manufakturen schloß sich der Konflikt um die Zulassung von Fabriken an. Die Gewerbeordnung schrieb die Tradition des Handwerks fest. Sie schloß Konkurrenz aus, wie technische Erneuerung oder den Import von Waren, wenn diese vom städtischen Handwerk auch hergestellt wurden. Das Handwerk versuchte sich so vor den Folgen der industriellen Revolution zu schützen. Es konnte sich auf das Kaufmanns- und Handelskapital stützen, welches zwar nicht prinzipiell gegen Manufaktur und Fabrik war, aber die Messemetropole nicht durch Manufakturen und

Sie war auch nachts in Betrieb, ermöglicht durch Gaslaternen und hohe Investitionskosten. Diesen Argumenten konnte das Kleinbürgertum und Handwerk nichts entgegenhalten. Sie setzten sich ab in Stadtteile, die der Industrie verwehrt waren.

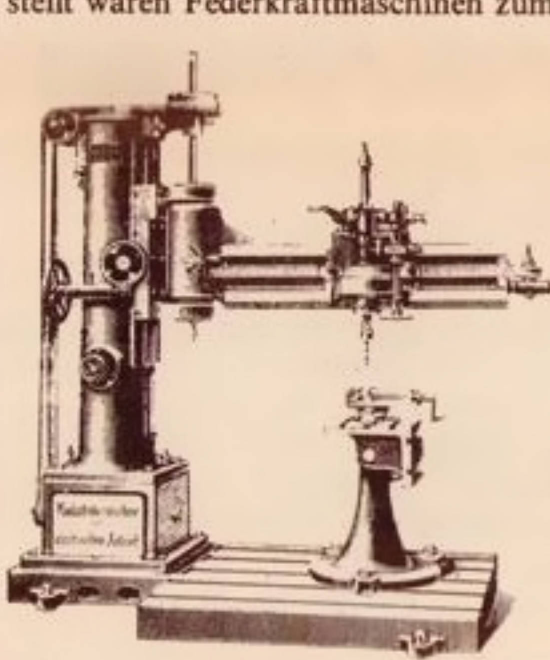
Der Telegraf und der Vorläufer der elektrischen Eisenbahn – die Pferdebahn – waren Folgen der industriellen Gesamtentwicklung. Verlängerung des Arbeitstages und Ausdehnung der Arbeit in die Nacht beschleunigten diesen Prozeß.

Als Industrie-Standort schien Frankfurt zwar – sozusagen natürlich – weniger geeignet, weil industrielle Rohstoffe fehlten. Das industrielle Wachstum Frankfurts war dennoch beachtlich. Die Fessel der Gewerbeordnung, fehlende Rohstoffindustrie und die Tatsache, daß Frankfurt Handels- und Finanzmetropole war, bewirkten die relative Stärke der feinmechanischen und chemischen Industrie. 1862 beschäftigte die Metallindustrie 600 Arbeiter, 1872 1000.

In den 70er Jahren setzte ein rapides Bevölkerungswachstum ein, das die Entwicklung aller Großstädte in den letzten 30 Jahren des 19. Jahrhunderts kennzeichnete. Etwa 85 Prozent der Zuwachsrate in Frankfurt fiel auf Zuwanderung.

Kaufleute. 1890 wählte die Gesellschaft mit Eugen Hartmann zum ersten Mal einen Fabrikanten zum Vorsitzenden. Die „Internationale Elektrotechnische Ausstellung“ 1891 sollte der Starkstromtechnik gewidmet sein.

Zwei Ergebnisse des Jahres 1881 waren die allgemeine Patent- und Musterschutzausstellung und die Eröffnung des Frankfurter Fernsprechamtes. Die Patent- und Musterschau bot die Gelegenheit, den Entwicklungsstand der Elektrotechnik zu überblicken. Ausgestellt waren Federkraftmaschinen zum



Betrieb von Nähmaschinen und kleinen Drehbänken. Die „Deutsche Edi-

(K. Marx, Kapital Bd. I, S. 403).

Durch den transportierbaren Strom konnte sich die industrielle Entwicklung auf verbreiterter Grundlage fortsetzen. Es brauchte nicht mehr jede Fabrik ihre Dampfmaschine.

Mit der Bohrmaschine von Collet & Engelhard (siehe Abbildung) war ein für die Zukunft entscheidender Vorzug des Elektromotors auf der Ausstellung demonstriert: sein Integrierbarkeit in die Werkzeugmaschine.

Zwischen 1867 und 1900 ist die Fläche der Stadt um 34,3% auf 9400 ha gestiegen. Im gleichen Zeitraum entwickelte sich die Einwohnerzahl von 78000 auf 290000. 74 Prozent der Bevölkerungszunahme waren Zuwanderungen und Eingemeindungen. Zwischen 1882 und 1895 sank der Anteil der Selbständigen in Industrie und Handwerk um 15 Prozent. Im Westen der Stadt war Mitte der 90er Jahre das Industriegebiet intensiv entwickelt. Der Güterbahnhof hatte die verkehrsmäßige Strukturentwicklung des Industriegebiets befördert. Der Ausbau der Verkehrswege lag im Interesse der Frankfurter Industriekapitalisten. Ihrer starken Spezialisierung gerade für die Elektrotechnik räumlich weit gefächerter Märkte wurde entsprochen.

Die Ausstellung liefert Dokumente über den Charakter der industriellen Entwicklung. Die Produktionsverhält-

Die „Erben“ des Roten Oktober

bew. Von den 2500 Bildern der Monumentalausstellung „Paris-Moskau 1900 bis 1930“, sind eine große Anzahl als Leihgabe von sowjetischen Museen zur Verfügung gestellt worden – darunter allerdings eine nicht unbeträchtliche Zahl aus den verschlossenen Magazinen dieser Museen. Angegriffen wegen „Formalismus“, „Avantgardismus“, „Destruktivismus“ usw. – kurz als „Humbug“, waren vor allem die abstrakten Bilder und Skulpturen von bedeutenden sowjetischen Künstlern der nachrevolutionären Jahre wie Rodschenko, Malewitsch, Tatlin, Lissitzky oder Chagall in den 30er und 40er Jahren aus den Museen verbannt und vor der Bevölkerung verschlossen worden.

Bei den verbannten Künstlern handelte es sich zu einem Teil um Vertreter des Kubismus und Futurismus, die nicht nur die konkrete Gegenständlichkeit in abstrakten Formen darstellten, sondern die sich ganz von der Gegenständlichkeit lösten. Zum anderen um Künstler, die durch revolutionäre Formexperimente versuchten, dem neuen Inhalt der Kunst der revolutionären Sowjetunion auch neue, abstrakte, aber nicht gegenstandlose Formen zu geben und die versuchten, diese neue Kunst als Gebrauchskunst in den Dienst der Revolution zu stellen, etwa in den Alphabetisierungskampagnen oder durch die Dekoration von Gebrauchsgegenständen. Diese z.T. waghalsigen Formexperimente waren Ausdruck des Ringens um eine neue, revolutionäre Kunst.

Nachdem die Ausstellung „Paris-Moskau 1900 bis 1930“, in denen diese Werke erstmals seit über 40 Jahren wieder ausgestellt werden, 1979 in Paris gezeigt worden war, wurde sie dieser Tage im Moskauer Puschkin-Museum eröffnet. Aber nur ein Teil der bisher verbannten Bilder des „Roten Oktober“ werden dabei der sowjetischen Bevölkerung zugänglich gemacht. Entgegen den Vereinbarungen über die Ausstellung, wurde nicht nur der Ausstellungskatalog geändert – so wurde beispielsweise der Name Trotzkis ganz gestrichen oder die Textstellen über den Tod des Dichters Ossip Mandelstamm, der wie mancher andere revolutionäre Künstler in den 40er Jahren in den sowjetischen Arbeitslagern ums Leben kam, wurde weggelassen –, sondern es wurden auch eine Anzahl von Ausstellungsbildern ausgetauscht, bzw. einfach aus der Reihe der Exponate gestrichen. Dabei handelt es sich u.a. Bilder von Marc Chagall und das gesamte Werk von Alexander Rodschenko. Die „Komsomolskaja Prawda“, das Organ des sowjetischen Jugendverbandes, spricht von „nur hundert Bildern“, die ausgewechselt worden seien. Was für das westliche Ausland als das kulturelle „Erbe“ der Oktoberrevolution und der Nachrevolutionsjahre präsentiert wurde, wird vor dem sowjetischen Volk verschlossen und wieder in die Magazine der Museen verbannt.

brauchsgegenständen. Diese z.T. waghalsigen Formexperimente waren Ausdruck des Ringens um eine neue, revolutionäre Kunst.

Nachdem die Ausstellung „Paris-Moskau 1900 bis 1930“, in denen diese Werke erstmals seit über 40 Jahren wieder ausgestellt werden, 1979 in Paris gezeigt worden war, wurde sie dieser Tage im Moskauer Puschkin-Museum eröffnet. Aber nur ein Teil der bisher verbannten Bilder des „Roten Oktober“ werden dabei der sowjetischen Bevölkerung zugänglich gemacht. Entgegen den Vereinbarungen über die Ausstellung, wurde nicht nur der Ausstellungskatalog geändert – so wurde beispielsweise der Name Trotzkis ganz gestrichen oder die Textstellen über den Tod des Dichters Ossip Mandelstamm, der wie mancher andere revolutionäre Künstler in den 40er Jahren in den sowjetischen Arbeitslagern ums Leben kam, wurde weggelassen –, sondern es wurden auch eine Anzahl von Ausstellungsbildern ausgetauscht, bzw. einfach aus der Reihe der Exponate gestrichen. Dabei handelt es sich u.a. Bilder von Marc Chagall und das gesamte Werk von Alexander Rodschenko. Die „Komsomolskaja Prawda“, das Organ des sowjetischen Jugendverbandes, spricht von „nur hundert Bildern“, die ausgewechselt worden seien. Was für das westliche Aus-

Fernsehvorschau:

„Das gequälte Herz“

In der Auseinandersetzung mit den Taten der Viererbande ist auch deutlich geworden, daß auf vielen künstlerischen und wissenschaftlichen Gebieten mit der Methode des „Angriff auf den kapitalistischen Weg“ positive Errungenschaften gesellschaftlicher Entwicklung zerschlagen wurden. Dieses hebt der chinesische Spielfilm von 1979 hervor, wo im Zentrum der Handlung die Angriff auf einen Herzspezialisten stehen, der in den 50iger Jahren aus Amerika fortging, um in seiner Heimat den Aufbau zu unterstützen. Dabei schrecken einige Parteifunktionäre auch nicht vor dem Tod von Patienten zurück, um den Arzt zu isolieren. – Stilistisch knüpft der Film wieder am traditionellen Theater an, das sich eben durch großes Pathos auszeichnet.
Montag, 29.6., 23.00 Uhr im ARD

„Cascabel“

Der dritte in der Reihe der mexikanischen Spielfilme behandelt die Unterdrückung der Indios in Mexiko. Ein Regisseur wird beauftragt, einen Propagandafilm über die Schenkung von Land an die Lacandon-Indios zu drehen. Er sieht aber schnell den Betrug, der an den Indianern. Die Regierung entzieht ihm den Auftrag ...
Dienstag, 30.6., 22.45 Uhr im ZDF

„Die verlorene Ehre der Katharina Blum“

Der Film ist, was den Geldsegen angeht, ein sehr erfolgreiches Produkt des „Neuen Deutschen Film“. Was die Verfilmung des Buches von Heinrich Böll betrifft – es war sein Beitrag gegen „Sympathisantenhetze“, „Bild“ und Revolverjournalismus – so meint der ‚Spiegel‘ 1975: „Volker Schlöndorff hat aus Heinrich Bölls ‚kleinem schlampigen Meisterwerk‘ (Marcel Reich-Ranicki) ein gediegenes, eindringliches Melodrama gemacht, dem Einwirkungen von Bölls Schlampigkeit nicht schlecht bekommen wären. Der Film ist zu glatt, geschlossen und perfekt, als daß er nachhaltig beunruhigen könnte ... Jedenfalls hat sich Schlöndorff große Mühe gegeben, es allen – von der „Zeitung“ abgesehen – recht zu machen und seinen „Katharina-Blum“-Film mehr schön als streitbar zu inszenieren. Weniger Kunst wäre politischer gewesen.“
Donnerstag, 2.7., 23.00 Uhr im ARD